



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

FEBRUAR 2022

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

„Der 24. Februar 2022 ist für die Ukraine, was der 10. Mai 1940 für Luxemburg war“

LUXEMBURG Außenminister Jean Asselborn reagiert auf Russlands Angriffskrieg

Armand Back

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine spricht der luxemburgische Außenminister von einem „Angriff auf den Weltfrieden“. Jean Asselborn hat aber nicht alle Hoffnungen aufgegeben. Putin solle sich davor hüten, die Demokratien zu unterschätzen.

„Der 24. Februar 2022 ist für die Ukraine das, was der 10. Mai 1940 für Luxemburg war. Es ist eine Schande für Russland, so wie das damals eine Schande für Deutschland war. Ein Angriff auf den Weltfrieden.“ Außenminister Jean Asselborn wird nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sehr deutlich im Gespräch mit dem *Tageblatt*. Ein Krieg, der ausgelöst wurde „von einem Politiker, der Anfang der 2000er Jahre ein Reformator war, dann zum Autokraten wurde und jetzt ein unkontrollierbarer Kriegstreiber ist“, so Asselborn.

Luxemburgs Außenminister betont auch erneut, dass niemand Russland angegriffen hat, weder die NATO noch die USA, die Europäische Union oder die Ukraine. Asselborn sagt: „Der ganze Westen, also wir alle, wollten Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow nicht nur zuhören, sondern mit Russland auf der Basis von kultivierter Diplomatie über die europäische Sicherheitsarchitektur verhandeln. Über ihre Sicht, über unsere Sicht, sodass wir hundertprozentig ein Übereinkommen gefunden hätten.“ Doch dieses Angebot sei abgewiesen worden – „und Putins Antwort ist Krieg“.

Die NATO könne man kritisieren, sagt Asselborn. Ihr aber die

Schuld an diesem Krieg zu geben, könne falscher nicht sein. Auch die EU könne und müsse man kritisieren. Es ist aber Asselborn zufolge „verrückt“, zu behaupten, die EU würde von antirussischen Marionetten geführt und die Ukraine wäre ferngesteuert. Die EU sei, so Asselborn weiter, „trotz all ihrer Fehler weltweit als Friedensprojekt anerkannt – mit Werten, die Russland nicht mehr hat: freie Meinungsbildung, freie Presse, unabhängige Justiz, Trennung der Gewalten, der Respekt der Minderheiten. Die Mauer ist 1989 gefallen – und seitdem braucht die Welt keine Einflusszonen mehr.“

Dass Putin immer wieder behauptet, die Ukraine bedrohe Russland, quittiert Luxemburgs Außenminister so: „Demokratien sind keine Gefahren für ihre Nachbarstaaten, auch wenn diese keine Demokratien sind. Demokratien weisen nur auf Werte und Menschenrechte und Freiheiten hin – und das sind nie Kriegserklärungen, auch wenn es all jene stört, die Werte unterdrücken wollen und ungehemmt an der Macht bleiben wollen.“

„Wir müssen unglaublich aufpassen“

Wie weit Putin gehen will, ist auch für Asselborn schwer einschätzbar. Putin zufolge ist Russland – als einer der am stärksten militarisierten Staaten der Welt – jetzt dabei, die Ukraine zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“ (was das auch immer im Kontext der Ukraine heißen mag). Aus Asselborns

Sicht will Putin, „aus der Blase heraus, in der er sich offensichtlich befindet, seine ‚Lex Russia‘ aufbauen, mit Belarus und der Ukraine – und vielleicht mit all den Gegenden, in denen Russisch gesprochen wird“. Solche Gegenden befinden sich auch in Ländern der EU. „Wir müssen unglaublich aufpassen“, warnt Asselborn.

Asselborn erinnert an einen Punkt, den er bereits im *Tageblatt*-Interview vom Mittwoch dargelegt hatte: Putin habe im Moment außer den Ukrainern kein militärisches Gegengewicht und das nutze er bis zum bitteren Ende aus. „Die ersten Toten werden jetzt gezählt“, sagt Asselborn, der davon ausgeht, dass Putins Plan darin besteht, nach Mariupol und Odessa am Schwarzen und Asowschen Meer zu kommen und diese Gebiete dann mit dem von Moldau abgeteilten und besetzten Transnistrien zu verbinden.

Mit seiner „rücksichtslosen Militäration“ sehe es im Moment so aus, als ob Putin im Vorteil liege, sagt Asselborn. „Aber ich bin überzeugt, dass der Wind sich schnell drehen wird – und zwar im Sinne von dem, was der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesagt hat: dass Putin die Demokratien nicht unterschätzen sollte.“ Alle in der EU müssten nun zielgerichtet und geeint vorgehen, fordert Asselborn. Das Problem bleibt aber, dass die Kriegsmaschinerie in der Ukraine bereits dreht. Aber, so Asselborn abschließend: „Die Freiheit der Ukraine ist auch unsere Freiheit.“

Noch keine Ausweisung

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat Luxemburgs Außenministerium am Donnerstagnachmittag den russischen Botschafter im Großherzogtum, Dimitri Lobanow, einbestellt. Das ist, anders als etwa die Ausweisung, eine untere Stufe der diplomatischen Sanktion. Der Vorgang wurde in allen EU-Staaten vollzogen. (Red.)

Luxemburger in der Ukraine

Dem Luxemburger Außenministerium zufolge befinden sich noch 20 bis 30 Luxemburger oder Menschen mit Wohnsitz in Luxemburg in der Ukraine. Alle seien per E-Mail informiert worden, dass sie Kontakt mit dem Außenministerium aufnehmen können, auch falls sie ihre Ausreise planen wollen. (Red.)

Bisher keine Cyberangriffe

Russland gilt als einer der wichtigsten Urheber von Cyberangriffen. Die deutschen Behörden führen in Erwartung solcher Angriffe bereits ihre Abwehrmaßnahmen hoch, wie das Bundesinnenministerium erklärte. Die Ukraine meldete laut dpa am Donnerstag massive Cyberangriffe. In Luxemburg ist es bis jetzt noch nicht zu verstärkten Angriffen gekommen. „Derzeit gibt es keine Indizien dafür, dass es in Luxemburg zu mehr Cyberangriffen in diesem Kontext kommt“, erklärte das Staatsministerium am Donnerstagnachmittag gegenüber dem *Tageblatt*. „Die Situation wird weiterhin überwacht.“ (Red.)

„Schande für Russland“

Weltweiter Protest nach großangelegtem russischem Einmarsch in die Ukraine

Moskau/Kiew/Brüssel/Luxemburg. Es ist Krieg in Europa: Russland hat die Ukraine aus mehreren Richtungen angegriffen. Präsident Wladimir Putin befahl gestern eine großangelegte Militäroperation gegen das Nachbarland – aus der Luft, am Boden und zur See. Die Ukraine, eine ehemalige Sowjetrepublik, ist das flächenmäßig größte Land Europas. Als Reaktion auf den Angriff brach sie die diplomatischen Bezie-

hungen mit Russland ab. Präsident Wolodymyr Selenskyj rief den Kriegszustand aus. Die USA und ihre Verbündeten kündigen harte Strafmaßnahmen an.

Auch Luxemburg reagierte umgehend auf die Invasion, die Außenminister Jean Asselborn (LSAP) als „Schande für Russland“ bezeichnet. In einer einstimmig angenommenen Motion fordert die Chamber Russland auf, seine kriegesischen Hand-

lungen einzustellen und zu einer friedlichen Lösung beizutragen.

Am Abend kamen die Staats- und Regierungschefs der EU zu einem Sondergipfel in Brüssel zusammen. Man sei bereit für weitere Sanktionen, stellte Premierminister Xavier Bettel (DP) im Vorfeld des Treffens klar.

dpa/mas

„Dunkler und trauriger Tag“

Regierung und Chamber verurteilen Invasion der Ukraine

Von Marc Schlammes

„Schande“. „Bestürzt“. „Empört“. „Traurig“. „Skrupellos“. „Zynisch“. „Der Krieg von Putin“. Die Wortwahl, ob von Regierungsseite oder von den Parlamentariern, lässt keine Zweifel zu: Luxemburgs Politiker verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine scharf; ihren Standpunkt untermauert die Chamber in einer Motion, die einstimmig verabschiedet wird, und in der Russland zur friedlichen Beilegung des Konfliktes aufgefordert wird.

Das ist ursprünglich so nicht geplant. Eine Erklärung samt Debatte zur Russland-Ukraine-Krise ist eigentlich für kommende Woche anberaumt. Doch infolge der Invasion der Ukraine muss auch Luxemburgs Politik kurzfristig reagieren. Nach einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrates gibt Premierminister Xavier Bettel (DP) am Vormittag eine kurze Erklärung vor der Presse ab und spricht von einem „dunklen und traurigen Tag“.

„Präventiv“ und „verhältnismäßig“

In der Mittagsstunde setzt Armee-
minister François Bausch (Déi

Gréng) die Mitglieder des parlamentarischen Verteidigungs- und Ausenausschusses unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die militärischen Maßnahmen der NATO in Kenntnis, die, wie er nachmittags vor dem Parlament erklärt, in Anbetracht der Bedrohung und des Sicherheitsrisikos, vor allem für die direkten Nachbarn Russlands, „präventiv“ und „verhältnismäßig“ seien.

Neben Bausch beziehen auch Außenminister Jean Asselborn (LSAP) und Xavier Bettel Stellung. „Die Sicherheit und Stabilität in Europa ist in Gefahr“, gibt der Premier zu bedenken und verurteilt, wie nach ihm alle Redner, die Aggression Russlands „aufs Schärfste“.

Wie alle Redner nach ihm, muss auch Bettel eingestehen, dass die diplomatischen Bemühungen, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, nicht gefruchtet haben. Der russische Präsident habe die westlichen Vertreter teilweise „kaltblütig und zynisch“ vorgeführt, so die drastische Formulierung von CSV-Sprecher Claude Wiseler und DP-Redner Gusty Graas kommt zum Schluss, dass die diplomati-

sche Lösung eine Illusion gewesen sei.

Bettel betont gleichsam, dass es nunmehr oberste Priorität sei, zu einem Waffenstillstand zu gelangen, auch um weiteres Leid der Zivilbevölkerung zu verhindern. Um Wladimir Putin zum Einlenken zu zwingen, setze die EU auf weit reichende Sanktionen, finanziell, wirtschaftlich und kommerziell, so der Premier, der mit Blick auf den für den Abend anberaumten Sondergipfel durchblicken lässt, dass die „EU bereit ist für zusätzliche Sanktionen“. Eine starke und konsequente Reaktion von Europa sei allemal angebracht, betont der LSAP-Abgeordnete Yves Cruchten. Dabei sei es auch wichtig, dass die Sanktionen am Ende die Richtigen treffen, unterstreicht Fernand Kartheiser (ADR).

„Die Sanktionen werden immens schmerzen“ ist sich der Außenminister sicher, der das gezielte und entschlossene Vorgehen der Europäischen Union unterstreicht. Und der für Solidarität mit der Ukraine und seinen Bürgern plädiert, denn: „Der 24. Februar 2022 ist für die Ukraine, was der 10. Mai 1940 für Luxemburg war“,

zieht er Parallelen zum Nazi-Uberfall auf das Großherzogtum und spricht von einer „Schande für Russland“.

Das Energieproblem

Zur Sprache kommt auch die Energieversorgung, da der Krieg nicht ohne Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Preisentwicklung bleibt. Premier Bettel kündigt für kommenden Montag einen Energietisch mit den nationalen Versorgern an und stellt Maßnahmen in Aussicht, um jene Haushalte zu unterstützen, denen die steigenden Energiepreise zu schaffen machen. Auf EU-Ebene plädiert Claude Wiseler dafür, die Energiepolitik zu überdenken; spätestens nun zeige sich nämlich, dass die Energiepolitik in Europa in einer Sackgasse angelangt sei, so Stéphanie Empain (Déi Gréng). „Das Problem der Energieabhängigkeit von Russland macht Europa erpressbar“, hält Nathalie Oberweis (Déi Lénk) fest.

● Der 24. Februar
● 2022 ist für die
Ukraine, was der
10. Mai 1940 für
Luxemburg war.

Jean Asselborn, Außenminister

„Überzeugter Europäer“

Jacques F. Poos war Außenminister, als Europa letztmals Kriegsschauplatz war und Jugoslawien in den 90er Jahren zerbrach. Gestern gedachten Parlament und Regierung des langjährigen Vize-Premiers und Außenministers (1984-1999), der am 19. Februar im Alter von 86 Jahren verstarb. Chamberpräsident

Fernand Etgen (DP) würdigte Poos als „überzeugten Europäer“ – er wirkte u. a. bei der Ausarbeitung des Vertrags von Maastricht mit –, der sich als Außenminister auch stets für den Friedensprozess in Nahost eingesetzt habe. Er habe die luxemburgische Außenpolitik durch seine Kompetenz und Sachkenntnis maßgeblich geprägt. mas

Parlament verurteilt russischen Einmarsch

NACH RUSSLANDS ANGRIFF Alle Parteien solidarisch mit Ukraine

Robert Schneider

Das Parlament reagierte am Donnerstag auf den russischen Angriff in der Nacht auf die Ukraine. Staatsminister Xavier Bettel, Außenminister Jean Asselborn und Verteidigungsminister François Bausch gaben eine entsprechende Erklärung der Regierung ab, ehe die Parlamentarier die aktuelle Situation debattierten. Dies alles, nachdem Parlament und Premier auf den Tod des ehemaligen Vizepremiers der Regierung und langjährigen Außenministers Jacques Poos eingegangen waren und in Präsenz seiner engsten Familienangehörigen auf der Parlamentstribüne diesen würdigten.

Die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes seien gescheitert, so Staatsminister Xavier Bettel; Stabilität und Sicherheit in Europa seien durch den russischen Angriff gefährdet. Erster Leidtragender sei die Zivilbevölkerung: Unschuldige müssten den Preis zahlen. Ein erstes Paket von Sanktionen seitens der EU sei beschlossen, so Bettel, weitere würden folgen. Der Staatsminister unterstrich die Solidarität des Landes mit dem ukrainischen Volk.

Energietisch am kommenden Montag

Er kündigte für kommenden Montag die Einberufung eines Energietisches an, um zu erwartenden Engpässen beziehungsweise Verteuerungen entgegenwirken zu können. Auch werde die Regierung jenen benachteiligten Haushalten helfen, die besonders unter den hohen Energiepreisen leiden.

Scharfe Worte fand Chefdiplomate Jean Asselborn. Der Außenminister verglich den 24. Februar 2022 in der Ukraine mit

dem 10. Mai 1940 in Luxemburg, als deutsche Truppen in unser Land einfielen. Die Attacke auf die Ukraine sei ein Angriff auf den Weltfrieden, eine Schande für Russland. Putin habe sich vom Reformer und Demokraten zum unkontrollierten Kriegstreiber entwickelt. Noch sei die Strategie Russlands unklar; die EU werde kurzfristig mit einem zweiten Sanktionspaket reagieren, das u.a. in den Bereichen Finanzen, Energie, Transport, Exportkontrolle wirken werde. Putin, der zurzeit militärisch im Vorteil sei, solle die Demokratien nicht unterschätzen. Der Kampf für die Freiheit der Ukraine sei auch der Kampf für unsere Freiheit, so Asselborn.

20 bis 30 Luxemburger würden sich zurzeit in der Ukraine befinden, es sei noch unklar, ob diese Menschen rauswollen. Wichtig sei es, Korridore für Flüchtlinge zu schaffen. Es werde aktuell geschätzt, dass zwei bis drei Millionen Ukrainer ihr Land verlassen möchten. Luxemburg werde in der aktuellen Situation niemanden abweisen, so Asselborn.

Auch Verteidigungsminister François Bausch gab Details zur Invasion, die laut internen NATO-Informationen absehbar gewesen sei. Bausch verwies auf die Gefährdung „russlandfeindlicher“ Zivilisten in der Ukraine, darunter zahlreiche Flüchtlinge aus Belarus. Die euro-atlantische Sicherheit sei durch den Angriff gefährdet, die Angst greife auch in den baltischen Ländern um sich. Die NATO provoziere in der aktuellen Situation nicht, verdeutliche aber, wo sich rote Linien befinden, u.a. an den Grenzen der NATO-Staaten.

Vier Luxemburger Soldaten in Litauen

Zurzeit seien vier Luxemburger Soldaten in Litauen stationiert und diese würden vorerst dort bleiben. Eventuell würden mehr

Truppen im Rahmen der NATO eingesetzt, so der Minister, auch wenn es aktuell keine Anzeichen für russische Angriffe auf weitere Staaten gebe.

Vertreter aller Parteien sprachen ihre Bestürzung über den russischen Angriff und ihre Solidarität mit der Ukraine aus. So unterstrich Claude Wiseler (CSV), Putin stelle durch die Aktion 75 Jahre Frieden in Europa infrage. Massive Sanktionen seien nun notwendig, auch wenn diese Konsequenzen für Luxemburg haben werden. Auch Gusty Graas (DP) sprach sich für Solidarität mit der Ukraine aus. Yves Cruchten (LSAP), der sich persönlich schockiert gab, verwies auf etwa 1.000 Ukrainer, die in Luxemburg leben. Er rief Putin auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und präsentierte eine Motion der Solidarität mit der Ukraine, die von allen Parlamentariern mitgetragen wurde.

Stéphanie Empain („déi gréng“) zeigte sich schockiert darüber, dass der ganzen Ukraine seitens Putin das Existenzrecht abgesprochen wird. Sie verwies auf die energiepolitische Sackgasse, die eine Abhängigkeit von russischem Gas und Kohle in Europa gebracht habe.

ADR-Sprecher Fernand Kartheiser sieht in dem Angriff einen offenen Bruch des internationalen Rechts, forderte Sanktionen und humanitäre Hilfe. Auch Nathalie Oberweis („déi Lénk“) sieht in dem Angriff einen Vertrauensbruch, dessen Ziele noch unklar seien. Die Linke tritt ebenfalls für Sanktionen gegen Russland ein.

Schließlich schlug Sven Clement in die gleiche Kerbe und warnte im Rahmen dieses „sinnlosen Krieges“ vor Falschmeldungen, die immer mit Kriegshandlungen einhergingen.

Abschließend dankte der Staatsminister, berührt von der seltenen Einstimmigkeit des Parlaments, den Abgeordneten für ihre klare Position.

„Es muss wehtun“

Chamber: Ausschuss für außenpolitische Angelegenheiten spricht sich für harte Sanktionen aus

Nach der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses herrschte gestern weitestgehend Konsens. In Anbetracht der Ausführungen von Diplomatiechef Jean Asselborn (LSAP) zur Situation in der Ukraine waren sich die Kommissionsmitglieder einig, dass die EU nun mit harten Sanktionen gegenüber Russland reagieren muss.

Für Ausschusspräsident Yves Cruchten (LSAP) ist es unerlässlich, dass die Union mit einer Stimme spricht, man dürfe weder Rücksicht auf die Partikularinteressen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten noch auf wirtschaftliche Interessen nehmen: „Wir brauchen eine gemeinsame, feste Antwort“, so Cruchten. Wie die Sanktionen genau aussehen sollten, darauf wollte sich Cruchten gestern nicht festlegen. Allerdings müssten die Maßnahmen „konsequent genug“ sein, damit „die Antwort in Moskau verstanden wird“. Er warnte aber davor, bereits zum aktuellen Zeitpunkt die Sanktionsmöglichkeiten vollständig auszuschöpfen: „Wir müssen noch etwas in der Hinterhand behalten, wenn die Krise weiter eskaliert.“

Gestaffelte Sanktionen

Die außenpolitische Sprecherin von Déi Gréng, Stéphanie Empain, schätzt die Lage ähnlich ein. Sie ist enttäuscht, dass die Diplomatie versagt hat, auch wenn noch ein „letzter Hoffnungsschimmer, dass man das Allerschlimmste verhindern kann, bleibt“. Empain spricht sich für „sehr weitreichende Sanktionen“ aus. „Die Reaktion muss wehtun. Wenn wir jetzt nicht reagieren, bleibt es nicht bei den zwei betroffenen Regionen, dann geht es demnächst um die gesamte Ukraine.“

Wie Cruchten spricht sich auch Simone Beissel (DP) für eine Staffelung der Sanktionen aus, damit die EU bei Bedarf die Gangart noch einmal verschärfen kann. Für sie ist es wichtig, dass Sanktionen ergriffen werden, die einerseits „Russland möglichst wehtun“, die aber andererseits „uns möglichst wenig schaden“. Sie erinnert aber auch daran, dass Luxemburg Interessen in Russland hat und dass Sanktionen oft die Falschen treffen.

Claude Wiseler (CSV) verurteilt die Anerkennung der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch Russland aufs Schärfste: „Das dürfen wir Russ-

land nicht durchgehen lassen, die Anerkennung verstößt gegen sämtliche internationalen Verträge.“ Sanktionen hält der außenpolitische Sprecher der CSV für unumgänglich: „Wir müssen einen Punkt setzen.“ Er verweist aber gleichzeitig darauf, dass Sanktionen nur ein kurzfristiges Mittel sind, um auf die russische Aggression zu reagieren. Langfristig müsse Europa seine Sicherheitspolitik überdenken.

Diplomatie, ja aber

Auf die Frage, ob Luxemburg sich nicht viel früher für eine härtere Gangart gegenüber Russland hätte aussprechen sollen, gibt es ebenfalls weitestgehend Konsens. Cruchten wie auch Empain sind der Auffassung, dass es richtig war, so lange wie möglich auf diplomatische Verhandlungen zu setzen. Im Nachhinein sei man allerdings immer schlauer, gibt Empain zu bedenken.

Auch Claude Wiseler hält es für richtig, dass die diplomatischen Mittel ausgeschöpft wurden. Allerdings müsse man auch den Zeitpunkt erkennen, an dem die Diplomatie an ihre Grenzen stoße. Rückblickend kommt er zum

Schluss, dass Putin den Westen mit den Gesprächen lediglich hingehalten und die Politiker, die sich für eine friedliche Lösung eingesetzt haben, „kaltblütig vorgeführt“ hat. Eine Meinung, die auch Simone Beissel teilt.

Der Außenausschuss kommt heute Vormittag noch einmal zusammen, um über die Ergebnisse der Tagung der EU-Außenminister und über die konkreten Sanktionen zu beraten. Kommende Woche ist eine Regierungserklärung zur Russland-Ukraine-Krise im Parlament geplant. Dann soll auch die Orientierungsdebatte zur Zukunft von Europa stattfinden, die ursprünglich für heute geplant war. DS

● *Putin hat die Politiker, die sich für eine friedliche Lösung eingesetzt haben, kaltblütig vorgeführt.*

Claude Wiseler

„Dieser Krieg kann ganz Europa mit hineinziehen“

INTERVIEW Außenminister Jean Asselborn über Russland, die Ukraine und wieso er Sergej Lawrow nicht mehr versteht

Armand Back

Moskau lässt die Lage in der Ukraine immer weiter eskalieren. Was will Russlands Präsident Wladimir Putin eigentlich? Und wo führt das alles hin? Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn zeichnet ein düsteres Bild der Lage.

Tageblatt: Müssen wir uns auch in Luxemburg Sorgen machen wegen des russischen Vorgehens gegen die Ukraine?

Jean Asselborn: Dieser Krieg kann ganz Europa mit hineinziehen. Wenn die russischen Ansprüche über die jetzige Demarkationslinie im Donbass hinausreichen, kann ich die Folgen nicht voraussehen. Ich kann das als Außenminister eigentlich nicht sagen, aber ich befürchte ganz, dass es dann wirklich brennt – und zwar so, dass es schwer wird, diesen Brand zu löschen.

Die ganze Welt fragt sich, was Wladimir Putin will. Was denken Sie, was der russische Präsident vorhat?

Ich weiß, was er nicht will. Putin will verhindern, dass in einem Land wie der Ukraine, die größer ist als Deutschland und Frankreich zusammen, ein anderes System möglich ist als in Russland – eines, das Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheiten garantiert. Es geht nicht nur um die beiden ostukrainischen Provinzen, vielleicht nicht mal nur um die Ukraine. Putin will Einflusszonen. Einen solchen Weg können wir nicht gehen. Die Zeiten sind vorbei, die Mauer ist gefallen.

Trotzdem gibt Russland das Tempo vor und hat am Montag die beiden Separatisten-Provinzen im Osten der Ukraine anerkannt. Was sind die Folgen dieses Schrittes?

Seit Montagabend ist das Minsk-Abkommen kaputt. Damit ist die Idee gestorben, vielleicht auf dem Weg dieser Verhandlungen zwischen Ukrainern und Russen einen Ausweg aus der Krise zu finden. Es wird jetzt sehr schwer werden, wieder in die diplomatische Schiene

zurückzufinden und weiter daran zu glauben, dieses Problem sei mit Diplomatie zu lösen. Was passiert ist, ist gewaltig. Russland hat unter einem Vorwand, der nach internationalem Recht nicht zu rechtfertigen ist, ein großes Stück der Ukraine abgeschnitten. Indem es die beiden

„Volksrepubliken“ als unabhängig anerkennt, besetzt es sie. Und es wird nicht lange dauern, bis es zu dem kommt, was in anderen Ländern schon passiert ist: einer Annexion.

Ist eine diplomatische Lösung überhaupt noch möglich?

Am Montag hat Wladimir Putin den Tisch umgeworfen und alles an Vorschlägen weggeschmissen, was in den vergangenen Wochen und Monaten von den Amerikanern, der NATO, der Europäischen Union und aus dem NATO-Russland-Rat gekommen ist. Wir sind jetzt auf einer Schiene, die bereits im 20. Jahrhundert unglaubliches Leid ausgelöst hat: Ein Land macht aus der Logik des Stärkeren heraus das, was ihm gerade in den Kram passt, ohne sich um die Konsequenzen zu scheeren – und verändert mit Angst und militärischer Macht Grenzen. Das ist ein Eingriff in die funktionierenden internationalen Regeln, wie er schlimmer nicht sein könnte. Für mich, als jemand, der schon länger dabei ist, ist das traumatisierend.

Putin sagt, er fühle sich von der NATO bedroht.

Die NATO ist ein Verteidigungspakt und hat noch nie einen Soldaten nach Russland geschickt. Vor dem, was wir jetzt von Russland sehen, muss man Angst haben. Da sitzen mehr als 150.000 russische Soldaten quasi mit laufendem Motor an den Grenzen zur Ukraine. Der unrechtmäßige belarussische Präsident Alexander Lukaschenko und Putin liegen sich in den Armen und feiern gemeinsam ihre Manöver, von denen die russischen Truppen, anders als angekündigt, gar nicht zurück-

kehren sollen. Dazu hört man, dass wieder Nuklearraketen in Belarus aufgestellt werden sollen. Bis nach Polen ist es von dort nicht weit. In den beiden nun von Moskau anerkannten Provinzen in der Ostukraine sollen vielleicht russische Militärstützpunkte entstehen. Das wird eine Art permanente Gefahr – aus der eine extrem negative Dynamik entstehen kann. Dass die NATO eine Bedrohung sein soll, ist angesichts dessen doch ein Witz.

Putin hat seine Anerkennung der beiden „Volksrepubliken“ damit gerechtfertigt, dass dort vier Millionen Menschen von der Ukraine massakriert werden könnten.

Diese Rede Putins war doch surreal. Wo kommt der daran, so etwas zu behaupten? Das ist alles extrem besorgniserregend. Bei der Krim wurde dauernd argumentiert, dass die schon immer russisch gewesen sei. Die Teile der Ostukraine, über die wir jetzt reden, waren nie russisch. Wo soll das hinführen? Das größte Land der Welt hat doch wirklich genug Platz. Andere Länder unter Druck zu setzen und Stücke abzuschneiden – das wird kein gutes Ende finden. Inzwischen verstehe ich die Reaktionen im Osten Europas und die Angst der Menschen dort viel besser.

Sergej Lawrow ist seit März 2004 russischer Außenminister, Sie sind seit Juli 2004 Luxemburgs Chefdiplomate – hat sich Lawrow mit den Jahren verändert? Ab wann haben Sie erkannt, in welche Richtung Russland drängt?

Eigentlich war sogar ein Treffen mit Sergej Lawrow vorgesehen. Wir haben uns immer gut verstanden. Er war ein Diplomat mit allen Allüren, die er in seinem Land und damit in einem anderen System als dem unseren gelernt hat. Aber ich habe ihn immer so erlebt, dass er das Richtige und das Falsche in der internationalen Politik auseinanderhalten kann. Er war lange bei den Vereinten Nationen und weiß, was internationales Recht bedeutet und was nicht. Dass man sich jetzt über alle diese Wahrheiten einfach hinwegsetzt mit dem Argument, dass dort vier Millionen Menschen getötet würden, ist bizarr. Ich verstehe Sergej Lawrow nicht mehr. Dabei habe ich die Beziehungen zu Russland, trotz aller Probleme wie beim Kosovo oder Georgien, nie nur negativ gesehen, ganz im Gegenteil. Aber seit dem

Krieg 2014 in der Ukraine ist immer mehr verloren gegangen.

Wie konnte es so weit kommen?

Das ist die Gefahr eines autokratischen Staates. Es gibt kein Gegengewicht mehr. Die Presse und die Justiz wurden ihrer Unabhängigkeit beraubt. Es gibt keine politische Opposition mehr, weder in der Duma noch in den großen Regionen. Aber genau das ist, auch wenn es nervenaufreibend sein mag, die Essenz der Demokratie: Immer für seine Positionen und Ideen zu kämpfen und sich durchzusetzen. Wenn man aber nur noch eine Wahrheit hat, diese von einem Thron herunter verkündet und alle anderen müssen sie nicht nur annehmen, sondern auch noch verteidigen, dann ist man dort, wo Russland jetzt steht. Ich sehe auch nicht, wie sich von innen heraus in Russland etwas verändern könnte. Die Menschen dort hören keine Gegenargumente mehr, keinen Widerspruch. Die große Gefahr ist, dass sie Putin glauben.

Glauben Sie, dass Russland von einer noch größeren Militäraktion abzuhalten ist?

Die Russen wissen, dass sie mit dieser Operation nicht auf militärischen Widerstand treffen werden. Darauf aufbauend, scheint ihnen alles andere egal zu sein. Putin pokert sehr hoch. Das passt nicht ins 21. Jahrhundert. Und es passt nicht zu einem Land, das Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist.

Lange hieß es vom Westen, im Fall einer Invasion würde ein ganzes Sanktionspaket losgetreten. Alles auf einen Schlag, damit es seine volle Kraft entfalten kann. Jetzt schickt Putin Truppen in den Donbass und die Sanktionen kommen trotzdem nur scheinbar. Ist das keine Invasion, was gerade geschieht?

Das ist eine Frage der Definition. Bis jetzt gab es keinen kriegerischen Vorgang. Wenn militärische Gewalt angewendet worden wäre, hätte es das volle Sanktionen-Paket gegeben, keine Frage. Jetzt sind wir in einer Situation wie 2014 mit der Krim. Wieder wurde ein Stück Land abgeschnitten und es besteht die Gefahr, dass es nicht dabei bleibt. Vorhersagen sind schrecklich schwer, aber ich glaube, wir gehen richtig vor, indem wir nicht sofort das ganze Paket an Strafmaßnahmen auspacken. So setzen wir starke Signale, ohne all unser Pulver auf einmal zu verschießen.

Wir sind jetzt auf einer Schiene, die bereits im 20. Jahrhundert unglaubliches Leid ausgelöst hat: Ein Land macht aus der Logik des Stärkeren heraus das, was ihm gerade in den Kram passt – und verändert mit Angst und militärischer Macht Grenzen

Die Menschen in Russland hören keine Gegenargumente mehr, keinen Widerspruch. Die große Gefahr ist, dass sie Putin glauben.

Asselborn: EU-Zusammenbruch wäre gefährlich für Luxemburg

VON SOPHIA SCHÜLKE

SAARBRÜCKEN „Die erneuten Grenzschließungen und Grenzkontrollen ab Frühjahr 2020 und andere indirekte Maßnahmen waren in unserer Region ein wahres Trauma“, sagt Jean Asselborn (LSAP), Luxemburgs Außen- und Immigrationsminister. Neben den Terrorangriffen und der Migrationskrise sei die Pandemie einer der drei großen Stresstests für den Schengen-Raum. „Wir werden in der Welt um Schengen beneidet. Nirgends gibt es 26 Länder, durch die man mit nur einem Visum reisen darf“, erklärte der dienstälteste Außenminister der EU.

Neben der einheitlichen Währung Euro sei die Freizügigkeit im Schengen-Raum einer der konkretesten Erfolge der europäischen Integrationspolitik. Dieser Erfolg dürfe nicht verloren gehen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Auch im eigenen Interesse: „Wir Luxemburg sind uns mit Blick auf unsere Geschichte immer bewusst, dass es für uns unabdingbar ist, die europäische Einigung voranzutreiben, um die Unabhängigkeit des Landes langfristig zu wahren“, sagte Asselborn. „Würde die EU zusammenbrechen, glaube ich nicht, dass ein Land wie Luxemburg eine Chance hätte zu überleben. So einfach ist es.“

Asselborn war als Sprecher im Rahmen der „Border Renaissance“-Konferenz des UniGR-Center for Border Studies eingeladen, zu der er sich am Freitagnachmittag virtuell zuschaltete. Hauptthema der

zweitägigen Konferenz war das Wiederaufleben von Grenzen, nicht nur in der Großregion aufgrund der Pandemie, sondern auch in anderen Grenzregionen in Europa und weltweit durch Corona und andere gesellschaftspolitische Prozesse. Das UniGR-Center for Border Studies ist ein grenzüberschreitendes Netzwerk von rund 80 Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Mitgliedsuniversitäten des Verbunds Universität der Großregion (UniGR), die über Grenzen forschen.

„Es gibt keine andere Region in Europa, die so stark zusammengewachsen“, sagte Asselborn, und erklärte, „es gibt in der Großregion mehr als 250 000 Grenzgänger, das sind zehn Prozent aller Grenzgänger der gesamten EU“. Asselborn, der einen Universitätsabschluss in Zivilrecht hat und jahrzehntelang als Verwaltungschef des Interkommunalen Krankenhauses Steinfurt arbeitete, stammt aus Steinfurt – nur einen Steinwurf von der belgischen Grenze entfernt. Insgesamt leben 150 Millionen Menschen in den Grenzregionen der EU, das sind 30 Prozent der Bevölkerung, erläutert er. Weil Europa an den Grenzen zusammen wachse, müssten diese Regionen und die Erfahrungen der Pandemie, systematisch in politische Entscheidungen einbezogen werden.

Als mögliches Gegenmittel schlug Luxemburg schon während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2015 ein neues Instrument vor, um rechtliche Unterschiede und technische Standards besser anzugleichen:

den sogenannten „European Cross Border Check“ (auch „European Cross Border Mechanism“). Dieser Europäische grenzübergreifende Mechanismus soll es in Grenzregionen auf freiwilliger Basis erlauben, rechtliche Vorgaben eines EU-Staats auf den Bereich des Nachbarlandes anzuwenden, falls Vorschriften beider Länder ein rechtliches Hindernis für ein gemeinsames Vorhaben darstellen.

„Die Europäische Kommission hat die ursprünglich luxemburgische Initiative 2018 aufgegriffen und daraus einen Vorschlag für eine Verordnung gemacht“, sagte André Biever, Koordinator für bilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Luxemburger Außenministerium, der Asselborn bei der Konferenz-Schalte begleitete. „Es gab aber im vergangenen Jahr bei einigen Mitgliedsstaaten Widerstand. Vielleicht aus Angst, dass sich die Kommission zu sehr in interne Angelegenheiten einmischen würde.“ Echos von französischer Seite ließen aber darauf hoffen, die Initiative wieder zu stärken. „Wir denken, dass die Großregion gut geeignet für ein Pilotprojekt wäre, um letzte Skeptiker in Europa zu überzeugen“, erklärte Biever. Denn es gäbe europaweit in Energie- und Verkehrsprojekten viele Anwendungsmöglichkeiten für das Instrument. Neben Asselborn nahmen an der Konferenz weitere Sprecher und Wissenschaftlerinnen teil.



Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, hier bei einem EU-Gipfel in Brüssel im Januar, setzt sich politisch prominent für die Einheit Europas ein.

FOTO:
AUSSSENMINISTÉRIUM

Afghanistans Bevölkerung helfen

„Keine Mühen scheuen“

Außenminister Jean Asselborn über die humanitäre Situation in Afghanistan, über UN-Sanktionen und über Anstrengungen in der Beseitigung von Minen.

Interview: Jeff Karier

Herr Minister Asselborn: Wie hat sich die Situation in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban verändert?

Ein halbes Jahr nach der Machtübernahme der Taliban befindet sich Afghanistan in einer großen humanitären und wirtschaftlichen Krise. Das Land war schon vorher wirtschaftlich schwach entwickelt und auf externe Hilfe angewiesen, die bis zu 75 Prozent des Staatshaushaltes der Republik Afghanistan ausgemacht hat. Während die humanitäre Hilfe weiterläuft, sind die Entwicklungszahlungen an die afghanische Regierung seit der Machtübernahme eingestellt. Zudem leidet das Land derzeit unter schweren Dürren, die die Menschen in Teilen Afghanistans in die Armut getrieben haben. Heute sind geschätzte 23 Millionen Afghanen vom Hungertod bedroht. Hier ist die Weltgemeinschaft gefordert, verstärkt humanitäre Hilfe zu leisten. Auch Luxemburg beteiligt sich an diesen Bemühungen. So hat die Regierung letztes Jahr zum Beispiel beschlossen, die humanitäre Unterstützung von den ursprünglich geplanten 2,5 Millionen Euro auf 8,1 Millionen Euro zu erhöhen. Seit der Machtübernahme bezeichnen die Taliban die Wiederherstellung der Sicherheit im Land als Priorität. Berichten zufolge scheint es, als ob das Land jetzt teilweise sicherer sei als in den vergangenen Jahrzehnten. Jedoch bedroht die Willkür der Taliban das Leben von Millionen Afghanen. Besonders die Rechte der Frauen und Mädchen werden systematisch eingeschränkt. Anders als in den 90er Jahren dürfen jetzt einige Frauen arbeiten, jedoch begrenzen strenge Vorschriften oft die Berufsausübung. Auch bleibt abzuwarten, ob die Ankündigung der Taliban, Mädchen im neuen Schuljahr wieder den Zugang zur Bildung zu gewährleisten, in die Realität umgesetzt werden wird.

Mit Blick auf die Sanktionen und die wirtschaftliche Notlage des Landes: Riskiert der Westen mit dieser Strategie nicht, dass am Ende in erster

Linie die Bevölkerung und nicht die Taliban getroffen wird?

Die UN-Sanktionen, die durch die Resolution 1988 (2011) des UNO-Sicherheitsrats verhängt wurden, richten sich nicht gegen die Taliban als solche, sondern konkret gegen individuelle Personen und Einrichtungen, die für eine Bedrohung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in Afghanistan verantwortlich sind. Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Dezember 2021, Ausnahmen von den Sanktionen für humanitäre Aktivitäten zu erlassen. Die EU hat diese Entscheidung auch Anfang des Jahres unverzüglich umgesetzt. Dies ist ein wichtiger Schritt, um negative Auswirkungen auf die Bevölkerung zu vermeiden.

Wie kann der Westen auf einen positiven Wandel in Afghanistan hinarbeiten, ohne erneut militärisch aktiv zu werden und ohne die Position der Taliban zu stärken?

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 war die Europäische Union sich einig, Verantwortung für die legitimen Bestrebungen des afghanischen Volkes nach Frieden, Sicherheit, Würde und sozioökonomischer Entwicklung zu übernehmen. Wir dürfen keine Mühen scheuen, um zu den internationalen Bemühungen beizutragen, die Errungenschaften der letzten 20 Jahre zu bewahren, insbesondere die Rechte von Frauen, Mädchen, Kindern und Minderheiten, den Zugang zu Gesundheit und Bildung sowie die Pressefreiheit. Der Rat der Europäischen Union hat sich auf fünf Benchmarks für Strategien und Maßnahmen unter dem von den Taliban ernannten geschäftsführenden Kabinett geeinigt, die als Leitprinzipien für das künftige Engagement dienen sollen, ohne den Taliban Legitimität zu verleihen. So stellt zum Beispiel die Forderung nach Schutz und Achtung aller Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Mädchen, ein Grundprinzip für jegliches Engagement gegenüber den Taliban dar. Die EU setzt auch weiterhin auf Dialogbereitschaft

und knüpft in Gesprächen mit den Taliban die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe an die Einhaltung der Menschenrechte. In diesem Sinn haben in Oslo Gespräche zwischen Taliban und UNO-Vertretern, auch mit EU-Diplomaten, stattgefunden. Seit Januar baut die EU auch wieder eine Minimalpräsenz vor Ort in Kabul auf, mit dem Ziel, humanitäre Hilfe im Land zu erleichtern und die aktuelle Notlage zu überwachen. Dieser Schritt darf auf keinen Fall als Zeichen der Anerkennung der Taliban-Regierung verstanden werden. Die EU wird keinen Botschafter nach Kabul entsenden.

In Afghanistan werden täglich Menschen Opfer von Minen und anderen Sprengsätzen. Wie sehen die Bemühungen aus, diese tödlichen Kriegsreste zu beseitigen?

Afghanistan leidet seit der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion unter einer der größten Kontaminationen durch Landminen weltweit. Zusammen gerechnet fast 200 Quadratkilometer des Landes gelten offiziell seit 2020 als kontaminiert. Dabei handelt es sich nicht nur um Antipersonen-Minen, sondern auch um Kriegsreste, als „Explosive remnants of war“, ERWs, bezeichnet, und immer öfter um sogenannte „Improvised explosive devices“, IEDs, also sozusagen hausgemachte Minen, die vor allem von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen hergestellt und eingesetzt wurden und werden. Die Kontamination steigt hauptsächlich durch IEDs weiter und nur etwa 25 bis 30 Quadratkilometer pro Jahr werden aktuell beseitigt. Die Anstrengungen, um diese Minen zu beseitigen, werden zwar weiterhin unternommen, vor allem mithilfe der UNO und verschiedener Nichtregierungs-Organisationen, – auch nach der Übernahme der Taliban – jedoch wurden alleine für 2020 1474 Opfer aufgezeichnet – die Dunkelziffer ist wohl noch höher. Von allen Minenopfern in Afghanistan sind fast zwei Drittel Zivilisten, wovon ein sehr großer Teil Kinder sind. Hinzu kommt, dass die meisten Menschen inzwischen IEDs zum Opfer fallen, was nochmal

verdeutlicht, dass diese Art von Minen aktuell ein sehr großes Problem darstellen. Seit 1989 sind in Afghanistan insgesamt 40 850 Zivilisten durch Minen getötet oder verletzt worden. 2020 waren 98,8 Prozent aller ziviler Opfer von Minen aller Art auf IEDs und ERWs zurückzuführen, im selben Jahr lag der Anteil von Kindern, die ERWs zum Opfer fielen, bei über 72 Prozent. Im September 2021 hat das „United Nations Emergency Mine Action Coordination Center for Afghanistan“, welches unabhängig von der de facto-Regierung ist, die Verantwortung für die Bekämpfung des Minen-Problems in Afghanistan übernommen. Dies erlaubt es, diese wichtige humanitäre Arbeit weiterzu-

führen. Luxemburg investiert jedes Jahr erhebliche Summen in die sogenannte „Mine action“, die Beseitigung von Minen. Dies wird vor allem durch unsere humanitäre Aktion und durch unseren Verteidigungshaushalt finanziert. In rezenten Jahren hat sich diese Hilfe auf den Irak und Laos konzentriert, zwei Länder, die ebenfalls enorm unter den Folgen von Kontamination durch Minen und ERWs leiden. Für uns ist klar, dass Landminen und ähnliche Waffen unmenschlich und nicht zu tolerieren sind. Daher hat Luxemburg natürlich alle einschlägigen Konventionen unterzeichnet, allen voran die Ottawa-Konvention gegen Landminen und die Oslo-Konvention gegen Streu-

bomben. Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, diese Waffen und ihren Einsatz zu ächten, und uns an der Beseitigung der Minen weltweit beteiligen.

„Dieser Schritt darf auf keinen Fall als Zeichen der Anerkennung der Taliban-Regierung verstanden werden.“

Außenminister Jean Asselborn über den Aufbau einer Minimalpräsenz der EU in Kabul



Foto: Guy Jallay

„Olympia ist immer politisch“

OLYMPIA Jean Asselborn über China und die Frage, welche Rolle der Sport in der Diplomatie einnimmt

Chris Schleimer

Am Freitag werden die Olympischen Winterspiele in Peking eröffnet. Diese stehen aufgrund der Menschenrechtslage in China stark in der Kritik. Der Luxemburger Außenminister Jean Asselborn erklärt, wieso er einen Boykott für falsch hält und wieso der Sport doch politischer ist, als es manche wahrhaben wollen.

Als die EU-Außenminister vergangene Woche über die angespannte Lage zwischen Russland und Ukraine beraten haben, sprach Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn den Olympischen Frieden an. Bereits in der Antike wurde drei Monate vor den Olympischen Spielen eine Waffenruhe ausgerufen, um den Athleten eine sichere Anreise zu den Spielen zu gewährleisten. Eine Tradition, die heute von den Vereinten Nationen fortgeführt wird. Es ist ein symbolischer Akt und der Olympische Frieden wurde bereits mehr als einmal gebrochen. „Auch wenn es bloß ein Symbol ist, kann man mit der Einhaltung der Waffenruhe ein Zeichen setzen“, so Asselborn, der sich nicht nur im Ukraine-Konflikt für diplomatische Lösungen starkmacht.

Abgesehen vom Olympischen Frieden, welchen Einfluss hat der Sport auf die Diplomatie und die Politik? Eine Frage, die im Vorfeld der Olympischen Winterspiele, die am Freitag in Peking eröffnet werden, viel diskutiert wurde. Während Sportfunktionäre gerne betonen, dass der Sport nichts mit Politik zu tun hat, steht für den dienstältesten EU-Außenminister, Jean Asselborn, fest: „Olympische Spiele und Fußball-Weltmeisterschaften sind immer politisch. Sie sind einfach zu groß, um nicht politisch zu sein.“

Im aktuellen Kontext geht es vor allem um die Frage, ob in einem Land wie China, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten und Minderheiten in Um-

erziehungslager gesteckt werden, Olympische Spiele ausgetragen werden sollen. Im Dezember rangen Asselborn und seine Amtskollegen aus der Europäischen Union um eine gemeinsame Position, ob sie Regierungsvertreter nach Peking schicken sollen oder nicht. Wie so oft bei außenpolitischen Fragen gab es keine gemeinsame Linie. Die Niederlande, Dänemark, aber auch die USA, Kanada und Großbritannien haben sich zum Beispiel für einen politischen Boykott entschieden. Luxemburg wird zwar keinen Regierungsvertreter nach China entsenden, allerdings wird Großherzog Henri sowohl als IOC-Mitglied wie auch als Staatsoberhaupt an den Spielen teilnehmen.

„Dahinfahren und darüber reden“

Asselborn sprach sich von Beginn an gegen einen diplomatischen Boykott aus. „Ein Boykott ist immer die einfachste Lösung“, so der Luxemburger, aber sinnvoller sei für ihn, dass man sich den Diskussionen um Menschenrechte stellt. „Dahinfahren und darüber reden“, sagt Asselborn. Ob Organisationen wie das Internationale Olympische Komitee oder der Fußball-Weltverband mit der Vergabe von Großereignissen nach China oder Katar ihrer politischen Verantwortung gerecht werden, sei dabei wieder eine andere Frage.

Für Peking sind es bereits die zweiten Olympischen Spiele, nachdem 2008 die Sommerspiele in Chinas Hauptstadt ausgetragen wurden. Damals gab es ebenfalls Diskussionen um die Menschenrechte im Riesereich. Die Sommerspiele sollten zeigen, wie weltoffen China sei und dazu beitragen, dass sich die Menschenrechtslage weiter verbessere. „In Tibet sah die Wahrheit aber schon 2008 anders aus“,

sagt Asselborn.

Zum Abschluss der Spiele 2008 hatte der damalige IOC-Präsident Jacques Rogge behauptet, dass das IOC und die Olympischen Spiele souveräne Staaten nicht ändern und nicht alle Krankheiten der Welt heilen könnten, aber man könne zu positiven Veränderungen beitragen. Mit Blick auf die Situation der Menschenrechte war diese Aussage schlicht falsch. Heute ist es nicht mehr ausschließlich die Lage in Tibet, die im Fokus der Diskussionen steht, sondern die Situation der Uiguren. Die muslimische Minderheit wird von der chinesischen Regierung in Um-erziehungslager gesteckt, gefoltert und getötet. „Aus dem Grund hat die EU ja auch Sanktionen gegen China verhängt“, erinnert Asselborn. „Es ist aber nicht nur die Situation der Uiguren, die uns beunruhigt, auch die Lage in Hongkong bereitet uns Sorgen.“

Wichtiger Handelspartner

Seit den Olympischen Spielen 2008 hat sich nicht nur die Lage der Menschenrechte verschlechtert, auch Chinas Position als Wirtschaftsmacht ist eine andere. „Seit 2010 ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft und könnte die USA schon 2028 hinter sich lassen. Damit hat sich das Machtverhältnis sehr verändert.“ China ist auch für Luxemburg ein wichtiger Partner. Ob chinesische Banken, die Frachtfluggesellschaft Cargolux oder die CFL, die es mit chinesischen Partnern möglich macht, Waren von Bettemburg per Zug direkt nach China zu transportieren, die Volksrepublik spielt eine immer wichtigere Rolle in Luxemburgs Wirtschaft.

Die Winterspiele sollen China, so wie es für Olympische Spiele üblich ist, der Selbstinszenierung dienen. Sport ist halt ein beliebtes Werbemittel für Staaten. Da muss man nicht erst nach China blicken, auch Luxemburg

versucht, sich mithilfe des Nation-Brandings im Sport ein positives Image zu geben. Die „Let's make it happen“-Kampagne ist vom Umfang her zwar nicht mit einer Olympia-Bewerbung zu vergleichen, der Zweck dahinter aber schon. „Wer wie China Milliarden in Olympische Spiele investiert, der möchte natürlich einen Ertrag sehen.“ Innenpolitisch wird Xi Jinping die Spiele für sich zu nutzen wissen. Ob es mit der PR-Show nach außen klappt, ist allerdings aufgrund der Diskussionen über Menschenrechte, Pandemie und Klimaschutz fraglich.

Dass es Diskussionen über diese Themen gibt, zeigt, dass der Sport durchaus etwas bewegen kann. Als zu Beginn der Pandemie die halbe Welt – darunter auch Luxemburg – Masken und medizinisches Material aus China bekommen wollte, waren Menschenrechte kein großes Thema.

Pingpong-Diplomatie und Fußballkrieg

Wer an die diplomatische Wirkung des Sports denkt, denkt schnell an die ideologischen Duelle zwischen den USA und der Sowjetunion und die Olympischen Boykott-Spiele von 1980 in Moskau und '84 in Los An-

geles. Ein rezent Beispiel dafür, wie sich der Sport diplomatisch einbringen kann, ist für Asselborn das Flüchtlingsteam bei den Olympischen Spielen in Rio und Tokio. „Es hat nicht nur diesen Athleten erlaubt, ihren Traum zu leben, sondern auch den Fokus auf die Herausforderung der Migrationspolitik gelegt. Das war in meinen Augen ein ganz starkes Zeichen, das vom Sport ausging.“

Aber auch das aus süd- und nordkoreanischen Spielerinnen bestehende Eishockeyteam war für Asselborn ein positives Zeichen. „Der Sport kann diplomatische Öffnungen schaffen, die Politiker nicht hinbekommen.“ Eines der bekanntesten Beispiele ist das der sogenannten Pingpong-Diplomatie in den 1970er-Jahren zwischen China und den USA, die unter anderem im Film „Forrest Gump“ thematisiert wurde. Die Tischtennispieler Glenn Cowan und Zhuang Zedong hatten sich bei der Weltmeisterschaft 1971 angefreundet und Cowan wurde vom chinesischen Tischtennisverband nach China eingeladen. Es folgten Treffen von Politikern, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern entspannten.

Es gibt allerdings auch negative Auswirkungen des Sports auf die Politik. So löste ein Fußballspiel zwischen El Salvador und Honduras im Jahr 1969 einen militärischen Konflikt zwischen beiden Ländern aus und ging als

„Fußballkrieg“ oder „100-Stunden-Krieg“ in die Geschichte ein.

Es gibt weitere Beispiele, die zeigen, dass der Sport nicht komplett losgelöst von der Politik betrachtet werden kann. Für Asselborn steht allerdings fest, dass die Verantwortung nicht zu sehr an den Athleten hängen darf. „Sie bereiten sich teilweise ein Leben lang auf so ein Event vor und erfüllen sich damit einen Lebenstraum.“ Für Luxemburgs Außenminister stehen vielmehr Funktionäre und Verbände in der Pflicht, und die treffen noch lange nicht immer die richtigen Entscheidungen. Asselborn gibt die Fußball-Europameisterschaft aus dem vergangenen Jahr als Beispiel. Die Stadt München wollte die „Allianz Arena“ beim Spiel Deutschland gegen Ungarn in Regenbogenfarben leuchten lassen und so ein Zeichen gegen ein homosexuellenfeindliches Gesetz in Ungarn setzen. Der Europäische Fußball-Verband UEFA legte daraufhin ein Veto ein und untersagte der Stadt München das Vorhaben. „Damit lag die UEFA daneben“, so Asselborn. Nicht wenige finden, dass auch das Internationale Olympische Komitee mit der Ausrichtung der Spiele in China danebenliegt. Der Sport ist doch politischer, als es manchen Funktionär arrangieren mag.

Luxembourg

„Galaktisches Gipfeltreffen“

Weltmarktführer Ökonomie und Digitalisierung sind die Schlagwörter beim Kongress in Hall. Dieser endet heute.

„Ist Deutschland erpressbar im Powerplay der Großmächte?“, fragte Beat Balzli zu Beginn des ersten Kongresstages an diesem Mittwoch. Antworten darauf lassen sich aus den Vorträgen des Ökonomen Lars Feld und des Europapolitikers Jean Asselborn ableiten. Balzli, Chefredakteur des

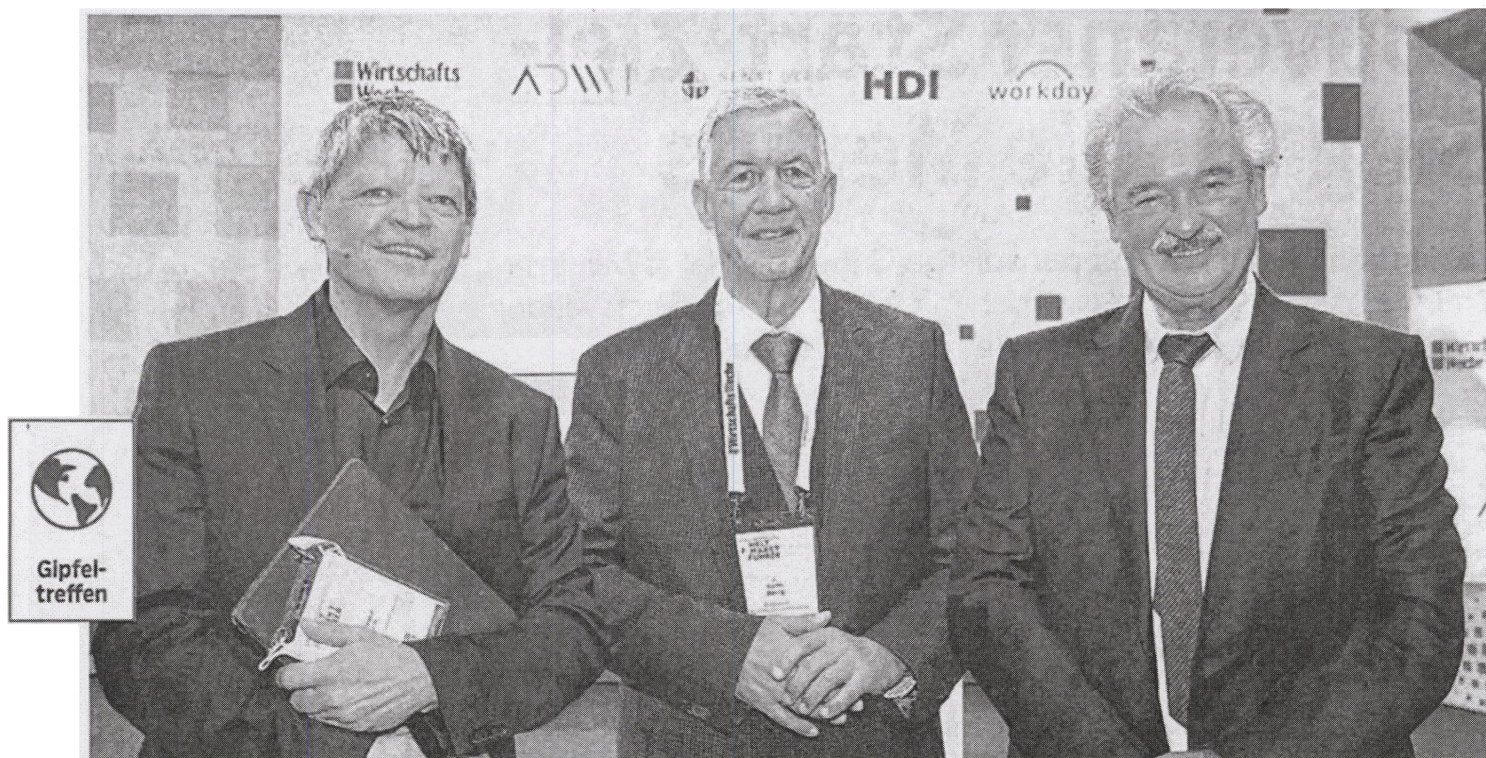
Veranstalters Wirtschaftswoche, sprach in Erwartung hoch angesehener Referenten von einem „galaktischen Gipfeltreffen“.

Walter Döring, der das Treffen 2011 gegründet hatte, versprach ein Programm, das sonst nirgendwo zu finden sei.

Von einer immensen Heraus-

forderung berichtete Reinhard Klein, Vorstandsvorsitzender der Bausparkasse Schwäbisch Hall, im Hinblick auf das Ziel, den Gebäudebestand so zu entwickeln, dass er die CO₂-Bilanz nicht belastet. Die Bausparkasse könne über die Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung einen großen Teil zur ökologischen Transformation beitragen.

Fachkräfte gewinnen und halten, das sei eine Herausforderung für viele Unternehmen in dem innovativen und leistungsstarken Haller Wirtschaftsraum. Das machte Oberbürgermeister Daniel Bullinger deutlich. just



Reinhard Klein, Vorstandschef der Bausparkasse, Gipfeltreffen-Gründer Walter Döring und Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Dieser warnt vor der Bildung zweier Wirtschaftslager.

Foto: Ufuk Arslan

Europa kann nicht nur Markt, sondern auch Macht

Gastbeitrag von Jean Asselborn

Wir leben in unsicheren Zeiten. Umso wichtiger ist, dass gerade Europa ein verlässlicher Stabilitätsanker in der Welt bleibt – politisch, aber vor allem auch wirtschaftlich. Ein Gastbeitrag von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn.

Jean Asselborn ist seit 2004 luxemburgischer Außenminister und damit einer der dienstältesten Topdiplomaten der Welt. Dieser Gastbeitrag basiert auf einer Rede, die er anlässlich des WirtschaftsWoche-Weltmarktführergipfels am 2. Februar 2022 in Schwäbisch-Hall gehalten hat. Sie wurde für die Veröffentlichung leicht gekürzt und angepasst.

Die Lage in der Ukraine ist besorgniserregend, insbesondere angesichts der Drohkulisse, die Russland an der Grenze zur Ukraine und in Belarus aufgebaut hat. Aber ich glaube weiterhin, dass Vernunft und Diplomatie die Oberhand haben werden.

Die EU, genau wie die Nato, haben als erstes Ziel, Russland zu überzeugen, der Diplomatie eine Chance zu geben, statt mir militärischen Drohgebärden zu operieren. Die „Sorgen“ Russlands in Sachen Sicherheitsarchitektur sollten mit den Werkzeugen des internationalen Rechts behandelt werden – im Rahmen einer kultivierten Diplomatie und in einem Prozess, in dem beide Seiten sich einbringen und die Geschichte nicht neugeschrieben werden kann.

Was meine ich damit? Im 21. Jahrhundert, anders als im 20., kann es keine Einflusszonen mehr geben, die im Gegensatz zum Prinzip der Schlussakte von Helsinki von 1975 stehen. Das heißt: Jedes Land ist frei, seine Außenpolitik so zu orientieren, wie es ihm gefällt. Das heißt nicht, dass es keinen Spielraum gibt, um Abrüstung zu fördern und Vertrauen neu aufzubauen.

In einem Land wie Deutschland, das 50 Prozent seines Erdgases aus Russland bezieht, braucht man wohl nicht allzu viele Worte zu verlieren, um den Ernst der Auswirkungen eines militärischen Übergriffs Russlands auf die Ukraine zu verstehen. Zu den Werkzeugen der Diplomatie gehören Sanktionen, um ein Umdenken herbeizuführen. Ich hoffe, dass wir das in Vorbereitung befindliche Sanktionspaket nicht anwenden müssen. Die EU wird sich weiterhin für die territoriale Integrität der Ukraine einsetzen.

Lesen Sie dazu auch: Marschiert Russland ein, droht Deutschland ein Preisschock

Ich weigere mich, einer vermeintlich unaufhaltsamen Kriegslogik zu folgen, also zu glauben, mit militärischen Drohkulissen einen Krieg zu verhindern. Russland kennt die möglichen Konsequenzen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Ein militärischer Angriff auf die Ukraine wird diese heutigen Sicherheitsbedenken in keiner Weise lösen. Es wird eine Dynamik der Eskalation und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs entstehen.

Um es klar zu sagen: Das kann nicht das Ziel sein. Hoffen wir, dass das Irrationale nicht eintrifft.

Wandel durch Handel? Leider nein

1995, fünfzig Jahre nach der Gründung der großen multilateralen Organisationen, erblickte die Welthandelsorganisation, die neue Hüterin des Welthandels, das Licht der Welt. Nach Ende des Kalten Krieges konnte der Westen jetzt, neben der Befestigung der Demokratien, sich zur Aufgabe machen, die Welt von Handelshemmnissen zu befreien und seinen Unternehmen freien Zugang zu allen Märkten zu verschaffen. Diese beiden Ziele fanden ihre kombinierte Umsetzung in einer Politik, die der bekannte Ausdruck „Wandel durch Handel“ perfekt zusammenfasst – ein Ausdruck, der unsere Hoffnung widerspiegelte, dass die wirtschaftliche Öffnung autoritärer Länder demokratische Übergänge erleichtern würde.

Luxembourg

Heute steht Wandel durch Handel eher dafür, dass wir zu lange die Augen zugedrückt haben, besonders im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen. Im Nachhinein sehen wir, dass wir zu optimistisch waren – manche werden sagen:

naiv – und uns zu sehr auf unsere eigenen europäischen Erfahrungen mit der Schaffung einer europäischen Freihandelszone und Wertegemeinschaft verlassen haben.

Zweifellos haben wir auch den Widerstand gegen Veränderungen unterschätzt, da demokratische Übergänge als systemische Bedrohung für die herrschenden Kräfte wahrgenommen werden. Dies hat zu grundlegenden Verschiebungen im internationalen Handel geführt, welche mit zum Teil erheblichen Instabilitäten in den internationalen Beziehungen einhergehen.

Keine Illusionen gegenüber China

Was meine ich konkret? Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Chinas hat zu bedeutenden Veränderungen im internationalen Handel beigetragen. Das Reich der Mitte hat sich zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickelt und parallel dazu seinen politischen Einfluss auf der ganzen Welt ausgebreitet.

Fast 20 Jahre nach der Aufnahme Chinas in die WTO ist es immer noch nicht gelungen, die Probleme im Zusammenhang mit dem Marktzugang und die diskriminierende Behandlung unserer Unternehmen zu beheben. Ende 2019 weckte der Abschluss der Verhandlungen über ein Investitionsabkommen die Hoffnung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Aber dieser Prozess ist augenblicklich festgefahren.

Und ich befürchte, dass diese Lage anhalten wird. Die Regierung in Peking strebt die ideologische Kontrolle der chinesischen Gesellschaft an, in der Einzelpersonen und ethnische Gruppen aufgerufen werden, sich unterzuordnen. Modernste Technologie erleichtert diesen Vorgang. Wer nicht in das vom Staat vorgegebene Identitätsschema passt, riskiert einen hohen Preis zu zahlen.

Was die Uiguren erleben ist nicht akzeptabel. Das ist der Grund, weshalb die Europäische Union sich gezwungen sah, zu handeln, indem sie Sanktionen gegen Verantwortliche für die Missbräuche in Xinjiang verhängte. Wie sie wissen, haben die chinesischen Behörden reagiert, indem sie ihrerseits Sanktionen gegen EU-Parlamentarier und -Diplomaten verhängt und somit selbst die Aussetzung des Prozesses zum Abschluss des Investitionsvertrags bewirkt haben. Wir müssen nun sehen, wie wir die Interessen unserer Unternehmen in China im Rahmen eines breiteren Dialogs voranbringen können, ohne unser starkes Engagement für die Achtung der Menschenrechte in Frage zu stellen. Aber China scheint nicht bereit, auf politischer Ebene auf den Westen zuzugehen. Und das wird sich auch auf unsere Handelsinteressen auswirken.

Gefahren für den Freihandel

Internationaler Handel auf der Grundlage von Wertschöpfungsketten und integrierten Logistikketten ist nur möglich, wenn er auf einem zwischenstaatlichen Vertrauensverhältnis und klaren Regeln basiert. Insofern sind auch die diskriminierenden Handelspraktiken Chinas gegen Litauen nicht hinnehmbar. Deshalb hat die EU bei der WTO ein Streitbeilegungsverfahren mit China beantragt.

Eine internationale Lieferkette bringt die verschiedenen Akteure in der Kette in eine Abhängigkeitsposition. Im Zusammenhang mit der Coronapandemie haben wir gesehen, dass dies mehr denn je zutrifft. Mit zunehmenden internationalen Spannungen sehen wir jedoch, dass die Wirtschaftsmächte diese Abhängigkeit als Gefahr ansehen. Derzeit ist mehr und mehr von einer Abkopplung der Wirtschaften die Rede, die mehr Autonomie garantieren soll. Dies gilt für China – aber leider auch für die Vereinigten Staaten.

Als Donald Trump 2015 seine Präsidentschaftskandidatur bekannt gab, konnte sich keiner ausmalen, welche Auswirkungen vier Jahre Trump auf die USA, aber auch auf die Welt, haben könnten. Wir haben von 2016 bis 2020 miterleben müssen, wie die USA stetig versucht haben, den Multilateralismus abzuschaffen, die internationale Gemeinschaft zu destabilisieren und die transatlantische Beziehung – und somit auch die EU – zu schwächen.

Obwohl die Wahl Joe Bidens erneut Hoffnung gebracht hat, haben die Ausschreitungen im Kapitol vom 6. Januar 2021 traurig veranschaulicht, wie gespalten die USA sowohl politisch als auch sozial sind. Der anhaltende Einfluss Trumps auf große Teile der amerikanischen Bevölkerung vereinfachen die Arbeit Joe Bidens nicht, weder national

Luxembourg

noch im Ausland.

Immerhin: Seit Anfang der Biden-Präsidentschaft hat sich der Umgangston aus Washington zum Besseren gewendet und der erneute Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in Punkto Handelsfragen hat bereits begonnen Früchte zu tragen. So wurde nach den von Präsident Trump verabschiedeten Maßnahmen zu Stahl- und Aluminiumimporten – den sogenannten Artikel-232-Maßnahmen – eine Lösung für die Wiederaufnahme der europäischen Stahlexporte in die USA auf Quotenbasis gefunden. In ähnlicher Weise haben sich EU und USA

insbesondere verpflichtet, im Rahmen eines Technologie- und Handelsausschusses bei der Zusammenarbeit zu kooperieren, der eingerichtet werden soll, um unsere Unternehmen bei der Festlegung der Standards der Zukunft zu unterstützen.

Das sind sehr gute Nachrichten. Aber es ist wichtig, dass wir folgendes klarstellen: Die Regulierung der Ein- und Ausfuhr von Waren durch Zollkontingente, wie es bei unseren Stahlexporten in die Vereinigten Staaten der Fall sein wird, entspricht nicht den Grundsätzen des Freihandels. Ich sage dies nicht nur, weil Luxemburg nach wie vor ein Stahlexporteur ist, sondern weil es hier um Prinzipien geht.

Dies ist ein Beispiel – es gibt noch andere – welches beweist, dass die Vereinigten Staaten dem Protektionismus nicht den Rücken gekehrt haben und dass das Konzept des regulierten Handels jetzt eine Option ist, die von den amerikanischen Behörden ernsthaft in Erwägung gezogen wird, auf Kosten des Freihandels.

Wider die Blockbildung!

Halten wir fest: Wir laufen eindeutig Gefahr, dass die beiden großen Wirtschaftsmächte China und Amerika der Versuchung erliegen, ihre Volkswirtschaften zu entkoppeln, was im schlimmsten Fall auf eine Aufspaltung der globalisierten Wirtschaft in zwei konkurrierende Räume hinauslaufen könnte. Der eine geführt von China, der andere von den Vereinigten Staaten. Dies entspricht nicht unserer Vision des internationalen Handels. Wir müssen diesen Tendenzen entgegenwirken.

Anstatt ihre industriellen, logistischen, technologischen und finanziellen Verbindungen über den gesamten Globus auszudehnen, riskieren Unternehmen also, in absehbarer Zeit mit zwei getrennten Märkten mit immer undurchdringlicheren technologischen, rechtlichen und finanziellen Mauern konfrontiert zu sein. Dies ist ein Rückschritt in längst überwunden geglaubte Zeiten – vor allem für Länder wie Deutschland und Luxemburg, die auf den internationalen Handel und Export angewiesen sind. Die Europäische Union ist eine Wirtschaftsmacht, die darum ringt, sich in ein politisches Schwergewicht zu verwandeln. Für uns wäre die Entkoppelung der Volkswirtschaften, einhergehend mit einem regulierten, nicht freien Handel, eine echte Katastrophe. Für die Welt könnte dies nicht mehr oder weniger bedeuten als den Verfall des multilateralen Handels auf der Grundlage transparenter Regeln. Dies wäre ein schwerer Rückschlag für den Multilateralismus.

Für mehr Multilateralismus! Und für unsere Werte!

Was können, was sollten wir im Lichte dieser Beobachtung tun? Angesichts des radikalen Paradigmenwechsels, den wir in den kommenden Jahren zu erleben drohen, müssen wir den Multilateralismus in all seinen Formen weiter verteidigen, sei es bei den Vereinten Nationen oder bei der WTO, um nur diese beiden Organisationen zu nennen. Die EU muss sich dafür einsetzen, das nötige Vertrauen in ein effizientes internationales Handelssystem zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen.

In diesem Kontext ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir keine Mühen scheuen, um die aktuelle Krise, in der sich die WTO befindet, schnellstmöglichst zu überwinden. Die Europäische Union hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, damit diese wichtige Organisation, deren Entscheidungen im Konsens getroffen werden, ihre Rolle wieder voll erfüllen kann.

Diese vielfältigen Vorschläge spiegeln die Herausforderungen wider, vor denen wir stehen: Es geht zum Beispiel um die Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen und die Förderung von nachhaltigen Lieferketten, damit wir den Klimawandel meistern können. Ebenso notwendig ist, sich auf Regeln für einen weltumspannenden elektronischen Geschäftsverkehr zu einigen. Um dies Ziele zu erreichen, müssen wir die

Luxembourg

Fähigkeit der WTO wiederherstellen, neue multilaterale Handelsregeln zu verhandeln. Der Reformprozesses muss also vorangetrieben werden.

Ebenso müssen wir weiterhin solide Handelspartnerschaften aufbauen, die auf demselben Verständnis gemeinsamer Normen und Werte basieren. Die Diskussionen zu TTIP und CETA haben gezeigt, wie unsere Gesellschaften eine Untergrabung unserer Normen fürchten. In Luxemburg gelang es uns, das Handelsabkommen mit Kanada und das Investitionsabkommen mit Singapur im Jahr 2020 zu ratifizieren, nachdem wir nachweisen konnten, dass alle Garantien für die Einhaltung unserer europäischen Normen gegeben wurden. Für mich ist das ein Beweis dafür, dass es uns gelingen kann voranzukommen, wenn wir nicht den einfachen Weg wählen.

Aus diesem Grund wird die luxemburgische Regierung das Abkommen mit dem Mercosur nicht unterstützen können, solange letzterer und insbesondere Brasilien nicht bewiesen haben, dass sie sich ernsthaft für die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens einsetzen. Ein Handelsabkommen, das zur Abholzung des Amazonas beiträgt, ist

nicht tragbar. In diesem Sinne werde ich mich weiterhin für die Stärkung von Klauseln zur nachhaltigen Entwicklung – also zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards – in den Vereinbarungen, die wir mit unseren Partnern aushandeln, einsetzen.

Einige könnten darin ein zusätzliches Handelshemmnis sehen. Sie liegen falsch. Die Handelsverhandlungen mit Neuseeland beweisen, dass es möglich ist. Nur durch den Aufbau eines nachhaltigen Austauschs mit vertrauenswürdigen Partnern werden wir in der Lage sein, die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften zu stärken.

Unser Pfund ist und bleibt der Binnenmarkt

Aufbauend auf einem offenen und nachhaltigen Wirtschaftsmodell, welches insbesondere auf einem starken Netz von Handelspartnerschaften basiert, trägt ein starker Binnenmarkt auch zur Handlungsfähigkeit Europas auf dem internationalen Parkett bei.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer neuen Strategie für die EU-Handelspolitik eine Reihe von Initiativen vorgelegt. Sie ermöglichen der Union, ihre Handelsinteressen besser durchzusetzen, unlauteren Handel zu bekämpfen und die Nachhaltigkeit zu fördern. Auch sollen unsere Betreiber und unser technologisches Know-how besser vor schädlichen Investitionen geschützt und ein Instrument geschaffen werden, mit dem der Handlungsspielraum der EU bei der Reaktion auf wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen erweitert wird.

Wenn es uns gelingt, den Binnenmarkt weiter zu stärken und unser Netzwerk aus Handelsabkommen weiter auszubauen, belastbare Wertschöpfungsketten aufzubauen und diese Politiken mit ehrgeizigen Investitionen zu kombinieren, um den grünen und digitalen Wandel voranzutreiben, bin ich überzeugt, dass die EU in der Lage sein wird, ihren Status als Handelsmacht zu erhalten und auszubauen.

Mehr zum Thema: Russlands Staatschef hat im Westen erneut das Narrativ der berechtigten Sicherheitsinteressen etabliert. Ein dreifacher Erfolg im Machtkampf um die Ukraine – und eine Bestätigung von Russlands Selbstverzweigung zugleich. Ein Kommentar.

LEITARTIKEL CORONA-LOCKERUNG

Luxemburger Gelassenheit statt German Angst

Bernd Wientjes

Corona ist nicht vorbei, sagte Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel am Freitag. Aber es sei an der Zeit, den Menschen ihre Freiheit wieder zurückzugeben und Einschränkungen aufzuheben. Die aktuelle Lage – keine deutlich steigenden Zahlen der Covid-Patienten in den Kliniken, keine Überlastung der Intensivstationen, überwiegend milde Verläufe – erlaube nun umfassend zu lockern. Und das wohl gemerkt bei einer Inzidenz, die fast doppelt so hoch ist wie in Deutschland.

Ist das Virus in Luxemburg harmloser als bei uns? Oder sind die Politiker im Nachbarland mutiger als Scholz, Dreyer & Co? Während in Deutschland weiterhin das Team Vorsicht die Richtung der Corona-Politik bestimmt und immer noch eine drohende Überlastung des Gesundheitswesens als Begründung für die vergleichsweise strengen Maßnahmen herhalten muss, ist man in den meisten Nachbarländern entspannter und

pragmatischer.

Es sei kein Normalzustand, die Freiheit der Menschen einzuschränken, sagte Luxemburgs Gesundheitsministerin Paulette Lenert. Ihre Botschaft: Wenn die Gründe für die Einschränkungen nicht mehr bestehen, dann muss man diese auch beenden. Genau wie Dänemark, Frankreich, Spanien und andere Länder hat nun auch Luxemburg erkannt, dass Omikron ansteckender, aber nicht gefährlicher ist. Und dass damit die Grundlage für einen Großteil der Corona-Maßnahmen fehlt. Und in Deutschland wartet man weiter ab.

Obwohl auch hier die Forderungen nach Lockerungen immer lauter werden. Dass ausgerechnet Bayerns Regierungschef Söder, einst Anführer des Teams Über-Vorsicht, nun zum Lautsprecher des Teams Augenmaß geworden ist, sollte als Signal aufgefasst werden. Ein Signal dafür, dass die Zeit reif ist für schrittweise Lockerungen.

Und immer mehr Bundesländer folgen diesem Ruf. Sei es,

dass sie gerichtlich dazu gezwungen werden, 2G im Handel zu kippen, sei es, dass sie – wie Schleswig-Holstein – erkennen, dass die Regel mittlerweile wirkungslos ist. Das Zugangsverbot für Ungeimpfte in Kleider-, Schuh- oder Möbelgeschäfte wurde nicht aus Infektionsschutzgründen eingeführt, sondern um Druck auf die Ungeimpften ausüben. Das Ziel wurde verfehlt. Die Impfquote dümpelt seit Monaten vor sich hin, es gibt kaum noch Erstimpfungen in nennenswertem Umfang. Zudem sorgt 2G für massive Umsatzeinbußen im Handel, weil auch viele Geimpfte genervt sind von den Schlangen vor den Geschäften.

Daher ist es völlig unverständlich, warum sich die rheinland-pfälzische Landesregierung so standhaft weigert, die mittlerweile sinnlose Regel zu kippen und sogar sagt, es sei keine Zeit für Lockerungen. Das sorgt nur unnötig für Verdruss. Beim Handel, aber auch anderen Teilen der Wirtschaft und bei vielen Bürgern. Sie sind nach zwei Jahren Pandemie müde und abgestumpft. Sie sehen, dass das Virus offenbar an Gefährlichkeit verloren hat. Aber sie bekommen keine Perspektiven aufgezeigt, es regiert weiterhin die German Angst.

Weitreichende Lockerungen

Opposition versteht die Abschaffung der Restriktionen als Eingeständnis der Regierung, dass ihr die Kontrolle entglitten ist

Von Michèle Gantenbein

Das Parlament hat gestern mit 31 Ja- gegen 28 Nein-Stimmen das 27. Covid-Gesetz verabschiedet. Mit dem Gesetz treten zahlreiche Lockerungen in Kraft. Hintergrund ist die Entkoppelung der recht hohen Infektionszahlen von den Hospitalisierungen, die nicht in dem Maße gestiegen sind, wie man es vor Wochen befürchtet hatte, und weswegen im Hauruck-Verfahren unter anderem die Sperrstunde in der Gastronomie und das obligatorische 3G am Arbeitsplatz eingeführt worden waren.

Die Regierung musste für ihren Kurswechsel von den Oppositionsparteien ordentlich Kritik einstecken. Sie monierten, die Regierung fahre einen Zickzack-Kurs, begründe ihre Entscheidungen nicht und evaluiere die Maßnahmen nicht. „So kann man keine Zielsetzungen definieren und bleibt im Ungefähren“, sagte CSV-Sprecher Claude Wiseler.

Strategiewechsel

Sven Clement (Piraten) sprach gar von einem Strategiewechsel der Regierung, die nicht zugeben wolle, „dass sie die Kontrolle über die Omikron-Welle verloren hat und nun auf eine Durchseuchungsstrategie setzt, die wir in den Schulen

schon länger beobachten und die nun auch im Rest der Gesellschaft ankommt“.

Wiseler geht davon aus, dass die statistischen Zahlen nun sinken werden, weil viele Menschen sich infolge der Abschaffung der Kontaktquarantäne und der neuen Isolationsregel nicht mehr bei der Santé melden werden. Damit seien die Zahlen nicht mehr verlässlich und könnten auch nicht mehr als Steuerinstrument in der Krise dienen.

Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) ließ die Kritik sichtlich kalt. Die beschlossenen Maßnahmen seien präventiver Natur gewesen, „weil wir nicht wussten, welche Auswirkungen Omikron auf die Hospitalisierungen haben würde“. Nun sei die befürchtete Situation glücklicherweise nicht eingetreten, insofern sei es nicht möglich, die Wirksamkeit der präventiven Maßnahmen zu evaluieren, so Lenert, die in dem Zusammenhang vom so genannten Präventionsparadox sprach.

Berichterstatte Mars Di Bartolomeo (LSAP) reagierte anders auf die Vorwürfe. Was die Kritiker als Zickzack-Kurs und somit als Schwäche bezeichneten, sei in Wahrheit eine Stärke. Die Reaktivität sei der richtige Weg im Um-

gang mit einem unberechenbaren Virus, so Di Bartolomeo.

Und auch Yves Cruchten (LSAP) meinte, die Aufhebung einzelner Maßnahmen sei nicht unlogisch und auch nicht inkohärent. „Im Gegenteil, sie sind das Ergebnis einer kohärenten Politik von Beginn der Krise an. Luxemburg hat immer die Belastung der Spitäler als Hauptkriterium für Maßnahmen herangezogen.“

Die vier Oppositionsparteien stimmten gegen das Gesetz, was nicht bedeutet, dass sie die Maßnahmen in ihrer Gesamtheit ablehnen. Die Abschaffung der Sperrstunde und der Restriktionen im privaten Bereich wurde von allen begrüßt, doch für Jeff Engelen (ADR) und Nathalie Oberweis (Déi Lénk) machten diese Maßnahmen ohnehin keinen Sinn. Engelen forderte, dass der 1. März der Tag der Freiheit werden sollte „mit so vielen Freiheiten wie nur möglich“, inklusive Abschaffung des Covid-Passes in vielen Bereichen.

Das 3G am Arbeitsplatz war den Piraten und der ADR von vornherein ein Dorn im Auge. Die ADR forderte, dass es komplett abgeschafft wird. Auch Nathalie Oberweis äußerte Bedenken und fragte, welchen Sinn es angesichts der

stabilen Lage in den Krankenhäusern überhaupt mache, das 3G beizubehalten.

„Vermischung von Dingen“

Premier Xavier Bettel (DP) ließ den Vorwurf der Oppositionsparteien, die Lockerungen stünden im Widerspruch zur angedachten Impfpflicht, nicht gelten. Hier würden Dinge vermischt, die Impfpflicht habe mit Omikron und den Lockerungen nichts zu tun. „Die Impfpflicht ist eine zusätzliche Garantie für den Fall einer nächsten Welle“, so Bettel.

Für Gilles Baum (DP) ist es genau der richtige Zeitpunkt für Lockerungen – einerseits, um der sanitären Situation Rechnung zu tragen, aber auch, um den Arbeitssektor zu entlasten, der unter den Personalausfällen gelitten habe.

Josée Lorsché (Déi Gréng) sorgte sich um die Menschen über 50 Jahre. 31 000 Personen (14 Prozent) seien immer noch nicht geimpft. Bei den über 60-Jährigen seien mehr als 18 000 Personen noch nicht geimpft. Sie verteidigte die geplante Einführung einer Impfpflicht. Sie müsse als Schutzschild für potenzielle nächste Wellen aufgebaut werden.

Luxembourg

Luxemburg lockert umfassend – Rheinland-Pfalz wartet weiter ab

Das Nachbarland will viele Einschränkungen zurücknehmen: Ungeimpfte dürfen wieder in Restaurants, Clubs wieder öffnen. Der Druck auf die Landesregierung wächst weiter.

VON BERND WIENTJES

LUXEMBURG In Luxemburg soll wieder mehr Normalität einkehren. Ein Großteil der Corona-Maßnahmen wird aufgehoben. Man wolle den Menschen wieder mehr Freiheiten geben, sagte Premierminister Xavier Bettel am Freitag in Luxemburg. „Wir können heute anders mit dem Virus leben, als vor einem Jahr“, ergänzte Gesundheitsministerin Paulette Lehnert.

Das sind die konkreten Lockerungen in Luxemburg: Im Privaten soll es keine Einschränkungen mehr geben, Kontaktbeschränkungen für Treffen zu Hause entfallen. Ungeimpfte mit einem negativen Corona-Test aus einem Testzentrum sollen wieder Zutritt zur Gastronomie erhalten, die 2Gplus-Regel wird durch 3G ersetzt. Auch die Sperrstunde soll wegfallen, Diskotheken und Nachtclubs dürfen wieder öffnen. Kontaktpersonen von Infizierten brauchen nicht mehr in Quarantäne. Positiv Getestete können sich mit zwei negativen Schnelltests aus der Isolation freitesten. Am

Arbeitsplatz soll weiterhin verpflichtend 3G gelten. Die Lockerungen sollen voraussichtlich in der nächsten Woche umgesetzt werden.

Die aktuelle Lage erlaube Lockerungen, sagte Bettel. Maßgabe sei immer gewesen: Soviel Freiheit wie möglich und soviel Sicherheit wie notwendig. Er erinnerte daran, dass viele Menschen durch die Beschränkungen belastet seien. Nicht nur die mentale Gesundheit leide, auch die körperliche. Lehnert zeigte sich zuvorsichtlich, dass der Höhepunkt der Omikron-Welle überstanden sei.

In der vergangenen Woche wurde in Luxemburg erstmals ein leichter Rückgang der Corona-Zahlen gemeldet. 14.918 Neuinfektionen wurden registriert, in der Vorwoche waren es 15.293. Die Inzidenz sank von 2409 auf 2350.

In Rheinland-Pfalz hingegen steigen die Corona-Zahlen ungebrems an. Mit 10.069 Neuinfektionen meldet das Landesuntersuchungsamt erneut einen Höchstwert. In der Re-

gion wurden 1100 neue Corona-Fälle registriert. Trotzdem wächst auch hier der Druck auf die Landesregierung, Lockerungen zu beschließen. „Die Notwendigkeit für eine 2G-Regelung im Handel, aus Infektionssicht, war nie gegeben“, sagt Thomas Scherer, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Rheinland-Pfalz. Zur Grundversorgung gehöre auch das Kaufen von Kleidern, was immer noch „mit Auflagen belegt sei, was die Widersinnigkeit der Regelung aufzeige“, so Scherer. Die AfD will in der nächsten Landtagssitzung einen entsprechenden Antrag auch für Rheinland-Pfalz stellen. Es sei nicht ersichtlich, warum weiter an den bestehenden Einschränkungen für den Einzelhandel festgehalten werden, sagte Fraktionsvorsitzender Michael Frisch. Auch die Freien Wähler im Landtag wollen 2G im Handel so schnell wie möglich kippen. Noch sei es zu früh für Lockerungen, sagte Regierungssprecherin Andrea Bähler diese Woche unserer Redaktion.

Luxembourg

Ein Orden für zwei Brückenbauer

Mit 11.000 Menschen leben zehn Mal mehr Luxemburger in der Region als noch vor 30 Jahren. Die Aufgaben des Luxemburger Honorarkonsuls in Trier nehmen zu. Nur ein Grund, warum die ehemaligen Funktionalsträger Franz Peter Basten und Klaus Jensen nun den Verdienstorden des Großherzogtums bekommen haben. Doch was macht so ein Honorarkonsul überhaupt?

VON SABINE SCHWADORF

SCHLOSS SENNINGEN/NIEDERANVEN

Als Franz-Peter Basten zwischen den Bombenangriffen des zweiten Weltkriegs in Trier geboren wird, hat niemand geahnt, dass der kleine Junge einmal wie selbstverständlich als Grenzgänger und leidenschaftlicher Europäer zwischen den ehemals verfeindeten Ländern Deutschland und Luxemburg wandeln wird – und schon gar nicht, dass er neben seiner Anwaltstätigkeit in beiden Ländern einmal acht Jahre lang als oberster Ehrenbeamter des Großherzogtums als Honorarkonsul Luxemburgs (2007-2015) fungieren würde. Denn Krieg ist Teil der Familie Basten über Generationen: Der Vater stirbt an der Front im Zweiten Weltkrieg, der Großvater steht in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs und der Urgroßvater steht dem damaligen Erzfeind Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gegenüber.

Gerührt ist Basten deshalb, als Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn ihn und seinen Nachfolger Klaus Jensen als Honorarkonsul Luxemburgs in Trier für ihre Tätigkeit mit dem Verdienstorden des Großherzogtums Luxemburg für ihre Arbeit im Sinne der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg auszeichnet. „Es ist mir eine große Ehre, Euch zu empfangen“, beginnt der Außenminister denn auch seine Rede.

Dass hier Freunde, oder zumindest Vertraute, beieinander sind, zeigt sich nicht nur durch das gegenseitige Schulterklopfen. In den vergangenen Jahren haben die beiden Honorarkonsuln, aber auch ihr Nachfolger und jetziger Würdenträger Jan Glockauer, dem Außenministerium sowie der Luxemburger Botschaft in Berlin immer wieder klargemacht, „dass wir hier in der Großregion ein funktionierendes Europa ohne Grenzen haben“, sagt Asselborn. „Ihr habt dazu beigetragen, dass Europa für die Bürger in unserer Grenzregion zu einer tagtäglich gelebten Realität geworden ist, und diese Grenzregion heute eine europäische Modellregion ist.“

Immerhin hat sich innerhalb der vergangenen 20 Jahre die Zahl der Grenzpendler von Rheinland-Pfalz nach Luxemburg auf fast 40.000 verdoppelt. Tausende Luxemburger tätigen ihre Einkäufe in Warenhäusern und Geschäften in Trier und der Umgebung, während 80 Prozent der Handwerksbetriebe auf deutscher Seite einen beträchtlichen Anteil ihres Umsatzes in Luxemburg erwirtschaften.

Dass das Konstrukt fragil ist und immer wieder mit Leben gefüllt werden muss, belegt der Außenminister mit den Grenzsicherungen im Rahmen der Corona-Pandemie am 18. März 2020. „Das werde ich nie vergessen“, sagt Asselborn, „als die Schlagbäume wieder gefallen sind“. Freizügigkeit im Rahmen des Schengener Abkommens dürfe keine Ausnahme, sondern müsse die Regel sein. „Franz Peter und Klaus, auch dank Eurer Intervention konnten wir diesen Zustand nach zwei Monaten beenden“, ist Jean Asselborn überzeugt. „Solidarität und Miteinander zeigen sich eben auch in Krisen.“

Beide hätten sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass die Bürger in der Grenzregion von den Vorzügen dieser Freizügigkeit profitieren können – ob mittels der Sprechstunden im Konsulat oder durch die Betreuung und Hilfestellung luxemburgischer Staatsbürger in der Grenzregion bei der Bewältigung administrativer Formalitäten. Immerhin wird dieser Aufwand für den Honorarkonsul in Trier immer größer, hat sich die Zahl niedergelassener Luxemburger im Konsular-

bezirk schließlich in 30 Jahren auf heute 11.000 verzehnfacht.

Die logische Folge für die Ex-Honorarkonsuln: „Weil beide sich unermüdlich und selbstlos der konsularischen Aufgabe gewidmet haben, sowie für eine bessere Verständigung unserer Mitbürger auf beiden Seiten der Grenze einsetzten, habe ich dem Großherzog vorgeschlagen, beiden die Auszeichnung mit dem Verdienstorden zu gewähren.“

Dass diese Aufgabe für Klaus Jensen (Honorarkonsul von 2015 bis 2020) auch eine Aufgabe für die Jugend ist, hat der ehemalige Pfadfinder sogar selbst erlebt. Als 11-Jähriger besucht er 1964 ein Zeltlager am Wohnort des Großherzogs in Colmar-Berg und „konnte noch nicht ahnen, dass ich nach meinem Wechsel als Sozialplaner nach Trier nichts mehr ohne die Luxemburger machen würde“, gesteht er. Ob als Friedensaktivist, als Förderer der KZ-Gedenkstätte Hinzert im Hunsrück, in der viele Luxemburger ums Leben kamen, grenzüberschreitende Ausbildungsprojekte oder im kulturellen Quattropole-Netzwerk: „Ich habe immer eine tiefe Freundschaft beider Länder erlebt, die ein Ansporn für mich waren, auch die jüngere Generation einzubinden“, sagt der Trierer Ex-Oberbürgermeister und Ehemann von Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg weiter vertieft wird, das zeigt sich laut Jean Asselborn nun darin, dass das Zuständigkeitsgebiet des aktuellen Honorarkonsuls Jan Glockauer (seit 2020) auf ganz Rheinland-Pfalz ausgeweitet wird. „Jetzt haben Sie so viel zu sagen wie Malu Dreyer“, scherzt der Außenminister: „Ich hoffe, das schreckt Sie nicht ab.“ Glockauer selbst sieht die Ausweitung seiner Zuständigkeit eher als „sinnvoll, logisch und einfacher zu handhaben an“, sagt er. „Wir haben hier aufgrund unserer Nähe und Erfahrung die Netzwerke und sind eng verdrahtet. Und unser Anspruch ist: Auf jede Frage gibt es eine Antwort.“

Dass er selbst als Hauptgeschäftsführer der Trierer Industrie- und Handelskammer in Personalunion agiert, mache vieles einfacher. Ob grenzüberschreitende Ausbildung, Azubi-Tausch, Erleichterungen für Handel, Gastronomie und Be-

Luxembourg

triebe, aber auch kulturelle Aktionen wie die Kulturhauptstadt Esch 2022: „Ich möchte das Geschenk der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch sichtbarer und für jeden erlebbarer machen, Angebote nutzen und Netzwerke stärken“, sagt der Honorarkonsul. Denn am Ende auch seiner Amtszeit soll sie wie für Franz Peter Basten und Klaus Jensen heißen: „Danke für alles!“, vonseiten des Luxemburger Außenministers.

INFO

Der Luxemburger Honorarkonsul in Trier

Die Aufgabe des Luxemburger Honorarkonsuls in Trier ist ein Ehrenamt, für das der aktuelle Amtsinhaber Jan Glockauer deshalb auch kein Geld erhält. Allerdings erhebt er Gebühren für gewisse Beratungsleistungen. Das luxemburgische Konsulat in Trier mit Sitz in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier ist demnach eine Außenstelle der luxemburgischen Botschaft in Deutschland, aber keine diplomatische Vertretung. Seit etwa 15 Jahren hat das Honorarkonsulat in Trier sein Büro in der Herzogenbuscherstraße bezogen, im Gebäude der IHK, zu erkennen auch an der Luxemburger Flagge, die vor dem Gebäude weht. Honorarkonsulate werden meist dort errichtet, wo ein eigener Berufskonsul zu aufwendig wäre oder

wenn es sinnvoll ist, wegen der Zahl der ansässigen Staatsangehörigen, also hier der vielen in der Region Trier wohnenden Luxemburger, eine eigene Anlaufstelle zu errichten. Typische konsularische Angelegenheiten sind Pass-, Visum- und Aufenthaltsfragen, Rechtshilfe und ähnliche Rechtsfragen. Daneben unterstützen Honorarkonsuln zusätzlich und staatenübergreifend vor allem die wirtschaftliche Beratung von Industrie und Handel. Luxemburg hat neben dem Honorarkonsulat in Trier, dessen Zuständigkeit von den ehemaligen Regierungsbezirken Trier und Koblenz nun auf ganz Rheinland-Pfalz ausgeweitet worden ist, noch zehn weitere in der Bundesrepublik – von Bremen bis München. Der Honorarkonsul wird für fünf Jahre bestellt. Die Bundesrepublik unterhält derzeit 456 Honorarkonsuln.



Luxembourg



Mann von Welt

Im Alter von 86 Jahren ist Jacques F. Poos gestorben.
Der LSAP-Politiker und frühere Finanz- und Außenminister
hat die luxemburgische Politik lange geprägt.

Text: **Stefan Kunzmann**

Über Jacques F. Poos gibt es Bände zu erzählen. Über mindestens drei Jahrzehnte war er nicht nur einer der wichtigsten politischen Persönlichkeiten Luxemburgs, sondern auch prägend für die europäische Politik. Am vergangenen Samstag ist er verstorben.

Geboren am 3. Juni 1935, erlebte Poos als Kind den Zweiten Weltkrieg. Später besuchte er das hauptstädtische Athenée und nahm nach dem Abitur in Lausanne das Studium der Handels- und Wirtschaftswissenschaften auf, das er 1958 abschloss. Zunächst war er für das Wirtschaftsministerium tätig und schrieb seine Doktorarbeit über „Le Luxembourg dans le Marché commun“. Zwei Jahre lang arbeitete er für den Statistischen Dienst und wechselte danach

in die Privatwirtschaft, das heißt: Poos wurde Direktor des Tageblatts.

In diese Zeit fiel auch der Schülerstreik vom April 1971: Während die restliche Presse kaum glimpflich mit den Schülern und Studenten umging, unterstützte das Tageblatt den Streik. Wie sich einer der Streikenden von damals später erinnerte, überreichte Poos ihnen ein Megafon für die Demonstration.

An jene Zeit, als Poos Tageblatt-Direktor war, kann sich auch der frühere Gesundheitsminister und Chamberpräsident Mars Di Bartolomeo gut

erinnern, der ihn nicht nur wegen seines Eintretens für den engagierten Meinungsjournalismus schätzte, sondern bewunderte. „Jacques war mein Häuptling“, wird er in der Ausgabe der Zeitung vom vergangenen Montag zitiert. Poos hatte ihn nicht nur in die Redaktion mitaufgenommen, sondern war einige Jahre sein Direktor und Chefredakteur. „Hinter der natürlichen Eleganz, einer gewissen Schüchternheit und Zurückhaltung, einem ihm eigenen Humor fand ich einen extrem lieben Menschen“, schreibt Di Bartolomeo in der Montag-Ausgabe des Tageblatts und drückt seine Bewunderung für Poos aus, einen wahren „Elder Statesman“.

Dieser verließ 1976 schließlich die Zeitung und trat in die Regierung ein, nachdem er seit 1969 dem Escher Gemeinderat und 1974 für die LSAP in die Abgeordnetenkammer gewählt worden war. Er war bis 1979, also bis Ende der liberal-sozialistischen Regierungskoalition, Finanzminister unter Premierminister Gaston Thorn (DP) und zugleich Gouverneur der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Investitionsbank. Bedeutend für diese Zeit war die Bewältigung der Stahlkrise.

Ab 1984 war Poos Vizepremier und Außenminister in der CSV-LSAP-Regierung unter Jacques Santer, der ihn als einen „verlässlichen Partner“ würdigte.

Die genannten Posten sollte er bis 1999 innehaben, die letzten vier Jahre in der Regierung mit Premierminister Jean-Claude Juncker. Als größte Herausforderung habe er damals die Verteidigung des Finanzplatzes genannt, schreibt die frühere revue-Chefredakteurin Claude Wolf im Tageblatt. Er führte seine Partei dreimal als Spitzenkandidat erfolgreich in die nationalen Wahlen. Bei der Parlamentswahl 1999 trat Poos dann nicht mehr an. Stattdessen wurde er ins Europaparlament gewählt, dessen Vizepräsident er wurde, bis er sich 2004 aus der Politik zurückzog.

Seine Leidenschaft war die Außenpolitik. Jean Asselborn, seit 2004 selbst Außenminister, hat an die drei großen Abkommen auf EU-Ebene erinnert, bei denen Poos mitgewirkt hat: die Einheitliche Europäische Akte von 1986 als ersten Reformvertrag sowie die Verträge von Maastricht 1992 und von Amsterdam 1997. Und Claude Wolf erinnert an die Eleganz des weltmännischen Politikers: „Auch nach einem langen Flug oder einem intensiven Arbeitstag wirkte er stets wie aus dem Ei gepellt. Der zweite Anzug für solche Fälle gehörte mit zum Standardgepäck.“ Jacques F. Poos war Vater von drei Kindern: Sohn Daniel aus erster, Tochter Yasmine und Sohn Xavier Poos aus zweiter Ehe (mit Monique Lorang). Die revue entbietet den Angehörigen ihr aufrichtiges Beileid. ▀

Pouvoir exécutif
Interview

Vie politique

„Ich bin, wie ich bin (und keiner kann mich verändern)“

Im Interview* erzählt Staatsminister Xavier Bettel, wieso die Regierung nichts von Impffetischismus hält, mit welchen Mitteln sie die Wohnungsnot lösen wird, was Großherzog Henri eigentlich in Peking wollte und wie die DP sich für die Wahlen aufstellt

Fragen: Luc Laboulle

d'Land: Herr Staatsminister, nächstes Jahr sind Sie zehn Jahre im Amt. Die letzten Wochen waren besonders anstrengend, ihr Haus wurde mit Eiern beworfen, Leute wollen Sie auf der Rouder Bréck erhängen. Wie lange wollen Sie sich das noch antun?

Xavier Bettel: Wir haben diese Vorfälle an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, die nun darüber entscheiden muss, ob sie ermittelt. Deshalb ist es nicht an mir, das zu kommentieren.

Eigentlich wollte ich wissen, wie lange Sie noch Premierminister bleiben wollen.

Ah (lacht). Das entscheidet 2023 der Wähler.

Sie werden wieder antreten?

Das entscheidet meine Partei. Ich bin auf jeden Fall noch voll motiviert, ich habe Lust und Energie, weiterzumachen. Ich stehe zur Verfügung.

Ihr Freund und früherer Vize-Premier Etienne Schneider hat sich schon vor zwei Jahren aus der Politik verabschiedet. 2015 haben auch Sie beim Referendum die Begrenzung der Mandatszeit auf zehn Jahre unterstützt. Das hindert Sie aber nicht daran, weiterzumachen?

Wenn 80 Prozent der Luxemburger sagen, sie wollen die Mandatsbegrenzung nicht, dann unterstütze ich als Demokrat diese Entscheidung. Wäre das Resultat des Referendums weniger eindeutig gewesen, hätte ich vielleicht gezögert.

In Umfragen hat Ihre Partei seit 2020 viel an Zustimmung verloren, auch ihre persönlichen Werte waren schon besser. Was tun Sie, wenn 2023 eine Regierung ohne die DP zustande kommen sollte?

Ich habe in den vergangenen acht Jahren nie eine Umfrage gewonnen (*lacht*). In der Politik geht es um das Engagement und nicht vorrangig um Posten. Dort, wo ich gebraucht werde, werde ich gebraucht. Die politische Leidenschaft, die ich seit meiner Kindheit habe, brennt noch immer in mir.

Etienne Schneider sagte stets, er sei nicht auf die Politik angewiesen, denn er könne noch andere Sachen im Leben tun. Auch sie haben 2007 dem Wort gesagt, sie wollten sich die Freiheit gönnen, zu jedem Zeitpunkt aufhören zu können. Gilt das auch heute noch?

Das Gesetz sieht vor, dass ich nichts anderes tun darf, als Politik. Es gibt aber selbstverständlich auch ein Leben ohne Politik. Ich habe nur befristete Verträge und mein Arbeitgeber ist der Wähler. Wenn er meinen Vertrag verlängert, mache ich weiter; wenn er mir eine andere Aufgabe anvertraut, erfülle ich die.

Hat die Plagiatsaffäre Ihnen politisch geschadet?

Ich bin nicht froh darüber, das habe ich nie versteckt. Mir würde es vor allem Leid tun, wenn die Affäre der Politik insgesamt und dem akademischen Betrieb schaden würde. Das DEA bestand zwar nicht nur aus der schriftlichen Abschlussarbeit, die ja auch mit Ungenügend bewertet wurde. Trotzdem habe ich meine Konsequenzen gezogen und auf das Diplom verzichtet. Es hat mich todsicher nicht politisch gestärkt, doch was geschehen ist, kann ich nicht mehr rückgängig machen.

Haben Sie sich mit dem Plagiat die Aussicht auf eine internationale politische Karriere verbaut?

Ich finde es ganz nett, dass Journalisten mir eine europäische oder internationale Karriere voraussagen, doch ich bin Premierminister von Luxemburg. Diese Frage stellt sich heute gar nicht.

Wenn Sie – aus welchen Gründen auch immer – nicht wiedergewählt werden sollten, kann man sich nur schwer vorstellen, dass Sie wieder als Rechtsanwalt arbeiten werden.

Ich habe 2013 gelernt, dass man niemals nie sagen sollte.

Waren Sie überrascht, dass die Opposition die Plagiatsaffäre nicht politisch ausgeschlachtet hat?

Es ist nicht an mir, das zu kommentieren. Das war ihre Entscheidung. Ich habe die Konsequenzen ge-

Pouvoir exécutif

Interview

zogen, die meiner Ansicht nach zu ziehen waren.

Zwei sozialistische Vizepremierminister haben in dieser Legislaturperiode schon das Handtuch geworfen. Was haben Sie mit denen gemacht?

Ich hoffe nichts. Es waren persönliche Entscheidungen von Etienne Schneider und Dan Kersch, die ich zu respektieren habe. Niemand hat sie dazu gezwungen. Man sollte auch Romain Schneider nicht vergessen. Ich habe sehr gerne mit ihnen zusammengearbeitet, genau wie mit ihren Nachfolgern.

Auch Finanzminister Pierre Gramegna aus ihrer Partei ist gegangen. Dem Vernehmen nach war er Ihnen und Corinne Cahen in Steuerfragen manchmal zu sozial.

Ich habe mit Pierre Gramegna mindestens ein bis zwei Mal die Woche telefoniert. Wir haben uns sehr oft ausgetauscht. Ich weiß, dass viel behauptet wird, aber ich weiß auch, wie es wirklich ist. Zwischen Pierre Gramegna und mir gab es keine Dissonanzen. In einer Koalition muss man natürlich darauf achten, dass alle Befindlichkeiten respektiert werden, aber es war nicht so, dass Pierre Gramegna das soziale Gewissen der DP gewesen wäre. Der DP braucht man in sozialen Fragen keine Lektionen zu erteilen, und Pierre Gramegna hat das auch nicht getan.

Trotzdem ist die große Steuerreform gescheitert. Lag das nicht auch daran, dass die drei Parteien sich nicht auf ein gemeinsames Projekt einigen konnten?

Es ist ja noch nichts ausgeschlossen. Es steht noch eine Debatte im Parlament an und die Regierung wird prüfen, was machbar ist. Es sollte aber jetzt vor den Wahlen nicht darum gehen, dass die Parteien sich gegenseitig überbieten und wir die Zukunft des Landes aufs Spiel setzen. Wenn finanzieller Spielraum bleibt, wird noch etwas kommen, und die Regierungsparteien werden auch eine Einigung finden, aber die Ausgaben für die Coronakrise standen nicht im Koalitionsabkommen.

Um eine Position zur Impfpflicht zu finden, haben Sie Anfang Januar einen unabhängigen medizinischen Expertenrat eingesetzt, der eine Impfpflicht für über 50-Jährige und die Angestellten des Pflegesektors für die beste Lösung hält. Bei der Debatte im Parlament haben Sie gesagt, die Regierung werde den Empfehlungen des Expertenrats folgen und diese Position sei alternativlos. Paulette Lenert war etwas vorsichtiger. Sie sagte, eine Impfpflicht mache nur Sinn, wenn man damit der Pandemie ein Ende setzen könne. Am vergangenen Freitag nach dem Regierungsrat sind Sie wieder etwas zurückgerudert, die Position der

Experten ist jetzt offenbar nicht mehr alternativlos. Was ist denn nun mit der Impfpflicht?

Wenn die Pandemie beendet ist, werden wir selbstverständlich keine Impfpflicht einführen. Wir sind ja keine Impffetischisten. Eine Impfpflicht wäre für den nächsten Herbst und Winter sinnvoll, um eine Überbelegung der Krankenhausbetten und einen Anstieg der Todesfälle zu verhindern. Sie soll uns Sicherheit bieten. Ich weiß nicht, was nächsten Herbst passieren wird, doch solange es nicht sicher ist, dass wir nicht mit einer neuen Variante konfrontiert werden, ist es wichtig, jetzt eine Impfpflicht vorzubereiten. Spätestens in drei Monaten soll ein Gesetzentwurf vorliegen.

Haben Sie den Expertenrat persönlich einberufen oder stand die gesamte Regierung hinter dieser Entscheidung?

Auf dem Weg zu dieser Entscheidung hat es natürlich Diskussionen gegeben, denn die Impfpflicht stand auch nicht im Koalitionsabkommen. Jede Regierungspartei hat ihre eigene DNA und ihre Befindlichkeiten. Der gemeinsame Nenner, auf den wir uns einigen konnten, war es, den Expertenrat einzuberufen und seine Schlussfolgerungen anzunehmen und umzusetzen.

Andere Positionen wie die vom Ethikrat und der Menschenrechtskommission wurden bei der Debatte kaum berücksichtigt. Hätte die Regierung sich damit etwas mehr Zeit lassen müssen?

Die Debatte verläuft ja in zwei Phasen. In der ersten ging es ausschließlich um die rein wissenschaftliche Frage, ob man eine Impfpflicht braucht oder nicht, und wenn ja, für wen. Nur medizinische Spezialisten konnten sie beantworten. Danach kommt die Frage, welche Form die Impfpflicht annehmen soll und welche ethischen, sozialen und juristischen Probleme sich noch stellen. In dieser Diskussion sind wir nun „voll drin“.

Am Tag nach der Kammerdebatte hat der Infektiologe Gérard Schockmel die sozialistische Gesundheitsministerin Paulette Lenert im RTL Radio scharf angegriffen und ihr vorgehalten, die Debatte über die Impfpflicht nicht schon vor einem Jahr geführt zu haben. Bei der Aufklärung über die mRNA-Impfstoffe sei das Gesundheitsministerium „komplett inaktiv“ gewesen. Sie saßen daneben und haben nichts gesagt. Wieso haben Sie ihre Vize-Premierministerin und Gesundheitsministerin nicht in Schutz genommen?

Das waren Dr. Schockmels persönliche Eindrücke. Ich weiß ja nicht, wie seine Beziehung zur Gesundheitsministerin ist. Paulette Lenert hat danach ge-

Pouvoir exécutif

Interview

antwortet, dass sie einen regelmäßigen Austausch mit medizinischen Forschern hat. Ich weiß nicht, mit wem Frau Lenert in Verbindung steht und mit wem sie im Alltag zusammenarbeitet. Deswegen konnte ich auch nicht reagieren.

Sie arbeiten doch eng mit ihr zusammen.

Wir hören uns im Regierungsrat gegenseitig zu und tauschen uns aus. Wir bekommen auch ständig Echos von außen, etwa von der Uni. Die Lage hat sich aber stark verändert. Vor einem Jahr haben wir stets die Virenlast in den Kläranlagen im Blick behalten, weil wir wussten, dass hohe Infektionszahlen sich auf die Bettenbelegung auswirken. Das ist heute nicht mehr der Fall. Ich will ja nicht pessimistisch sein, aber das Virus wird nie wieder ganz verschwinden. Wir müssen nur darauf achten, dass wir die Lage in den Krankenhäusern im Griff behalten.

Ich wollte eigentlich darauf hinaus, dass Dr. Schockmel die Gesundheitsministerin für Entscheidungen verantwortlich gemacht hat, die die gesamte Regierung getroffen, beziehungsweise nicht getroffen hat. Wieso haben Sie ihn nicht darauf aufmerksam gemacht?

Dr. Schockmel hat vieles behauptet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Impfpflicht vor einem Jahr keine Priorität für die Regierung war. Das ist eine Tatsache. Er hat von seinen persönlichen Erfahrungen mit Frau Lenert berichtet. Darin bin ich nicht involviert und kann daher auch nicht mitreden.

Vergangene Woche wurde Dr. Schockmel erneut politisch, als er auf RTL den „gewählten Vertretern von den Gesundheitsberufen und den Institutionen, wo die Vulnerablen behandelt werden“, wegen ihrer kritischen Haltung zur sektoriellen und ihrer Befürwortung einer generellen Impfpflicht „Klientelismus“ vorwarf und ihnen die Hauptschuld für die Spaltung der Gesellschaft gab. Wird Gérard Schockmel Schatzminister der DP für das Gesundheitsressort?

Soweit ich informiert bin, ist Dr. Schockmel nicht Mitglied einer Partei, er sagt nur seine persönliche Meinung.

Nicht Mitglied einer Partei zu sein, hat noch keinen davon abgehalten, Minister zu werden.

Ich bin froh, dass wir in einem Land leben, in dem man seine Meinung sagen kann.

Bei der Bekämpfung der Pandemie und der Klimakrise hört die Regierung auf die Empfehlungen der Forscher. Wieso nicht bei der Wohnungskrise?

Vie politique

Ich wurde vor 23 Jahren zum ersten Mal ins Parlament gewählt. Seitdem reden wir darüber, Steuern auf leerstehenden Wohnungen und ungenutztem Bauland zu erheben und die Grundsteuer zu reformieren. Das wird nun gemacht. Wer meint, die gesamte Wohnungsproblematik mit einem Zauberstab in den Griff zu bekommen, der irrt. Alle Zahnräder müssen ineinandergreifen: Gemeinden, Bauherren und Staat. Wir versuchen soviel wie möglich zu bauen, doch Luxemburg ist so attraktiv, dass die Preise für Wohnungen und Bauland weiter steigen. Das ist eine weltweite Entwicklung, die in vielen Städten zu beobachten ist.

Die hohe Nachfrage ist aber nicht das einzige Problem. Eine rezente Liser-Studie hat gezeigt, dass der Staat reiche Eigentümer wesentlich mehr unterstützt als arme Mieter. In einem Sozialstaat müsste es doch genau umgekehrt sein. Ist das nicht ein Skandal?

Was nicht gebaut wird, können wir auch nicht vermieten. Der Staat ist ja dabei, mehr zu bauen, und wir bremsen die langjährige Praxis, dass mit staatlich geförderten Wohnungen auch noch Gewinne gemacht werden. Henri Kox und Taina Bofferding werden in den nächsten Monaten neue Gesetzentwürfe vorstellen. Ich möchte dem an dieser Stelle nicht vorgreifen.

Die sozialen Ungleichheiten sind in den vergangenen Jahren konstant gestiegen, die Wohnungskosten tragen daran eine erhebliche Mitschuld. Müsste man die vielen Steuervorteile für Investoren und reiche Eigentümer nicht reduzieren und dieses Geld in den sozialen Wohnungsbau investieren?

Das tun wir ja. Das Statec hat nachgewiesen, dass die soziale Schere während der Pandemie entgegen aller Erwartungen nicht weiter auseinander gegangen ist. Beim Revis und bei der Teuerungszulage sind wir den Schwächsten entgegengekommen. Ich weiß, wie schwierig es wegen der hohen Lebenshaltungskosten in Luxemburg ist, deswegen haben wir versucht, die Armut nicht nur zu verwalten, sondern die Menschen aus der Armut rauszuholen. Mir wird vorgeworfen, unser Mindestlohn wäre zu hoch und unsere Lohnindexierung wäre falsch. „Doch! Beide Maßnahmen sind berechtigt“, antworte ich denen. Aber dann hält man mir vor, dass manche Betriebe sich deswegen lieber im Ausland ansiedeln. Wir müssen ein Gleichgewicht finden. Als Premier bin ich der Ansicht, dass die Menschen vom Reichtum, den wir erzeugen, profitieren sollen.

Seit 2013 ist das Armutsrisiko von 15,9 auf 17,4 Prozent gestiegen und liegt über dem EU-Durchschnitt. Müsste Sie das als ehemaliger Sozialschöffe

Pouvoir exécutif

Interview

nicht beunruhigen?

Das größte Problem sind die hohen Wohnungspreise. Mit dem Paradigmenwechsel, den wir eingeläutet haben, wird sich das hoffentlich noch in diesem Jahr ändern.

2019 waren Sie noch gegen eine Spekulationssteuer auf Bauland, 2021 haben Sie in Ihrer Rede zur Lage der Nation angekündigt, dass Pierre Gramegna und Taina Bofferding einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten werden. Pierre Gramegna ist jetzt weg. Kommt die Spekulationssteuer trotzdem noch in dieser Legislaturperiode?

Das habe ich 2019 nicht gesagt. Ich war immer der einzige in meiner Partei, der für eine Gebühr auf leerstehende Wohnungen war.

Auf leerstehende Wohnungen ja, aber nicht auf ungenutztes Bauland.

Es macht einen Unterschied, ob jemand ein Grundstück hat, auf dem man eine Wohnung bauen kann, oder ob jemand ganze Felder besitzt, auf denen man 100 Wohnungen bauen kann. Bei der Besteuerung muss das Gleichgewicht stimmen. Wir führen ja auch ein, dass Grundstücke, die neu als Bauland ausgewiesen werden, innerhalb einer bestimmten Frist bebaut werden müssen. Und wir werden die Prozeduren beschleunigen. Das alles hat es vorher nicht gegeben. Das Package der Regierung wird es uns erlauben, mehr und schneller zu bauen, damit die Preise sinken.

Kommt die Spekulationssteuer denn noch in dieser Legislaturperiode?

Wir haben uns dazu verpflichtet, ein Package auszuarbeiten, von dem die Spekulationssteuer ein Element sein kann. Wir haben auf jeden Fall die Ambition, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Laut OECD hat Luxemburg 2019 lediglich 21,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Sozialausgaben bereitgestellt. Damit liegt es weit hinter seinen Nachbarländern Frankreich (31 Prozent), Belgien (28,9) und Deutschland (25,9) und nur leicht über dem OECD-Durchschnitt...

Mir liegt eine andere Studie vor. Der Anteil der Sozialausgaben am Staatshaushalt liegt bei fast 50 Prozent. Es existiert ein Unterschied zwischen absoluten Zahlen und dem Anteil des BIP. Bei den Gesamtausgaben pro Kopf liegt Luxemburg an erster Stelle.

Vie politique

Verglichen mit dem, was jeder Bürger erwirtschaftet, sind die Sozialausgaben aber gering.

Ich muss auch noch Infrastrukturen bauen können, Schulen und Krankenhäuser, ich brauche einen funktionierenden Staat, Polizei und Feuerwehr. Ich weiß nicht, ob viele Länder 50 Prozent ihres Gesamthaushalts in Sozialausgaben stecken.

Die steigenden Energiepreise und die Inflation drohen die Armut noch zu verschlimmern. Was tut die Regierung dagegen?

Leider erscheint *d'Land* freitags und morgen (Anm.d.Red.: am Mittwoch) findet die Debatte über Kaufkraft in der Abgeordnetenversammlung statt. Gratis-Transport, Revis, Teuerungszulage, gratis Kinderbetreuung und kostenloses Mittagessen: all diese Dinge rechnen sich und das zeigt sich auch. Yuriko Backes wird den Abgeordneten erklären, wie diese Sachleistungen sich ausgewirkt haben. Wenn wir auf die steigenden Energiepreise reagieren, müssen es Antworten sein, die der spezifischen geopolitischen Situation, die den Anstieg verursacht, nachhaltig Rechnung tragen.

Was hat die Regierung diesbezüglich denn konkret geplant?

Morgen ist die Debatte in der Kammer und Yuriko Backes wird dort Vorschläge machen (Anm.d.Red.: siehe S.10).

Nächstes Jahr sind Kammerwahlen. Erstes Ziel der DP ist es sicherlich, den Sitz im Zentrum zurückzugewinnen, den die Partei 2018 verloren hat.

Ich hoffe, die DP hat mehr Ambitionen, als diesen Sitz zurückzugewinnen. Ich hoffe, sie kann mit ihrem Wahlprogramm die größtmögliche Zustimmung erreichen.

Im Zentrum könnte Ihre Partei mit vier hochkarätigen Kandidatinnen und Kandidaten antreten: Sie, Corinne Cahen, Lydie Polfer und Yuriko Backes. Da kann doch nichts schief gehen.

Ich habe noch nie vor dem Wahlabend irgendetwas prognostiziert, deshalb habe ich auch nie böse Überraschungen erlebt. Für mich ist es wichtig, dass wir als DP starke Kandidaten haben und ein gutes Programm.

Wird Corinne Cahen bei den Gemeindewahlen kandidieren, um neue Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg zu werden?

Pouvoir exécutif Interview

Vie politique

Im Moment ist Corinne Cahen noch Ministerin und im Moment hat sie nicht die Absicht aufzuhören. Wenn sie kandidieren möchte, ist das ihre Entscheidung, und die der hauptstädtischen Sektion.

Dort sind Sie ja Mitglied.

Ich bin aber nicht im Gemeinderat und ich werde auch nicht bei den Kommunalwahlen kandidieren, da muss ich Sie leider enttäuschen.

Was wird dann aus Lydie Polfer?

Das müssen Sie Frau Polfer fragen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass sowohl Frau Polfer als auch Frau Cahen überall gebraucht werden, nicht nur in der Partei, sondern auch wegen der Arbeit, die sie leisten.

Wollen Sie mit Yuriko Backes einen liberalen Gegenentwurf zu Paulette Lenert für den Zentrumsbezirk schaffen?

Ich habe mit Yuriko Backes eine Person rekrutiert, die ihre Arbeit mit Energie, Akribie, Ruhe und Diplomatie ausführt. Ich habe nicht darauf geachtet, in welchem Bezirk sie wohnt. Pierre Gramegna habe ich 2013 auch rekrutiert, ohne zu wissen, dass er in Esch/Alzette wohnt.

Im Südbezirk hat die DP mit Pierre Gramegna und Eugène Berger zwei beliebte Politiker verloren. Haben Sie schon Ersatz gefunden?

Diese Verluste werden sicherlich nicht leicht zu kompensieren sein. Wir haben im Süden starke Leute in der Kammer und mit Claude Meisch auch ein Regierungsmitglied. Wie die Partei sich aufstellen wird, kann ich aber jetzt noch nicht sagen.

Wer wird neuer Hofmarschall?

Ich treffe den Großherzog in den nächsten Tagen, damit wir uns die Bewerbungen gemeinsam ansehen können.

Der ist ja wahrscheinlich jetzt noch in Peking. Von der Regierung fährt niemand zur Winterolympiade, der Staatschef schon. Hatte er dafür ein Mandat?

Wahrscheinlich ist er gerade auf dem Rückflug. Er wurde als Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees eingeladen, um an dessen Generalversammlung teilzunehmen. Die anderen Dinge hat er mit Außenminister Jean Asselborn abgesprochen, so dass ich davon ausgehe, dass er beim Umweltschutz und in Menschenrechtsfragen für die

Positionen eintritt, die wir auch vertreten.

Er wurde vom chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping empfangen und hat mit ihm über die Ukraine gesprochen. Er hat auch an einem Bankett mit Wladimir Putin teilgenommen. Das klingt eher nach einer politischen Visite des Staatshaupts als nach einer sportlichen Mission.

Großherzog Henri besitzt tatsächlich beide Eigenschaften, doch er ist als IOC-Mitglied nach Peking gereist. Von der Regierung war niemand da und Jean Asselborn hat in den vergangenen Wochen ausführlich erklärt, was er von einem Boykott der olympischen Spiele hält.

Luxemburg war neben Polen das einzige EU-Land, das vom chinesischen Präsidenten empfangen wurde. Hat Luxemburg in der Frage nach einem möglichen diplomatischen Boykott der olympischen Winterspiele eine gemeinsame europäische Haltung verhindert?

Nein. Jedes Land war frei, für sich zu entscheiden. Großherzog Henri ist seit Jahrzehnten Mitglied des IOC und ist als solches nach China gereist. Darüber hinaus finde ich aber – und Sie werden mir sicherlich noch eine Frage zu Russland stellen –, dass man miteinander reden sollte und nicht nur übereinander.

Eigentlich wollte ich Ihnen keine Fragen mehr zu Russland stellen, denn scheinbar ist ja der Großherzog für geopolitische Angelegenheiten zuständig.

Ich weiß nicht, was er mit Herrn Putin besprochen hat (*lacht*).

Vielleicht lieber noch eine persönliche Frage. Romain Hilgert schrieb 2013 im Land: „Das politische Kapital des nächsten Monat 40-jährigen Bettel ist sein noch immer jugendlicher Charme mit hohem Unterhaltungswert“. Nächstes Jahr werden Sie 50. Hat sich Ihr politisches Kapital erweitert, seit sie Staatsminister sind?

Auch mit fast 50 Jahren habe ich meine Freude, meine Energie und meine Leidenschaft nicht verloren. Jeder kann mich beschreiben wie er will, doch ich bin, wie ich bin, und keiner kann mich verändern. Meine Mutter hat in meiner Kindheit versucht, manche meiner Charakterzüge zu bremsen, doch es ist ihr nicht immer gelungen. Auch mein Mann Gauthier probiert es ab und zu. Aber ich kann mich nicht ändern. Es geht nicht darum, den Leuten zu gefallen, sondern es geht darum, meine Arbeit zu tun. ●

Uni bezieht Stellung

Premier Bettel zieht seine Abschlussarbeit nach Plagiatsvorwurf zurück

Von Dani Schumacher

Premier Xavier Bettel (DP) will seine Abschlussarbeit, die er 1998 an der früheren Université de Nancy, der heutigen Université de Lorraine, verfasst hatte, zurückziehen. In einem gestern Nachmittag veröffentlichten Communiqué schreibt er, dass er die Hochschule bitten werde, „das DEA zurückzuziehen, um so jeden Zweifel an dem Verdienst eines DEA aus dem Weg zu räumen und um einen Vertrauensverlust in die akademische Arbeit zu verhindern“.

Bettel war vorgeworfen worden, er habe bei seiner Abschlussarbeit (Diplôme d'Études Approfondies) große Teile einfach abgeschrieben, ohne die genauen Quellen anzugeben. Nach den Plagiatsvorwürfen hatte die Uni eine interne Untersuchung eingeleitet. In seiner Pressemitteilung bittet Bettel die Hochschule nun um Entschuldigung für sein damaliges Verhalten. Er habe niemanden täuschen wollen. Er habe seine Quellen zwar in der Bibliografie angegeben, die Referenzen der einzelnen Zitate aber nicht korrekt vermerkt.

„Eine Form von Plagiat“

Damit reagiert Premierminister Bettel auf die Stellungnahme, die die Universität kurz zuvor veröffentlicht hatte. In ihrem Schreiben fordert die Hochschule, Bettel solle seine Arbeit noch einmal über-

arbeiten und die Quellen nachträglich angeben, damit sie den „pratiques actuelles de citations“ gerecht werde. In Anbetracht der damaligen Regeln handele es sich zwar um „un travail original de compilation de documents et de synthèse“, einige Passagen seien allerdings „eine Form von Plagiat“, da die Referenzen nicht korrekt seien.

Wenn Xavier Bettel seine Arbeit nicht überarbeite, sehe sich die Universität gezwungen, „de saisir ses instances avec comme conséquence le possible retrait du diplôme de DEA“. Die Universität setzt Bettels Diplomarbeit in den historischen Kontext. Zudem weist der Direktor der Université de Lorraine, Pierre Mutzenhardt, darauf hin, dass es sich bei der Arbeit weder um eine Publikation noch um eine wissenschaftliche These, sondern lediglich um ein „mémoire de stage de recherche“ gehandelt habe. Zur eigenen Verteidigung merkt die Hochschule schließlich an, dass die Methoden für die Überprüfung einer Arbeit im Jahr 1998 noch nicht so ausgefeilt waren wie heute.

Zwei verschiedene Berichte

Die Abschlussarbeit war zuvor von einem internen und einem externen Wissenschaftler untersucht worden, die beide einen eigenen Bericht verfasst haben. Sie kommen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Während es in dem

ersten Bericht heißt, man könne, was die Arbeit insgesamt angeht, nicht von Plagiat sprechen, schreibt der zweite Berichterstatter, dass Xavier Bettel zumindest in Teilen abgeschrieben habe. Einige Passagen „apparaissent toutefois excessifs ... et peuvent dès lors être assimilés à une forme de plagiat“, heißt es weiter.

Auch die beiden Wissenschaftler ordnen Bettels Arbeit historisch ein. In dem ersten Bericht heißt es, er habe „maladroitement“ zitiert, allerdings sei seine Vorgehensweise damals nicht unüblich gewesen. In dem zweiten Bericht, der insgesamt strenger ausfällt, steht, dass „ces emprunts, dont l'origine a été dissimulée, demeurent tolérables au regard des usages en vigueur à l'époque“. Auch wenn man nicht von einem „plagiat pur et simple“ sprechen könne, so habe die Analyse doch ergeben, dass Xavier Bettel deutliche Anleihen bei verschiedenen Autoren gemacht habe. Auch Bettels damaliger „Directeur de Mémoire“, Etienne Criqui, war von der Uni befragt worden.

Große Aufregung

Der Plagiatsvorwurf gegen den Regierungschef hatte im vergangenen Oktober für viel Aufregung gesorgt. Er soll, so die Schlussfolgerung des Online-Magazins „Reporter“, das die Affäre aufgedeckt hatte, die Arbeit größtenteils abge-

schrieben haben, ohne Nennung der Quellen. Bettels Betreuer Etienne Criqui hatte dem Portal damals auf Nachfrage hin erklärt, er könne rückblickend nicht ausschließen, dass es sich um Plagiat handele. Es könne gut sein, dass Bettel Passagen aus dem Internet übernommen habe. Criqui hatte zu dem Zeitpunkt ebenfalls darauf hingewiesen, dass es vor 20 Jahren noch nicht dieselben informatischen Mittel gab, um eine wissenschaftliche Arbeit auf Plagiat hin zu überprüfen wie heute.

In einer ersten Reaktion hatte Bettel im Herbst erklärt, dass er „damals nach bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt habe. Heute sei er allerdings der Meinung, dass „man es hätte anders machen sollen, ja vielleicht anders machen müssen“.

Die Universität selbst hatte 1998 keine Beanstandungen und hatte die Arbeit mit dem Titel „Vers une réforme possible des modes de scrutin aux élections du Parlement Européen?“ mit einer „note tout à fait honorable“ bewertet.

● *Il lui arrive*
● *de formuler*
maladroitement
ou d'ignorer
certains renvois en
bibliographie. Mais
cela était toléré
à l'époque.

Aus dem ersten Bericht



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

„Wir kommen durch den Winter“

Schon vor dem russischen Einmarsch waren die Gaspreise hoch – der Energieminister sieht die Versorgung nicht in Gefahr

Von Thomas Klein

Europa ist abhängig von russischem Gas. Manche Länder wie Lettland oder Ungarn sogar zu hundert Prozent. Nach Angaben des Versorgers Enovos kommt das Gas in Luxemburg und den Nachbarländern durchschnittlich zu etwa 25 Prozent aus Russland. Rund die Hälfte stammen aus Norwegen und den Niederlanden. Der Rest werde durch Flüssiggas (LNG) abgedeckt, das per Tanker in Häfen angeliefert und eingespist wird.

Nach den dramatischen Ereignissen der letzten Tage mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine drängt sich die Frage auf, was das für die Energieversorgung in Luxemburg bedeutet. Die Krise kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Gaspreise auf den Großhandelsmärkten ohnehin zeitweise verfünffacht hatten. Von ihrem Peak von 150 Euro pro Megawattstunde waren die Preise zwar zuletzt auf etwa 90 Euro gefallen. Am Tag des Einmarsches schossen sie aber wieder zeitweilig um 70 Prozent nach oben. „Die Märkte reagieren allgemein sehr nervös und es ist klar, dass das sich mit den rezenten geopolitischen Entwicklungen und dem Geschehen in der Ukraine zumindest unmittelbar verstärkt“, so Enovos auf Nachfrage des „Luxemburger Wort“.

Für Verbraucher keine guten Aussichten. Denn die Preisexplosion auf den Großhandelsmärkten macht sich inzwischen auch auf den Abrechnungen der Konsumenten bemerkbar. „Auf den Großhandelsmärkten hat sich der Gaspreis über das letzte Jahr verfünffacht. Durch unsere Beschaffungsstrategie konnten wir diesen enormen Preisanstieg nur teilweise abfedern. Deshalb muss sich der Endverbraucher leider auf eine Verdopplung seiner Heizkosten gegenüber dem letzten Jahr (von 1 500 Euro pro Jahr auf 3 000 Euro pro Jahr bei einem Jahresverbrauch von 3 000 Kubikmetern) einstellen“, schreibt der Konzern. „Dass die Preise auf den Großhandelsmärkten für die nächsten zwölf Monate weiter sehr hoch sein würden, war schon vor der rezenten Eskalation der Lage absehbar. Die geopolitische Ungewissheit in Bezug auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat den Gasmarkt bereits unter Druck gesetzt. Aktuell ist davon auszugehen, dass die Preise für die Endkunden auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben.“

Moskau könnte den Gashahn zudrehen

Wie sich die jüngste Eskalation mittel- und langfristig auswirken werde, hängt von der weiteren Entwicklung der Lage ab. „Es lässt sich aber zum jetzigen Zeitpunkt für uns nicht abschätzen, geschweige denn seriös beziffern“, so Enovos. Dass Moskau dem Westen als Reaktion auf Sanktionen ganz den Gashahn abdrehen wird, ist inzwischen nicht mehr ausgeschlossen. „Wir haben in den letzten Wochen auf EU-Ebene sehr eng zusammengearbeitet und unter anderem modelliert, was passiert, wenn Russland die Versorgung auf null drosselt: Kommen wir dann durch den Winter?“, sagte Energieminister Claude Turmes dem „Luxemburger Wort“. „Die gute Nachricht ist: Ja, wir kommen durch diesen Winter, die Versorgungssicherheit ist sichergestellt.“

Falls es doch zu einem akuten Engpass kommen sollte, würde das zuerst die Industrie treffen und nicht die Verbraucher. Jedes Land in der EU hat einen sogenannten Gasabschaltplan für solche Fälle, erklärt Claude Turmes. Ein Großteil des Industrieverbrauchs in Luxemburg gehe auf zwei bis drei große Betriebe zurück. „Zunächst würden die Märkte reagieren über Preissignale. Dann sollten große industrielle Verbraucher ihre Produktion temporär ausschalten, weil es sich nicht mehr lohnt, zu produzieren und sie das Gas stattdessen zu hohen Preisen am Markt verkaufen können. Das reduziert dann die Nachfrage. Somit ist im Prinzip grundsätzlich sichergestellt, dass genug Gas physisch in Europa für den Wärmemarkt zu Verfügung steht“, so der Energieversorger Enovos.

„Die Grundversorgung der Bürger ist in Luxemburg nicht gefährdet, ebenso wenig für Krankenhäuser und Infrastruktur“, so Turmes. Sorgen gebe es hingegen Bezug auf die Entwicklung der Preise in den nächsten Monaten. Daher soll am kommenden Montag ein sogenannter Energietisch stattfinden, an dem sich Vertreter der Regierung und der Energielieferanten zusammensetzen. „In diesem Rahmen wollen wir Maßnahmen diskutieren, wie wir Bürgern mit geringerem Einkommen, aber auch Betrieben in dieser außergewöhnlichen Situation entgegenkommen und sie unterstützen können“, sagt Turmes.

Europäische Zusammenarbeit

Für den kommenden Winter sei es extrem wichtig, das Management der

Gasspeicher in Europa zu verbessern. Teil des Problems der hohen Gaspreise in letzten Monaten sei auch gewesen, dass die Füllstände der Speicher in Deutschland, Österreich und den Niederlanden, die teilweise von Gazprom selbst betrieben werden, zu niedrig waren und diese über den Sommer nicht rechtzeitig gefüllt wurden. „Das spielt natürlich Russland jetzt in die Hände“, sagt der Energieminister. Für Luxemburg ein wichtiger Punkt, da das Land über keine eigenen Speicher verfügt und daher in dieser Hinsicht von den Nachbarländern abhängig ist. Deshalb werde gerade für die westeuropäischen Länder diskutiert, nach französischem Vorbild die Energielieferanten gesetzlich dazu zu verpflichten, die Speicher in jedem Jahr vor dem Winter aufzufüllen. Deutschland will schon im April ein solches Gesetz auf den Weg bringen. „Wir wollen in Westeuropa noch stärker zusammenarbeiten und die Versorgungssicherheit garantieren, indem wir zum einen dafür sorgen, dass die Gasspeicher immer gefüllt sind und zum anderen immer den Fluss über die Grenzen aufrechterhalten, damit das Gas nach Bedarf in ganz Westeuropa hin und her verschoben werden kann“, sagt Turmes. Eine neue EU-Regulierung zu Gasversorgung sehe unter anderem die Verpflichtung der Mitgliedsländer vor, untereinander solidarisch zu sein.

Rein technisch wäre es möglich, unabhängig von russischem Gas zu werden, zum Beispiel, indem Flüssiggas (LNG) aus anderen Weltregionen wie Qatar oder Kanada importiert wird. „Die Importkapazität an Flüssiggas entspricht derzeit mehr als der Hälfte des Gasverbrauchs in Europa“, schreibt Enovos. Das sei nicht der erste Gaskrieg, den Putin führe, erklärt Turmes. Bereits 2008 habe er das Mittel eingesetzt, um Druck auf die Ukraine auszuüben. Aus diesen Erfahrungen habe man gelernt. Entsprechend sei die EU nun gut aufgestellt, um alternative Lieferquellen aufzutun. „Wir haben zum einen in den letzten zehn Jahren sehr viel Geld in den Ausbau der Terminalinfrastruktur gesteckt und zum anderen das europäische Pipelinesystem investiert, damit die europäischen Länder sich gegenseitig aushelfen können. Zudem haben wir die erneuerbaren Energien ausgebaut und werden weiter darauf setzen“, sagt Turmes.

Auf einem anderen Blatt steht, wie sehr das die Preise weiter in die Höhe

treiben würde. „Auf welchem Preisniveau wir unser Gas kaufen müssten, hängt von der weltweiten Nachfrage und Angebot ab, da der Gasmarkt sich zusehend globalisiert hat“, schreibt Enovos. Anders als bei Pipelinegas gibt es bei LNG keine langfristigen Lieferverträge, die Tanker steuern den Meistbietenden an. Auch das verheißt nichts Gutes für die Preisentwicklung

im kommenden Jahr.

● *Die Grundversorgung der Bürger ist in*
● *Luxemburg nicht gefährdet.*

Energieminister Claude Turmes



*Energieminister
Claude Turmes
sieht Europas
Energimärkte
gut gerüstet für
die kommenden
Monate.*

Foto: Guy Jallay

Luxemburg sollte das Gas nicht ausgehen

INFRASTRUKTUR Nur geringer Anteil im Energiemix

Frank Goebel
(mit Material der dpa)

Die EU ist zwar durchaus grundsätzlich abhängig von Erdgas aus Russland – trotzdem gibt es in Sachen Versorgungssicherheit keinen Grund zur Sorge. Abgesehen davon, dass der Winter erstmal, größtenteils, vorbei ist, verfügt man längst über alternative Lieferanten. In Luxemburg, wo das Erdgas nur einen geringen Anteil am Energiemix darstellt, sieht man die Versorgung in mehrfacher Hinsicht gesichert.

In Luxemburg wurden 2020 rund 8 Millionen Kubikmeter Erdgas bezogen, im Energiemix stellt das einen Anteil von rund 15 Prozent dar – wobei sich der Konsum in etwa gleich stark auf 86.688 Haushalte und 4.474 gewerbliche Nutzer verteilte. Das geht aus Zahlen der Statistikbehörde Stattec hervor.

Die privaten und gewerblichen Verbraucher müssen sich auch weiterhin keine Sorgen machen, plötzlich ohne Gas dazustehen, versichert Paul Matzet, Sprecher des Energieministeriums, am Freitag auf Anfrage des *Tageblatt*: „Die Versorgung ist auf jeden Fall gewährleistet!“

Diese Überzeugung beruhe auf einer aktuellen Hochrechnung auf EU-Ebene, bei der sogar der schlimmste Fall angenommen wurde: dass Russland seine Lieferung komplett einstellt.

Eine auf den ersten Blick paradoxe Feststellung: Die EU hängt nämlich stark von russischen Gas-Importen ab. Der EU-Kommission zufolge importiert sie 90 Prozent des genutzten Gases, wovon etwa 40 Prozent aus Russland kommen. Und wegen des Nord-Stream-2-Stopps hatte der ehemalige russische Regierungschef Dmitri Medwedew auch mit einer Preisexplosion beim Gas gedroht. Die Frequenz der Lieferung mit Erdgas hat sich bisher nicht verändert. Die durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 ge-

pumpten Gasmengen schwankten auch in den vergangenen Tagen nur wenig, meldet die Deutsche Presse-Agentur am Freitag unter Berufung auf Daten der im schweizerischen Zug ansässigen Betreibergesellschaft Nord Stream AG. Demnach gingen die Gaslieferungen am Freitag unvermindert weiter. Bis 16 Uhr flossen stündlich etwa 73 Millionen Kilowattstunden Gas. Lieferant ist der russische Staatskonzern Gazprom. Er hält auch 51 Prozent der Anteile an der Betreibergesellschaft. Beteiligt sind außerdem die Energieunternehmen Wintershall Dea, Eon, Gasunie und Engie.

Auf das Schlimmste vorbereitet

Die EU-Kommissionspräsidentin zeigte sich am Donnerstag aber auch überzeugt, dass die Gasversorgung der EU gesichert sei: „Wir haben wochenlang daran gearbeitet, auf das Schlimmste vorbereitet zu sein“, sagte Ursula von der Leyen am Donnerstag in Brüssel. Dabei sei es auch darum gegangen, sicherzustellen, dass man unabhängig von jeglichem Druck durch russische Gaslieferungen sei. „Wir haben dieses Stadium erreicht.“ Ihre Behörde habe die Abhängigkeit von Russland durch die Lieferzusagen anderer Länder reduziert.

Es gebe mehrere Länder, die in der Lage wären, ihre Flüssiggaslieferungen in die EU zu erhöhen. Als Beispiele wurden Aserbaidshan, Ägypten, Nigeria und Norwegen genannt. Von der Leyen hatte schon am Wochenende bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt, die EU sei diesen Winter selbst bei einer völligen Unterbrechung der Gasversorgung durch Russland auf der sicheren Seite.

Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat sich kürzlich entsprechend sicher für Deutschland geäußert.

Man komme komplett ohne russisches Gas aus – allerdings müsse mit höheren Preisen gerechnet werden.

Im Winter 2021 hatte es Unmut gegeben, da in mehreren Ländern, wie auch in Deutschland, die Gasspeicher bedenklich leer waren. Während Russland seinen Kunden Vorwürfe machte, nicht entsprechend vorgeplant zu haben, wurde in anderer Richtung der Vorwurf erhoben, Russland verknappe das Angebot, um den Preis zu steigern. Die Situation entspannte sich, als die Liefermengen erhöht wurden. Allerdings erneuerte Ursula von der Leyen die Kritik vor wenigen Tagen: „Gazprom versucht bewusst, so wenig wie möglich zu speichern und zu liefern, während die Preise und die Nachfrage in die Höhe schnellen.“

In Luxemburg betont man in Sachen Versorgungssicherheit aber, dass ja grundsätzlich der größte Teil des Winters erstmal vorbei sei – und dass der Anteil aus Deutschland ohnehin bei weitem nicht so bedeutend sei wie beim elektrischen Strom.

„Luxemburg erhält sein Erdgas überwiegend über ein Pipelinennetz, das über Belgien nach Luxemburg verläuft“, erläutert der Ministeriumssprecher Matzet. Belgien wiederum werde mit Pipelines aus Norwegen, den Niederlanden und auch zum Beispiel aus Russland versorgt – und mit Flüssiggas aus der ganzen Welt. „In Seebrügge ist einer der größten Flüssiggas-Häfen Europas“, betont Matzet – und dass man hier längst Anstrengungen unternommen habe, den Kreis möglicher Zulieferer zu vergrößern. „Kapazitäten für Flüssiggas wurden in den letzten zehn Jahren konsequent ausgebaut. Aktuell existiert eine Importkapazität von etwa 50 Prozent des Gasbedarfs in Europa. Hauptzulieferer sind vor allem Katar, USA und Australien.“

Aber auch wenn das Gas aus Deutschland eher nachrangige Bedeutung habe, habe man die Problematik der möglicherweise

unzulänglichen Vorräte durchaus adressiert, versichert man in Luxemburg. „Als Anfang Oktober/November 2021 bekannt wurde, dass vor allem Gasspeicher, welche Gazprom gehören, mit deutlich zu niedrigem Füllstand in den Winter gestartet sind, hat Minister Turmes sich dafür eingesetzt, dass es in Zukunft klare Regeln geben muss, wie weit Gasspeicher vor Beginn des Winters gefüllt werden müssen.“

Das Thema sei beim Pentagonalen Energieforum auf die Tagesordnung gebracht wor-

den. Der regionalen Energiekooperation gehören Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz an. Derzeit sei auf deutscher Seite ein Regelwerk in Arbeit, das um den April herum vorgestellt werden soll.

Vielleicht ist das eine gute Gelegenheit für Luxemburgs Nachbarland, sich in dieser Hinsicht neu und konzentriert aufzustellen. Der größte Erdgasspeicher Westeuropas ist seit 1993 der Speicher Rehden in Niedersachsen, mit einer Kapazi-

tät von vier Milliarden Kubikmetern. In drei ausgeförderten Lagerstätten lagert in zwei Kilometern Tiefe im Hauptdolomit, auf einer Fläche von acht Quadratkilometern, der Jahresverbrauch von rund zwei Millionen Einfamilienhäusern. Aber: Der *Norddeutsche Rundfunk* hatte kürzlich berichtet, dass das Land Niedersachsen keinen tagesaktuellen Überblick über die jeweiligen Füllstände dieser gigantischen Gashöhlen habe.

ArcelorMittal mit kräftigem Gewinnplus

UNTERNEHMEN Das Geschäft mit dem Stahl boomt

Christian Muller

Nach einem schwierigen Jahr 2020 laufen beim Stahlhersteller ArcelorMittal die Geschäfte wieder rund. Letztes Jahr verbuchte der Konzern einen Rekordgewinn von fast 15 Milliarden Dollar.

Mit einer Weltkonjunktur, die kräftig brummt, ist auch die Nachfrage nach Produkten aus Stahl wieder auf ein hohes Niveau gestiegen. Der in Luxemburg beheimatete Stahlkonzern ArcelorMittal konnte seine Verkäufe auf 76,6 Milliarden Dollar deutlich steigern. Im Vorjahr lag der Umsatz nur bei 53,3 Milliarden Dollar.

In der Folge ist auch der Gewinn der Unternehmensgruppe deutlich in die Höhe geschnellt. Stand am Ende des Pandemiejahres 2020 noch ein Verlust von 733 Millionen Dollar in den Büchern, so war es Ende 2021 ein rekordträchtiger Nettogewinn von fast 15 Milliarden Dollar. Und das, obwohl der Konzern 2021 insgesamt leicht weniger Stahl produziert und leicht weniger Eisenerz gefördert hat als 2020.

„2021 war ein starkes Jahr, in dem wir an vielen Fronten Fortschritte gemacht haben“, wird Aditya Mittal, der seit Anfang 2020 Geschäftsführer des Konzerns ist, in der Pressemeldung zum Jahresergebnis zitiert. „Die Erholung der Weltwirtschaft nach der Aufhebung der ersten Covid-19-Beschränkungen unterstützte die lebhaftere Nachfrage in allen Märkten und sorgte für ein sehr hohes Rentabilitätsniveau. Dies hat unsere Bilanz weiter gestärkt und die Erzielung beständiger Renditen für unsere Aktionäre sowie gezielte Investitionen in unser Geschäft ermöglicht.“

Ein gutes Resultat war erwartet worden. Bereits im dritten Quartal des nun abgelaufenen Geschäftsjahres hatte der Konzern mitgeteilt, sein bestes Ergebnis seit mehr als zehn Jahren erwirtschaftet zu haben. Es sind vor allem die gestiegenen Stahlpreise,

die der Unternehmensgruppe die Kassen füllen. Der in Luxemburg beheimatete Konzern gilt derweil nur noch als zweitgrößter Stahlhersteller der Welt. Gemessen an der Produktionsmenge wurde er bereits 2020 von der China Baowu Group überholt.

Verschuldung geht weiter zurück

Im Jahr 2020 hatte der Stahlkonzern Corona-bedingt einen heftigen Umsatzeinbruch verbucht. Besonders heftig getroffen wurden die Geschäfte in den Monaten April bis Juni, die Lakshmi Mittal als „eine der schwierigsten Zeiten in der Geschichte des Unternehmens“ bezeichnet hatte. Danach erholte sich die Lage langsam wieder.

Auch die Verschuldung hat der Konzern letztes Jahr weiter senken können, auf nunmehr netto 4 Milliarden Dollar. Viele Jahre lang hatte der Stahlkocher mit einem hohen Schuldenstand zu kämpfen. Nach der Fusion von Arcelor mit Mittal Steel lag die Verschuldung Ende 2008 bei über 26 Milliarden Dollar. Seitdem arbeitet der Konzern an einer Entschuldung. 2012 waren es noch 21,8 Milliarden, 2015 15,7 Milliarden Euro. Letztes Jahr lag der Schuldenstand noch bei 6,4 Milliarden Dollar.

An den Börsen war die gute Entwicklung der letzten Quartale nicht unbemerkt geblieben. Mitte Januar dieses Jahres war der Kurs der Aktie des Stahlherstellers auf über 32 Euro gestiegen. Das ist der höchste Wert seit Mitte 2008. Im Mai 2020 lag der Wert eines Anteilscheins teilweise noch bei weniger als 9 Euro pro Titel.

Dank der guten Entwicklung der Finanzen hat der Konzern angekündigt, weiter eigene Aktien zurückzukaufen. Auch sollen die Aktionäre eine Dividenden-erhöhung erhalten. Die Ausschüttung soll von 30 auf 38 US-Cent pro Aktie angehoben werden.

Gute Aussichten für die Zukunft

Die Aussichten für die Zukunft schätzt der Konzern als „günstig“ ein. Während das Jahr 2021 durch eine Erholung der realen Nachfrage gekennzeichnet war, setzte sich die Erholung der Nachfrage jedoch fort, und es wird erwartet, dass dies zu einem weiteren sichtbaren Nachfragewachstum im Jahr 2022 führe, schreibt der Konzern. „Die Fundamentaldaten der Branche bleiben positiv, unterstützt durch neu verhandelte Verträge mit der Automobilindustrie. Unsere starke Bilanz ermöglicht es uns, in die überzeugendsten organischen Wachstumschancen zu investieren und unseren Übergang zu einer emissionsarmen Stahlerzeugung fortzusetzen“, wird Aditya Mittal zitiert.

Auch hierzulande scheint der Stahlkonzern wieder in ruhigeren Gewässern unterwegs zu sein. Vor einem Jahr sah das noch ganz anders aus: Als Folge der Schwierigkeiten 2020 hatte ArcelorMittal damals hierzulande einen Abbau von 15 Prozent der Arbeitsplätze angekündigt. In Tripartite-Gesprächen mit Gewerkschaften und Regierung wurde letztendlich vereinbart, keinen Standort zu schließen. Zudem verpflichtete sich der Konzern, bis 2025 mehr als 165 Millionen Euro zu investieren, um so den Fortbestand des Sektors im Großherzogtum zu sichern. Jedoch mit künftig nur noch 3.000 Arbeitsplätzen.

Nach einer ersten Sitzung des Überwachungsausschusses Mitte Januar hatte die Gewerkschaft OGBL nun mitgeteilt, dass es weniger Stellenstreichungen geben werde als ursprünglich geplant. Einige hätten sich als nicht mehr notwendig erwiesen und andere hätten vermieden werden konnten. Derzeit beschäftigt das Unternehmen

hierzulande weniger als 3.200 Mitarbeiter. Auch berichtete die Gewerkschaft damals, dass ArcelorMittal insgesamt mehr als 41 Millionen Euro an Investitionen getätigt habe. Der Konzern sei seiner Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern und der luxemburgischen Regierung also nachgekommen.

Der Boom hält an

Immobilienexperten rechnen mit steigenden Preisen für den Büromarkt

Luxemburg. Lockdowns und Homeoffice haben in der Pandemie dem Büromarkt zugesetzt. So ist im Corona-Jahr 2020 die vermietete Gesamtfläche um mehr als 40 Prozent eingebrochen.

Doch nun gibt es Anzeichen einer Erholung auf dem Markt. Im vergangenen Jahr ist der Flächenumsatz um elf Prozent gestiegen, wie die Immobilienagentur JLL Luxembourg mitteilt. Die stärksten Anstiege bei Büroflächen weisen die Viertel Kirchberg und Belval auf. Die Leerstandsquote

sinkt von vier Prozent auf 3,6 Prozent. Und: Die Verfügbarkeit von Büroflächen in Luxemburg ist nach wie vor eine der niedrigsten in Europa.

Allgemein rechnen Experten im Zusammenhang mit der konjunkturellen Erholung mit höheren Mieten. In Kirchberg, Belval, Cloche d'Or und Howald könnten die Spitzenmieten steigen. Bereits im vergangenen Jahr mussten Mieter mehr Geld hingelen.

ndp

Leerstand sinkt, Preise steigen

Der Büromarkt in Luxemburg erholt sich allmählich von der Corona-Krise

Von Nadia Di Pillo

Nach einem düsteren Jahr 2020, in dem die Aktivitäten infolge der Pandemie drastisch eingebrochen waren und die vermietete Gesamtfläche um mehr als 40 Prozent zurückging, nimmt der Büroimmobilienmarkt allmählich wieder Fahrt auf. „Die Zahlen für 2021 sind außergewöhnlich gut. Der Flächenumsatz im letzten Jahr betrug fast 357 000 Quadratmeter, was einem Wachstum von elf Prozent entspricht“, sagt Lotfi Behlouli, Director Office bei der Immobilienagentur JLL Luxembourg.

Die Zahlen müssen jedoch nuanciert betrachtet werden, denn: Vorvermietungen und Vorverkäufe machten 2021 weniger Fläche aus als 2020. „Prozentual gesehen entfielen 23 Prozent des Volumens auf noch nicht ausgelieferte Projekte gegenüber 51 Prozent im Jahr 2020.“ Gleichzeitig sind die Untervermietungen im vergangenen Jahr deutlich gestiegen – mehr als doppelt so viel wie 2020. „Das zeigt, dass manche Nutzer oder Besetzer mit laufenden Mietverträgen zu viel Platz für ihre Aktivitäten haben und einen Teil davon anderen Unternehmen anbieten. Das ist natürlich auch eine Folge der Heimarbeit in der Corona-Pandemie“, sagt Lotfi Behlouli.

Eine weitere wichtige Erkenntnis sei, dass 2021 eigentlich als Übergangsjahr wahrgenommen wird. „Es wird immer noch sehr gezögert, wenn es darum geht, Immobiliengeschäfte zu tätigen“, bilanziert der Experte.

Eine andere Feststellung ist, dass die europäischen Institutionen ihre Präsenz in Luxemburg weiter ausbauen. So trugen sie im vergangenen Jahr stark zum Transaktionsvolumen bei, und zwar mit einem Anteil von 42 Prozent am „Take-up“ und einer Gesamtfläche

von 150 000 Quadratmetern. „Das stellt einen absoluten Rekord dar“, stellt Lotfi Behlouli fest. Dahinter stecken vor allem zwei größere Transaktionen: Das Europäische Parlament zog in seinen neuen Sitz auf Kirchberg (127 000 Quadratmeter) und das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union unterzeichnete einen Vertrag von 18 000 Quadratmetern im Mercier-Gebäude im Bahnhofsviertel.

Kirchberg ist großer Gewinner

Auch Finanzunternehmen sind stark vertreten, denn sie trugen 23 Prozent zum Gesamtvolumen bei. Drei „große Namen“ des Sektors werden erwähnt: BGL BNP Paribas hat eine Erweiterung ihres derzeitigen Sitzes um 18 300 Quadratmetern am Rande des Kirchbergs vorvermietet, Société Générale hat einen Vertrag für 17 303 Quadratmetern im „Icône“-Projekt in Belval unterschrieben, und Union Investment hat ihren neuen Sitz mit 10 700 Quadratmetern in der Nähe des Flughafens bezogen. Die Post begann Anfang des Jahres die Bauarbeiten an ihrem neuen Sitz am Bahnhof (27 700 Quadratmeter), während der Stotec einen Vorvertrag für 10 150 Quadratmeter im Projekt Twist in Belval unterzeichnet hat.

Betrachtet man die Entwicklung nach Stadtteilen, so steigt der Anteil des Kirchbergs an der Gesamtbelegung von 25 Prozent auf 45 Prozent. Die Beteiligung des Viertels „Belval“ verdreifacht sich auf neun Prozent, während der „City Belt“ von 23 auf acht Prozent zurückfällt. Die anderen Stadtteile bleiben im Vergleich zu 2020 weitgehend unverändert.

Die Leerstandsquote sinkt von vier Prozent auf 3,6 Prozent. Das Volumen der sofort verfügbaren Büroflächen wird derzeit auf

159 652 Quadratmeter geschätzt, was auf Jahresbasis einem Rückgang von 8,5 Prozent entspricht. Die jüngsten Lieferungen von Buzz in Leudelingen, von Well 22 in Howald und des Quatuor in der Cloche d'Or finden nach und nach ihre Bewohner, was dazu beiträgt, dass die Verfügbarkeit auf einem sehr niedrigen Niveau bleibt. JLL verweist darauf, dass die Verfügbarkeit in Luxemburg nach wie vor eine der niedrigsten in Europa ist. „Im europäischen Durchschnitt liegt die Leerstandsquote mit 7,6 Prozent fast doppelt so hoch“, schreibt die Immobilienagentur in ihrem Bericht.

Teuer, immer teurer

Die Spitzenmieten stiegen 2021 auf 52 Euro pro Quadratmeter (pro Monat) am Boulevard Royal gegenüber 51 Euro im Jahr 2020. Am deutlichsten war der Anstieg in der Cloche d'Or, genauer gesagt bei den Projekten im Ban de Gasperich: Hier stiegen die Preise von 32 Euro auf 35 Euro pro Quadratmeter, das entspricht einem Anstieg von neun Prozent.

Ähnlich stark stiegen die Mieten im Bahnhofsviertel auf 38 Euro pro Quadratmeter; auch in Kirchberg geht es mit 5,5 Prozent auf 38 Euro steil nach oben. „Einen gewissen Aufwärtsdruck wird insbesondere für Kirchberg erwartet, wo die Mieten kurzfristig von 38 Euro auf über 40 Euro pro Quadratmeter steigen könnten. Auch in Belval, Cloche d'Or und Howald könnten die Spitzenmieten teurer werden. „Wir gehen davon aus, dass die Mieten steigen werden, unter anderem auch, weil die Gebäude mit den höchsten Ansprüchen an Nachhaltigkeit herknapp sind“, so JLL in ihrem Bericht.

Grüne Gebäude: Interesse steigt

Während sich die Konjunktur im vergangenen Jahr deutlich verbessert hat, treten für Immobilienagenturen neue Herausforderungen in den Vordergrund, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz. „Kohlenstoffneutralität wird zu einem gesellschaftlichen Thema, das viele Wirtschaftssektoren

betrifft, darunter auch den Immobilienmarkt, der schätzungsweise 40 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursacht“, schreibt JLL in ihrem Bericht. Der Trend ist eindeutig: „Die künftigen Immobilien werden nachhaltiger, grüner, kohlenstoffneutral und ein besonderes Augenmerk auf das Wohlbefinden der Be-

wohner haben.“

Laut Statistiken der „BREEAM Association“ und dem „DGNB Council“, zwei Organisationen für grüne Zertifizierungen, verfügen etwa 800 000 Quadratmeter Bürogebäude über eine grüne Zertifizierung. Dies entspricht einem Anteil von 18 Prozent am Gesamtbestand. Der Trend werde sich noch verstärken, denn von den rund

385 000 Quadratmetern, die sich derzeit im Bau befinden, hätten 313 000 bereits eine grüne Zertifizierung beantragt. Grüne Zertifizierungen seien mittlerweile unerlässlich geworden, um den Herausforderungen von „Corporate Social Responsibility“ (CSR) der Nutzer, Bauträger und Investoren gerecht zu werden. ndp

Leko Labs setzt neue Maßstäbe

Start-up für nachhaltiges Bauen erhält Investorengelder über 18 Millionen Euro

Von Marco Meng

Das Luxemburger Start-up für kohlenstoffneutrales Bauen, Leko Labs, hat in seiner Serie-A-Finanzierungsrunde rund 18,6 Millionen Euro Investorengelder erhalten. Das gab das Unternehmen, das am Technoport in Foetz angesiedelt ist, gestern bekannt. Unter den Investoren sind der Risikokapital-Fonds 2150 für urbane Nachhaltigkeits-technologie, der Microsoft Climate Innovation Fund, die chinesische Technologiefirma Tencent sowie der Fonds Freigeist des deutschen Technologie-Investors Frank Thelen. Die Gesamtfläche der Immobilien, die von der neuen Investorenbasis von Leko Labs entwickelt, gebaut oder verwaltet werden, beläuft sich auf fast 500 Millionen Quadratmeter, was der Fläche Manhattan entspricht.

Neuer Geschäftsführer

Gleichzeitig gab Leko Labs gestern bekannt, dass der Schweizer Remo Gerber die Geschäftsführung des Unternehmens übernimmt. Gerber leitete zuvor das Flug-Start-up Lili-um und war Investor von Leko Labs. Der derzeitige CEO und Firmengründer des Bau-Start-ups, Francois Cordier, wird den Angaben nach in die Rolle des Technologiechefs (CTO) zurückkehren und sich auf die Weiterentwicklung von nachhaltigen Baumaterialien, Robotik und Softwareentwicklung konzentrieren.

Leko Labs wurde 2017 mit dem Ziel gegründet, den Übergang zu nachhaltigem Bauen zu beschleunigen. „Wir wollen die Art und Weise, wie Gebäude entstehen, revolutionieren, indem wir Technologien einsetzen, um die Ineffizienzen der traditionellen Bauweise zu überwinden“, so das Unternehmen. Dazu hat das Start-up ein neuartiges

Wand- und Bodenmaterial entwickelt, das vollständig auf Holz und Holzfasern basiert und bis zu 75 Prozent des Betons und Stahls ersetzen kann, die derzeit für den Bau eines einzigen Gebäudes verwendet werden. Remo Gerber sagt: „Wir machen schon heute einen Unterschied. Durch die Ausweitung unserer Lösung mit Hilfe der Automobilrobotik werden wir in den kommenden Jahren globale Auswirkungen erzielen.“

Weniger Stahl und Beton

In den Benelux-Staaten hat Leko Labs bereits mehrere Projekte abgeschlossen, darunter Wohnhäuser und Bürogebäude bis hin zu Rechenzentren. Da das Wandsystem hochgradig isolierend ist, reduziert es nach Angaben von Leko Labs den Heiz- und Kühlbedarf eines Gebäudes im Vergleich zu heutigen Standards um bis zu 87

Prozent. Die Softwareplattform des Unternehmens optimiert zudem die thermischen, akustischen und statischen Eigenschaften der Gebäude. Dazu hat Leko Labs einen Algorithmus entwickelt, der den Holzverbrauch im Vergleich zum herkömmlichen Bauen bis zur Hälfte reduziert. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 30 Mitarbeiter in Luxemburg und hat vor kurzem eine Tochtergesellschaft in der Schweiz eröffnet. Ein Büro in London soll folgen.

● *Wir werden in den kommenden Jahren globale Auswirkungen erzielen.*

Remo Gerber, neuer Leko Labs-Chef

SES steigert Nettogewinn

Gutes Ergebnis dank geringerer Schulden und Kosten

„2021 war ein starkes Jahr für SES mit einer Umsatzentwicklung und einem bereinigten EBITDA entsprechend unseren Zielen“, lässt sich SES-Chef Steve Collar in einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung zum Jahresergebnis des Satellitenbetreibers zitieren. Dabei verringerte sich der Umsatz von 1,876 Milliarden Euro 2020 auf 1,782 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Auch der Gewinn vor Steuern, Schulden und Abschrei-

bungen ging um 5,2 Prozent auf 1,091 Milliarden Euro zurück. Beim Nettogewinn konnte das Unternehmen hingegen von 191 Millionen 2020 auf 323 Millionen Euro 2021 zulegen – eine Steigerung von 69 Prozent.

Schuldenstand sinkt

Der Hauptgrund dafür seien deutlich gesunkene Betriebskosten in allen Bereichen sowie geringere Aufwendungen für den Schulden-

dienst, teilt das Unternehmen mit. So sei die Nettoverschuldung im Verhältnis zum Betriebsergebnis auf dem niedrigsten Stand seit sechs Jahren, sagt Collar. Entsprechend soll auch eine um 25 Prozent höhere Dividende ausgezahlt werden.

C-Band Initiative

Auch für das laufende Jahr sei man auf gutem Weg, betont das Unternehmen. Über 85 Prozent der Umsatzprognose für 2022 seien bereits unter Vertrag. Für dieses Jahr soll der Umsatz zwischen 1,75 Milliarden und 1,81 Milliarden Euro

liegen, bei einem erwarteten Gewinn vor Steuern und Schuldendienst von knapp über einer Milliarde Euro. Entscheidend zum Ergebnis im vergangenen Jahr beigetragen habe auch die C-Band-Initiative in den USA.

Man liege dort vor dem Zeitplan und habe vor Steuern 977 Millionen US-Dollar aus beschleunigten Spektrum-Verlagerungen generiert, sagt Collar. Für dieses Projekt sind 2022 weitere Satellitenstarts geplant, in der zweiten Jahreshälfte 2023 hoffe man auf weitere Zahlungen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar. *ThK*

Firmenregister soll mehr Biss bekommen

Auf Unternehmen, die falsche Angaben machen, kommen empfindliche Strafen zu

Von Thomas Klein

Luxemburg will ein Vorbild in Sachen Transparenz werden. Zu oft stand man in der Vergangenheit am Pranger der internationalen Öffentlichkeit, wenn es um eine zu wirtschaftsfreundliche Auslegung der Unternehmensbesteuerung ging oder einen zu laxen Umgang mit der Herkunft der Gelder, die am Finanzplatz lagern. Im vergangenen Jahr deckten Enthüllungsjournalisten im Rahmen von „OpenLux“ auf, wie die Finanzinfrastruktur des Großherzogtums nach wie vor von Prominenten, Politikern, aber auch von Kriminellen genutzt wird, um die wahre Herkunft und die tatsächlichen Besitzer von Vermögenswerten zu verschleiern.

Im Mittelpunkt der Kritik stand damals auch das öffentlich zugängliche „Registre des bénéficiaires économiques (RBE)“, das eigentlich verhindern sollte, dass die Eigentümer ihre Identität hinter verschachtelten Konstrukten von Briefkastenfirmen verbergen. Damals wies die Regierung zu Recht darauf hin, dass man bei der Transparenz weiter sei als die meisten anderen Länder in Europa, immerhin gab es ein frei und öffentlich zugängliches Register für wirtschaftlich Berechtigte, das die Journalisten für ihre Recherche nutzten.

Die Datenbank war da, allerdings lies die Qualität der Einträge zu wünschen übrig. Viele Angaben seien falsch, in fast der Hälfte der Fälle sei nicht nachvollziehbar, wer

die Firmen tatsächlich kontrolliert, lautete damals die Kritik des Rechercheconsortiums, dem unter anderem „Le Monde“ und die „Süddeutsche Zeitung“ angehörten. So hatte die Chefin des Modehauses Prada angegeben, am 10. Mai 1048 geboren worden zu sein. Das Geburtsjahr eines anderen Firmeninhabers war angeblich 2087. Daneben verantworteten einige Verstorbene weiterhin die Geschäfte ihrer Unternehmen.

Abgestufte Sanktionen

Die Regierung möchte jetzt die Register auf Vordermann bringen. Man sei sich bewusst, dass man als großer Finanzplatz besonderen Risiken ausgesetzt sei, sagte Justizminister Sam Tanson gestern auf einer Pressekonferenz. „Andere Länder schauen auf uns“, sagte sie. Daher sollen die Firmenregister einem Reformprozess unterzogen werden, der bis 2023 abgeschlossen sein soll. Das Ziel sei es unter anderem, genaue korrekte und aktuelle Daten zur Verfügung zu stellen, die für die Nutzer einfach zugänglich sind, so die Ministerin. Derzeit sei der Anteil der Unternehmen, die vollständige und korrekte Angaben machen, weiterhin unbefriedigend, so Tanson. Zukünftig soll ein abgestuftes Verfahren sicherstellen, dass sich alle Unternehmen an die Vorgaben zur Transparenz halten. Man wolle „proaktiv“ auf die Unternehmen zugehen und sie an ihre rechtli-

chen Verpflichtungen erinnern, wenn zum Beispiel Aktualisierungen anstehen, erklärte Yves Gonner, Direktor von Luxembourg Business Registers (LBR), das die Datenbanken verwaltet.

Daneben soll LBR Zugang zu anderen Datenbanken im Großherzogtum erhalten, um die Angaben abzugleichen und zu verifizieren. Zudem kann die Organisation zukünftig erstmals Verwaltungssanktionen verhängen. Derzeit werden die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen. Bisher wurden Verstöße im Extremfall an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Da administrative Sanktionen eine niedrigere Hürde darstellen als ein strafrechtliches Verfahren, soll es so einfacher werden, Druck auf Firmen aufzubauen, die Daten nicht oder nicht vollständig einreichen. Ignorieren oder verpassen die Firmen Fristen zur Einreichung der Daten, werden zunächst Strafgebühren fällig. Sieben Monate nachdem LBR die Firmen schriftlich auf fehlende Daten hingewiesen hat, droht ein Bußgeld von 3 500 Euro. Daneben wird in der öffentlichen Akte auf die fehlenden Daten hingewiesen. Die nächste Eskalationsstufe ist die Abmeldung aus dem Register und die Weiterleitung des Falles an die Staatsanwaltschaft. Schließlich soll es auch möglich werden, solche Gesellschaften zwangsweise zu liquidieren. Um die Verbesserung der Datenqualität zu erreichen, wird LBR zum

einen in neue Technologie investieren und zum anderen in Manpower. So soll die Zahl der Mitarbeiter sich bis 2023 verdoppeln, sagt Gonner. Dabei will man ohne staatliche Finanzspritze auskommen und die Extrakosten mit eigenen Einnahmen zum Beispiel aus Gebühren decken.

Kinder als Firmenchefs

Erst vor kurzen hatten neue Recherchen des Organized Crime and Corruption Reporting Project mithilfe des RBE aufgedeckt, dass mindestens 291 Minderjährige Eigentümer von Firmen in Luxemburg sind, darunter einige Kinder von Oligarchen und Kriminellen. Der auffälligste Fall war der einjährige mongolische Junge, dem ein Teil eines Bergbauunternehmens in der Wüste Gobi gehört. Das sei aber angesichts der 150 000 in Luxemburg registrierten Unternehmen ein Randphänomen, sagte Sam Tanson. Grundsätzlich sei es legal, dass Minderjährige die Begünstigten von Firmen sein können. Darüber hinaus sei LBR keine Regulierungsbehörde, es gehöre also nicht zu ihrem Mandat, solche Praktiken zu überprüfen. Nachdem die Vorwürfe publik geworden waren, sagte das Ministerium gegenüber „Reporter“, dass es einen Audit aller minderjährigen Eigner plane.

Luxembourg Business Registers

Im Registre de commerce et des sociétés (RCS) werden seit 2003 die Daten von Luxemburger Unternehmen hinterlegt. Um transparent zu machen, wer tatsächlich von den Erträgen der Gesellschaften profitiert und über die verbundenen Vermögenswerte verfügt, wurde das Register 2019 durch eine Datenbank er-

gänzt, die die wirtschaftlichen Eigentümer offenlegt, das Registre des bénéficiaires effectifs (RBE). Verwaltet werden die beiden Datenbanken zusammen mit dem Recueil électronique des sociétés et associations von Luxembourg Business Registers (LBR), das als wirtschaftliche Interessenvereinigung des Staates, der Han-

delskammer und der Handwerkskammer organisiert ist.

2021 waren dort 152 451 Gesellschaften eingetragen, davon sind etwa 80 Prozent Unternehmen. Im vergangenen Jahr gab es etwa 14 000 zusätzliche Einträge. In den Datenbanken wurden 2021 19,6 Millionen Dokumente abgerufen und 521 000 Auszüge angefordert. *ThK*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Börse Luxemburg listet Blockchain-Papiere

Luxemburg. Die Luxemburger Börse hat erstmals Finanzinstrumente zugelassen, die auf einer Distributed Ledger Technology (DLT) basieren. Ausgegeben werden die digitalen Pfandbriefe und strukturierten Produkte von der Société Générale. Das gaben LuxSE und die Bank gestern bekannt. Die technische Grundlage der Finanzproduk-

te sind die öffentlichen Blockchains Ethereum und Tezos. Die Zulassung finde in dem größeren Kontext statt, der durch die Beschleunigung der Digitalisierung des Marktes durch die Blockchain-Technologie gekennzeichnet sei, so die Pressemitteilung. Die Technologie habe das Potenzial, die Effizienz und Transparenz auf den Finanzmärkten zu verbessern und Transaktionen sicherer und widerstandsfähiger zu machen.

„Die Zulassung von Wertpapier-Token an der offiziellen Wertpapierliste der Luxemburger Börse ist ein echter Meilenstein für die EU-Finanzmärkte (...). Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur digitalen Transformation der Luxemburger Börse“, sagte Julie Becker, CEO der LuxSE. Man hoffe, dass weitere Marktteilnehmer dem Beispiel folgen werden. Um die Zulassungskriterien zu klären und die Emittenten von Secu-

rity Token durch den Zulassungsprozess zu führen, hat die Börse Leitlinien für die Registrierung von DLT-Finanzinstrumenten veröffentlicht. In Anbetracht der komplexen Natur von Wertpapier-Token werde der neue Service von LuxSE in der Anfangsphase nur für erfahrene Emittenten mit einer nachgewiesenen Erfolgsbilanz bei Kapitalmarkttransaktionen zur Verfügung stehen, schreibt die Börse. *ThK*

Gute Aussichten für die Staatsfinanzen

LUXEMBURG Blick auf die Entwicklung im Jahr 2021

Christian Muller

Die Luxemburger Staatsfinanzen haben sich im Jahr 2021 deutlich besser entwickelt als vorgesehen. Dennoch bleibt bislang ungewiss, ob der Zentralstaat das Jahr in schwarzen oder in roten Zahlen abschließen wird.

2020 war ein überdurchschnittlich schlechtes Jahr für die Luxemburger Staatsfinanzen. Am Ende des Jahres hatte der Zentralstaat, vor allem bedingt durch die Corona-Krise, 3,2 Milliarden Euro mehr ausgegeben als Einnahmen verbucht wurden. Im Jahr 2021 sollte sich, den Plänen von Oktober 2021 zufolge, die Lage wieder bessern – der Saldo jedoch auch weiter deutlich im Minus bleiben. Insgesamt wurde geplant, dass der Zentralstaat das Jahr mit einem Defizit von 1,37 Milliarden Euro abschließen werde.

Doch so schlecht wie noch im Oktober 2021 erwartet, wird der Jahreshaushalt nicht ausfallen. „Die Zahlen zum 31. Dezember 2021 bestätigen die positive Entwicklung der Steuereinnahmen, die im Laufe des Jahres zu beobachten war“, sagte Luxemburgs neue Finanzministerin Anfang dieser Woche vor Vertretern des Parlaments. „Da gleichzeitig die Ausgaben weitgehend unter Kontrolle gehalten wurden, dürfte die Zentralregierung das Jahr 2021 mit einem besseren Ergebnis abschließen als erwartet“, so Yuriko Backes.

Bereits die Vormonate hatten Anlass zu Optimismus gegeben. Nach den ersten sechs Monaten 2021 beispielsweise war der Luxemburger Zentralstaat – trotz Pandemie – immer noch in den schwarzen Zahlen. Gestiegene Einnahmen und weniger Ausgaben hatten zur Folge, dass der Haushalt des Zentralstaates Ende Juni 2021 sogar einen Überschuss von 100,5 Millionen Euro aufwies.

Steuereinnahmen

legen stark zu

Gut entwickelt haben sich vor allem die Einnahmen. Im nun abgelaufenen Jahr 2021 hat der Luxemburger Staat 21,9 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben eingesammelt. Das sind stattliche 16,3 Prozent mehr als im Jahr 2020, als die gesamte Luxemburger Wirtschaft voll im Griff der Pandemie war.

Gewachsen sind die Einnahmen jedoch auch im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor der Corona-Krise. Verglichen mit diesem Zeitraum beträgt der Anstieg ebenfalls stattliche 10,5 Prozent. Das ist ein durchschnittliches Jahreswachstum von rund 5,2 Prozent, „was mit dem historisch beobachteten jährlichen Wachstum vergleichbar ist“, so das Finanzministerium. Die Pandemie hat das Land, was die laufenden Staatsfinanzen betrifft, also bereits hinter sich gelassen.

Hintergrund der positiven Entwicklungen ist die starke Konjunktur. Die Auswirkungen der Corona-Krise hat die nationale Wirtschaft, im Gegensatz zur Europäischen Union, bereits seit Monaten hinter sich gelassen. Das nationale statistische Institut Statoc erwartet, nach einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent im Jahr 2020, eine

Wachstumsrate von sieben Prozent. Die Wirtschaftsleistung hatte ihr Vorkrisenniveau bereits im dritten Quartal 2020 wieder erreicht. Auch die Zahl der Arbeitssuchenden liegt seit Sommer 2021 bereits wieder unter dem Niveau von vor der Krise.

In allen großen Steuerbereichen sind die Einnahmen, auch verglichen mit den beiden Jahren vor Corona, gestiegen. So hat die „Administration des contributions directes“ rund 10,3 Milliarden Euro eingenommen, ein Plus von 12,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2020. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019 beträgt der Zuwachs 8,3 Prozent. Die positive Tendenz ist vor allem auf die

gute Entwicklung des Arbeitsmarktes zurückzuführen, die zu einem deutlichen Anstieg der Einnahmen aus der Steuer auf Löhne und Gehälter beiträgt. Seit Dezember 2020 sind hierzulande 17.965 neue Jobs geschaffen worden.

Zugelegt haben auch die Einnahmen der „Administration de l'enregistrement, des domaines et de la TVA“. Sie belaufen sich auf 6,7 Milliarden Euro – ein Plus von 19,9 Prozent verglichen mit 2020 und von 20 Prozent verglichen mit 2019. Das Wachstum dieser Einnahmen spiegelt die Erholung des Verbrauchs nach der allgemeinen Normalisierung des Wirtschaftslebens wider. Allein die Einnahmen der Mehrwertsteuer sind von 3,8 auf 4,5 Milliarden gestiegen.

CO₂-Steuer bringt fast 200 Millionen Euro

Auch die „Administration des douanes et accises“ hat ihre Einnahmen 2021 steigern können, auf 1,9 Milliarden Euro. Verglichen mit 2020 handelt es sich um einen Anstieg von 16,9 Prozent. Im Vergleich mit 2019 handelt es sich jedoch um einen – für Luxemburger Verhältnisse – nur mageren Anstieg von 5,3 Prozent. Hintergrund ist die Entwicklung

des Verkaufs von Kraftstoffen, ein Wirtschaftsbereich, der mit dem Kampf gegen den Klimawandel schrumpfen soll. Insgesamt etwa 198 Millionen Euro (mehr als erwartet) hat derweil die neue CO₂-Steuer, die den Preis für Kraftstoffe im Vergleich zu den Nachbarländern unattraktiver machen soll, in die Kasse des Staates gespült.

Die Ausgaben des Zentralstaates sind derweil im abgelaufenen Jahr, mit 21 Milliarden Euro, hoch geblieben. Verglichen mit dem außerordentlichen Corona-Jahr 2020 handelt es sich lediglich um einen Rückgang von 0,6 Prozent. Verglichen

mit den Ausgaben des Staates von vor der Krise (2019), handelt es sich um einen stattlichen Anstieg von 13,6 Prozent.

Die Auszahlungen für Covid-19-Maßnahmen beliefen sich im Jahr 2021 auf 681 Millionen Euro und lagen damit unter dem Niveau von 2020, als noch 2 Milliarden Euro ausgezahlt wurden, präzisiert die Regierung. Dieser

Rückgang spiegle die immer geringere Inanspruchnahme der verschiedenen Beihilferegulungen und die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes wider.

Zentralstaat mit Überschuss?

Mit den bisher vorliegenden Zahlen hätte der Zentralstaat im Jahr 2021 einen Überschuss von stattlichen 840 Millionen Euro erwirtschaftet. Jedoch entspricht dieses Ergebnis noch nicht dem Endresultat des Haushaltsjahres 2021, fügt das Ministerium hinzu. Noch bis Ende April 2022 läuft die sogenannte Ergänzungsperiode, in der zusätzliche Ausgaben zulasten des Haushalts 2021 getätigt werden können. Dieser Überschuss bleibe somit eine Momentaufnahme, unterstreicht das Ministerium.

Wie die Zahlen letzten Endes

aussehen werden, ist für einen Beobachter schwer abzuschätzen. In den Vorjahren war das endgültige Resultat oftmals viele hundert Millionen Euro anders als die Zahlen von Ende Dezember. Diesmal dürften die Zahlen schlechter werden: Das schlussendliche Endsaldo des Jahres werde voraussichtlich niedriger ausfallen, schreibt das Ministerium. Die nun vorliegenden Zahlen würden jedoch darauf hindeuten, dass der Zentralstaat das Haushaltsjahr 2021 mit einem besseren Resultat abschließen wird als das im Herbst 2021 geplante Defizit von rund einer Milliarde Euro, so das Ministerium.

Yuriko Backes kommt die konservative Planung ihres Vorgängers Pierre Gramegna zugute. Nach dem besonders schlechten Finanzjahr 2020 hatte Gramegna für 2021 kontinuierlich hohe Defizite angekündigt, um dann aber Monat für Monat verkünden zu können, dass die Zahlen doch besser seien als erwartet.

Deutlich mehr Schulden als 2019 geplant

Ganz im Sinne der Kontinuität

erklärt Finanzministerin Yuriko Backes dann: „Ich werde mich bemühen, meine Aufgabe in demselben Geist zu erfüllen, im Interesse des Landes und der Bürger.“ Gleichzeitig warnt sie, wie es sich für einen Finanzminister gehört, der auf solide Zahlen setzen will: „Auch wenn die aktuellen Zahlen die Widerstandsfähigkeit der luxemburgischen Wirtschaft unterstreichen, warten noch viele Herausforderungen auf uns, die ein umsichtiges und verantwortungsvolles Vorgehen erfordern.“

Bei der Staatsschuld bleiben die Folgen der Pandemie derweil überaus sichtbar. Ende 2019 wurde erwartet, dass das Land Ende 2023 eine Verschuldung von insgesamt 13,3 Milliarden Euro (oder 17,5 Prozent des BIP) haben würde. Aktuell liegt die Schätzung für 2023 jedoch bei 20,3 Milliarden Euro (oder 27 Prozent des BIP). Der Unterschied ist gewaltig, es handelt sich um sieben Milliarden Euro Schulden mehr als geplant. Im europäischen Vergleich zählt Luxemburg dennoch zu den guten Schülern. Derzeit liegt die Verschuldungsquote hierzulande bei rund 25 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Investmentfonds und Erbschaftssteuer

Einen deutlich gestiegenen Beitrag zu den Luxemburger Staatsfinanzen wurde 2021 vom Sektor der Investmentfonds eingebracht. Allein die sogenannte „Taxe d'abonnement“, eine Steuer auf den Geldvolumen der Fonds, hat satte 1,28 Milliarden Euro in die Staatskasse gespült. Deutlich mehr als erwartet und auch deutlich mehr als im Vorjahr (1,05 Milliarden).

Hintergrund ist die starke Entwicklung des Sektors im Laufe des Jahres. Dank einer guten Entwicklung der Finanzmärkte sowie zusätzlicher Gelder der Investoren konnte das von den Luxemburger Fonds verwaltete Volumen auf die praktisch unvorstellbare Summe von 5,9 Billionen Euro gesteigert werden. Zum 31. Dezember 2021 hat das Nettovermögen luxemburgischer Investmentfonds ein Allzeithoch von 5.859 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 886 Milliarden Euro oder von 17,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Umgerechnet ist der

Sektor letztes Jahr damit um über 2,4 Milliarden Euro pro Tag gewachsen.

Der weltweite Vertrieb von Investmentfonds ist eine Erfolgsgeschichte für den Luxemburger Finanzplatz. Im Jahr 2009 lag die Summe der investierten Gelder noch weit unter 2.000 Milliarden Euro (1.526,6 Milliarden). Die 3.000-Milliarden-Marke wurde 2014 überschritten – die 4.000-Milliarden-Marke nur drei Jahre später. Im Januar 2021 war das Volumen der von den Investmentfonds verwalteten Gelder erstmals über die Marke von 5.000 Milliarden Euro gesprungen. Das Großherzogtum ist der zweitwichtigste Fondsstandort weltweit – nach den USA. Fast lächerlich, verglichen mit den Investmentfonds, ist derweil der Beitrag von 117 Millionen Euro, den die Erbschaftssteuer zu den Staatsfinanzen leistet. Dabei ist die Summe bereits deutlich größer als die im Haushalt vorgesehenen 85 Millionen, oder als die 80 Millionen Euro vom Vorjahr.

Krise gut gemeistert

Finanzplatz hat sich im Pandemie-Jahr positiv entwickelt

Von Nadia Di Pillo

Der Finanzplatz Luxemburg hat sich trotz der anhaltenden Unsicherheit infolge der Corona-Pandemie positiv entwickelt. Die Anzahl der Beschäftigten ist weiter gestiegen, das verwaltete Vermögen hat neue Rekordstände erreicht und „Luxemburg hat seine führende Position als Standort für ESG-Fonds weiter gefestigt“. Das schreibt die Agentur Luxembourg for Finance (LFF) in ihrem Jahresrückblick 2021.

Der Bericht verweist auf Zahlen, nach denen die luxemburgische Finanzaufsicht im vergangenen Jahr Lizenzen für 77 Geschäftseinheiten vergeben hat. Das verwaltete Vermögen (Assets under Management) in Luxemburger Investmentfonds erreichte zum Jahresende 5 859,5 Milliarden Euro – das entspricht einem Anstieg von

17,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ein weiterer positiver Punkt: Die Zahl der Arbeitsplätze in Finanz- und Versicherungsinstitutionen lag zu Jahresmitte 2021 mit 51 623 Einheiten um drei Prozent über dem Vergleichswert des Vorjahres. Und: Die Zahl der an der Luxembourg Green Exchange gelisteten nachhaltigen Anlagen lag Ende 2021 bei 1 234 und damit 47 Prozent über dem Vorjahreswert. Das Gesamtvolumen der Anleihen legte auf 640 Milliarden Euro zu, schreibt Luxembourg for Finance weiter. Last, but not least: Das im Private Banking verwaltete Vermögen ist im vergangenen Jahr um neun Prozent auf 508 Milliarden Euro gestiegen.

Vorreiter für Sustainable Finance

Auch im Bereich FinTechs bleibe

der Finanzplatz Luxemburg sehr attraktiv. Das gelte insbesondere für Firmen, die ihre Leistungen im gesamten europäischen Markt anbieten wollen. „Zum Jahresende 2021 waren 220 Finanztechnologie-Unternehmen in Luxemburg ansässig, das sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr“, so LFF. Das Luxembourg House of Financial Technology (LHoFT) sei Standort für 80 FinTechs, ein Anstieg von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder dieser Plattform sei auf 85 gestiegen.

Des Weiteren habe sich Luxemburg „zu einem klaren Vorreiter für Sustainable Finance entwickelt“. „Die Finanzakteure haben verstanden, dass wir die Wirtschaft besser wiederaufbauen müssen und der Finanzsektor eine entscheidende Rolle für den Wiederaufbau einer nachhaltigeren und

gerechteren Wirtschaft hat“, unterstreicht Nicolas Mackel, CEO von Luxembourg for Finance. Im Privatbankensektor setze sich der Aufwärtstrend beim verwalteten Vermögen fort. Dieses beträgt nun 508 Milliarden Euro. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von sieben Prozent seit dem Jahr 2008. „Diese geht zum einen auf die positive Wertentwicklung an den Finanzmärkten zurück. Gleichzeitig haben Mittelzuflüsse bei bestehenden Banken und die Verlagerung von Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Brexit zum Wachstum im Großherzogtum beigetragen“, erklärt LFF in ihrem Bericht.

Im Rahmen der Marktkonsolidierung sei die Zahl der Finanzinstitute im vergangenen Jahr um vier zurückgegangen, während Itau BBA Europe seine Geschäftstätigkeit in Luxemburg aufgenommen hat. Zum Jahresende 2021 waren 124 Banken aus 26 Ländern hierzulande tätig.

„Ein Strauß an Vorteilen“

Die neue Finanzministerin Yuriko Backes über die Vorteile Luxemburgs bei Reformen der internationalen Unternehmensbesteuerung, über den gegen Briefkastenfirmen gerichteten EU-Richtlinienvorschlag „Unshell“ und über die Auswirkungen von Kryptowährungen auf den Luxemburger Finanzplatz.

Interview: Martina Folscheid • Fotos: Marc Wilwert

Frau Ministerin, Sie sind nun seit gut vier Wochen im Amt. Wie lautet die Bilanz?

Der Start war ein Sprung ins kalte Wasser. Es ging direkt los mit zahlreichen Treffen auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Praktisch am Tag nach meinem Amtsantritt habe ich mich mit Pascal Saint-Amans, dem OECD-Direktor für Steuerangelegenheiten, hier in Luxemburg getroffen. Einige Tage später habe ich in Brüssel an den Sitzungen der Eurogruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen teilgenommen. In diesem intensiven Rhythmus geht es weiter. Mein Terminkalender ist voll und in viele Themen, die teils sehr komplex und technisch sind, muss ich mich einarbeiten. Dabei unterstützt mich ein erfahrenes, kompetentes Team. Es ist ein spannendes und zugleich forderndes Amt.

Sie leiten als erste Frau Luxemburgs das Finanzministerium. Was, glauben Sie, hält die Bevölkerung von der weiblichen Besetzung?

Ich glaube, es geht den Bürgerinnen und Bürgern vielmehr darum, dass ich meine Arbeit mache. Ich bin der Meinung, dass gesunde und stabile Staatsfinanzen eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, mittel- und langfristige Politiken zu entwickeln, die dazu beitragen, Perspektiven zu schaffen

und unser Land erfolgreich auf die Zukunft vorzubereiten. Das wird sicherlich eine meiner Motivationsquellen sein für die Aufgaben, die vor mir liegen. Natürlich freut es mich, dass nach und nach mehr Frauen an diesem Gestaltungsprozess teilnehmen, sowohl in Luxemburg als auch auf internationaler Ebene. Das schafft einen Mehrwert, und irgendwann wird sich hoffentlich die Frage des Geschlechts nicht mehr stellen.

Müssen Sie sich stärker behaupten als ein Mann?

Diese Frage wird mir nicht zum ersten Mal gestellt. Ich habe meinen Charakter, behaupte mich auf meine Art und Weise, konzentriere mich auf den Auftrag und stelle mir die Frage, ob ich mich mehr oder weniger behaupten muss als ein Mann, gar nicht. Auch wenn diese Frage in meinem Alltag nicht sehr oft eine Rolle spielt, bin ich mir bewusst, dass es noch viel zu tun gibt beim Thema Chancengleichheit, für welches ich mich weiterhin einsetzen werde.

Welche Dossiers haben Sie sich vorgenommen bis zu den Wahlen prioritär zu bearbeiten?

Es stehen nationale Dossiers auf der Tagesordnung, aber auch eine ganze Reihe von europäischen Themen und internationalen Initiativen, darunter die OECD-Reform der internationalen

Unternehmensbesteuerung. All diese Entwicklungen sind zu wichtig, um nur bis zu den Wahlen zu denken oder zu planen. Meine Priorität wird es bleiben, mich mit der nötigen Sorgfalt um den Staatshaushalt zu kümmern und mich für die Interessen Luxemburgs und seines Finanzplatzes einzusetzen, ohne dabei übergeordnete Ziele aus den Augen zu verlieren. Sinn und Zweck dieser Bemühungen muss es bleiben, für das Wohlergehen der Menschen in Luxemburg zu sorgen. Als Finanzministerin will ich meinen Teil dazu beitragen.

Der Zeitpunkt Ihres Starts ist heikel: Globale Unternehmensbesteuerungs-Reformen könnten dazu führen, dass Investoren oder Konzerne dem Land den Rücken kehren. Was wollen Sie dagegen tun?

Sie sprechen die globale OECD-Reform an. Luxemburg hat aktiv daran mitgearbeitet. Ich teile Ihre pessimistische Sichtweise deshalb nicht. Natürlich bringt dieser Wandel Herausforderungen mit sich. Doch wenn es einheitliche Regeln und einen globalen Steuersatz gibt, dann gelten gleiche Bedingungen für alle. Dadurch treten die Vorteile Luxemburgs wie kurze Wege, vielsprachige und gut ausgebildete Mitarbeiter, eine zentrale Lage, Expertise vor Ort,

Économie / Finances Budget / Fiscalité

Secteur financier / Assurances / Services

stabile politische Verhältnisse und gesunde Staatsfinanzen viel mehr in den Vordergrund.

Reichen die Vorteile, die Sie auf der Konferenz der Unternehmer-Vereinigung UEL im Januar aufzählten, aus: politische Stabilität, eine hervorragende Infrastruktur und das Knowhow des Finanzökosystems?

Diese Faktoren werden durch einheitliche Regeln auf globaler Ebene definitiv an Bedeutung gewinnen. Luxemburg muss weiter auf seine Expertise setzen. Die Zeiten eventueller Souveränitätsnischen sind längst vorbei und Luxemburg hat über die letzten Jahre klar gezeigt, dass es nicht trotz, sondern wegen einheitlicher Rahmenbedingungen stark wachsen kann.

Sind diese Vorteile nicht auch in anderen Ländern zu finden? Was hebt Luxemburg heraus?

Das Profil von Luxemburg ist schon einzigartig. Das liegt an der Mischung der verschiedenen Faktoren. Letztlich sind es die Anleger und Unternehmen, die entscheiden. Da hat Luxemburg seit Jahren eine positive Bilanz vorzuweisen, wie zuletzt auch der Brexit gezeigt hat. Für den einen mag die politische Stabilität sowie die Berechenbarkeit der Politik entscheidend sein, für den anderen die Tatsache, dass wir regelkonform sind und dies auf europäischer und internationaler Ebene auch anerkannt ist. Es ist jener Strauß an Vorteilen, der vielen etwas bietet, der den Erfolg ausmacht.

Was denken Sie über den Richtlinienvorschlag „Unshell“, mit dem die EU-Kommission am 22. Dezember ankündigte, massiv gegen Briefkastenfirmen vorzugehen?

Luxemburg unterstützt generell den Kampf gegen aggressive Steuerplanung und hat dies auch über die letzten Jahre bewiesen. In diesem Fall haben wir allerdings Bedenken, dass der Richtlinienvorschlag in der aktuellen Fassung über das Ziel hinausschießt. Vor allem stellt sich die Frage des Mehrwerts dieser Initiative angesichts der ganzen Palette von Instrumenten, die während der letzten Jahre in diesem Bereich geschaffen wurden. Diese Instrumente dienen jetzt schon der Bekämpfung der Steuervermeidung und des Nutzens von Firmenkonstrukten aus rein steuerlichen Gründen. Da die Kriterien der Richtlinie in der aktuellen Fassung extrem breit gefasst sind, ergibt sich ein Problem der Proportionalität. Außer-

dem besteht das Risiko neuer Markteintrittsbarrieren und Restriktionen, die das Funktionieren des EU-Binnenmarktes beeinträchtigen könnten. Dadurch würde dann auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber Drittländern geschwächt. Die Diskussionen hierzu im Ecofin-Rat haben noch nicht angefangen. Luxemburg wird sich für eine Lösung einsetzen, die sinnvoll und angemessen ist.

Wie empfindlich könnte dieses Vorgehen den Luxemburger Staatshaushalt treffen?

Es ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich dies vorauszusagen, auch, weil noch keine endgültige Fassung der Richtlinie vorliegt.

Wie wollen Sie einen Kompromiss finden zwischen einer pro-europäischen Haltung und dem Streben danach, die nationalen Interessen Luxemburgs zu wahren?

Luxemburg war von Anfang an pro-europäisch und hat EU-Institutionen hier willkommen geheißen. Das Land hat die EU in vieler Hinsicht mitgestaltet und umgekehrt auch von den Vorteilen seiner Mitgliedschaft profitiert. Es bestand eigentlich stets ein pro-europäischer Konsens, der natürlich auch die nationalen Interessen im Blick behält, und beides ist nicht grundsätzlich unvereinbar. Von daher ist diese Abwägung nichts Neues, sondern etwas, was wir seit Jahrzehnten erfolgreich praktizieren.

Eine weitere große Herausforderung ist das Thema Kryptowährungen. Wie groß schätzen Sie diese Gefahr für Luxemburgs Finanzplatz ein?

Luxemburg hat von Anfang an einen proaktiven, aber vorsichtigen Ansatz gegenüber dem Thema Kryptowährungen gewählt. Diese aufstrebende Anlageklasse bietet neue Chancen, auch für Luxemburg als Europas führendem Investmentfondszentrum, wirft aber auch viele Fragen auf, zum Beispiel aus Sicht des Anlegerschutzes.

Die Aufsichtsbehörde CSSF hat kürzlich einen Leitfaden zu virtuellen Vermögenswerten für Investmentfonds und Kreditinstitute veröffentlicht, der vom Markt begrüßt wird. Die CSSF hat übrigens bereits 2014 offiziell Stellung bezogen und erklärt, dass Betreiber im Bereich der Kryptowährungen, die Finanzdienstleistungen anbieten, unter die bestehende Gesetzgebung fallen und die erforderlichen Lizenzen besitzen müssen. Die CSSF war auch die

erste Regulierungsbehörde in Europa, die 2016 Zahlungslizenzen für Kryptobörsen erteilte. Mit dem Vorschlag für eine Verordnung über Märkte für Kryptowerte wird die Europäische Union demnächst Kryptowährungen und deren Betreiber regulieren. Ein einheitliches

EU-Regelwerk bietet neue Chancen für den Finanzplatz und insbesondere für die Fondsindustrie.

Wo wird Luxemburgs Staatshaushalt in zehn Jahren stehen? Wie wird Luxemburg sich in einem Jahrzehnt finanzieren?

In den Jahren 2018 und 2019 war dank konsequenter Politik der Saldo – also der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben – beim Zentralstaat zum ersten Mal seit 2008 positiv. Doch dann hatten wir in den vergangenen zwei Jahren pandemiebedingte Ausgaben in Höhe von 2,7 Milliarden Euro, durch die wir die Bürger und die Wirtschaft des Landes geschützt und unterstützt haben. Das hat geholfen. So konnten wir schon im ersten Semester 2021 auf das Niveau des Bruttoinlandsprodukts von vor der Krise zurückfinden. Derzeit ist die Entwicklung des Staatshaushalts besser als erwartet, wie die letzten Quartalszahlen zeigen. Ende Dezember 2021 stiegen die Einnahmen um 16 Prozent, während die Ausgaben im Vergleich zu 2020 stabil blieben. Deshalb wird in diesem Jahr das Defizit sicher geringer ausfallen als geplant. Der Statedec geht von sieben Prozent Wirtschaftswachstum für 2021 aus und sieht die Entwicklung in diesem Jahr positiv, wenn auch verlangsamt und abhängig von der Pandemie. Diese Zahlen sprechen für sich – und für die umsichtige Politik der Regierung und meines Vorgängers, die ich fortsetzen werde. Ich bin daher sicher, dass Luxemburg auch in zehn Jahren gesunde Staatsfinanzen vorweisen kann, mit einem gerechten und wettbewerbsfähigen Steuersystem, das es erlauben wird, weiter einen starken Sozialstaat zu finanzieren.

Es gibt Überlegungen, die Steuertabelle an die Inflation anzupassen. Was halten Sie davon?

Ich verschließe mich keiner Debatte, doch man sollte die Dinge in ihrem Zusammenhang sehen. Eine Steuererleichterung ist kein Selbstzweck. Ich schaue auf konkrete Ziele: wo nötig, die Kaufkraft stärken, Härtefälle abfedern, die Wirtschaft unterstützen. Neben einer generellen oder teilweisen Anpassung der Steuertabelle sind daher auch ge-

zielte Maßnahmen vorstellbar, insbesondere im Bereich der Steuerkredite oder Freibeträge. In jedem Fall muss man darauf achten, dass die Einbußen für den Staat, der sich ja über Steuern finanziert, in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

Wie könnte so eine Anpassung aussehen?

Steuern sind ein wichtiges Instrument, aber man kann nicht alles darüber regeln. Deshalb hat die Regierung zum Beispiel die Teuerungszulage Allocation de vie chère und den Revis erhöht, das Kindergeld indexiert und eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um Arbeitssuchende und Kurzarbeiter zu unterstützen. Denn eine ausgewogene Sozial- und Familienpolitik sind ebenso wichtig, um die Schwächsten in der

Gesellschaft zu unterstützen.

Sie waren in einer sehr bewegten Zeit Hofmarschallin, haben mit der Maison du Grand-Duc einiges verändert und neu aufgebaut. Ist Ihnen der Weggang schwergefallen?

Das Amt der Hofmarschallin war eine große Ehre, aber auch eine Herausforderung. Die Monarchie ist von großer Bedeutung für unser Land und deshalb war die Re-Organisation mit der Schaffung der Maison du Grand-Duc sowohl im Interesse des Staatschefs und der großherzoglichen Familie als auch im Interesse des Landes. Respekt vor Tradition ist wichtig, und man kann sie mit Transparenz und Modernität vereinbaren. Gerne hätte ich noch eine Reihe von Entwicklungen bis zum Ende begleitet. Ich habe ein sehr gutes

Team am großherzoglichen Hof hinterlassen, das eine fantastische Arbeit macht. Jetzt konzentriere ich mich auf die Herausforderungen als Mitglied der Regierung.

Erste Frau an der Spitze der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg, erste Hofmarschallin, nun die erste Finanzministerin. Welche Premiere wird folgen? Erste Premierministerin Luxemburgs?

Das habe ich absolut nicht auf der Agenda und es ist für mich auch kein Ziel. Dies umso mehr, als Luxemburg mit Xavier Bettel einen hervorragenden Premierminister hat, der dies hoffentlich auch über 2023 hinaus bleiben wird.

Frau Ministerin, wir danken Ihnen für das Gespräch.

„Luxemburg muss weiter auf seine Expertise setzen.“



„Ich bin sicher, dass Luxemburg auch in zehn Jahren gesunde Staatsfinanzen vorweisen kann.“

Yuriko Backes war Beraterin zuerst von Premierminister Jean-Claude Juncker, dann von Premierminister Xavier Bettel. Zuletzt bekleidete sie das Amt der Hofmarschallin, bevor sie nun in die Regierung wechselte.

„Ich schaue nach vorne“

Ihre Ernennung kam überraschend, doch die neue Finanzministerin Yuriko Backes zeigt sich voller Tatendrang. Sie hat sich viel vorgenommen: zuhören, Dialoge führen, Entscheidungen treffen. Wenn da nur nicht dieser Zeitdruck wäre...

Text: **Heike Bucher**

Yuriko Backes ist eine gefragte Frau. Kaum Ministerin, sind die Zeitungen schon voll mit ihr. Und ein Termin jagt den nächsten. „Ich habe wenig Zeit“, sagt sie. „Irgendwann muss das ein wenig ruhiger über die Bühne gehen. Doch schön, dass wir uns sehen können.“ Pünktlich zum verabredeten Termin ist sie für die revue da, bevor sie in einer knappen halben Stunde ihren Mantel überziehen und zum Gespräch mit dem Premierminister eilen wird. Die Interviewfragen wurden vorab über Mail beantwortet, die heutigen 25 Minuten reichen gerade für ein kurzes Fotoshooting und ein lockeres Gespräch.

Zum Beispiel über das Designen von Brillen. In warmen Grüntönen harmonisiert ihr Brillengestell mit der dunkelgrünen Samtjacke, die sie heute trägt. Gemeinsam mit einem Optiker hat sie es selbst entworfen, nicht, weil sie schon immer eine Brille entwerfen wollte, sondern weil einfach keine da war, die ihr gefiel. Die meisten Menschen hätten einen anderen Weg gewählt: Sie wären in ein weiteres Brillengeschäft gegangen oder hätten die Brille genommen, die ihnen am wenigsten missfällt. Doch Yuriko Backes designt ihre selbst. Man muss gar nicht so viel hineininterpretieren, um zu sagen: Sie ist eine Frau, die über den Tellerrand schaut und Dinge in die Hand nimmt. Als „rational und pragmatisch“ lobte Premierminister Bettel sie.

Nach der Bekanntgabe von Yuriko Backes als Nachfolgerin des scheidenden Finanzministers Pierre Gramegna war von vielen Seiten Überraschung zu vernehmen. Yuriko Backes? War sie nicht gerade erst zur Hofmarschallin am großherzoglichen Hof ernannt worden? Als erste Frau in dem Job? Und sollte sie da nicht die nötigen Umstrukturierungen und Reformen durchführen? Und jetzt wieder so eine wichtige Aufgabe? Schon wieder als erste Frau? Und ist sie überhaupt in einer Partei? Die Kommentarfunktionen der Zeitungen standen nicht still.

Doch so überraschend die Person für viele Außenstehende war, so überraschend kam das Angebot auch für sie selbst. Sie hatte definitiv nicht damit gerechnet, sagt sie, und empfand es als große Ehre und Herausforderung, ein so wichtiges Amt zu übernehmen. Hat sie es bedauert, den Hof zu verlassen? „Ich habe meine Arbeit als Hofmarschallin sehr gerne gemacht. Der Wechsel hierher musste schnell gehen, das war direkt ein Sprung ins kalte Wasser. Zurückblickend bin ich stolz auf das, was ich mit meinem Team am Hof in diesen eineinhalb Jahren schon erreicht habe. Aber ehrlich gesagt habe ich als Finanzministerin so viel zu tun, dass für Bedauern keine Zeit bleibt. Ich schaue nach vorn.“

Yuriko – im Gegensatz zu ihrem Familiennamen nicht unbedingt ein typisch luxemburgischer Vorname, schon gar nicht im Jahr 1970, als

Yuriko Backes geboren wurde. „Ich bin in Japan als Kind von Luxemburger Eltern auf die Welt gekommen. Deshalb haben meine Eltern beschlossen, mir einen japanischen Vornamen zu geben. In Japan ist es üblich, Namen mit einer Bedeutung zu vergeben. Der Name setzt sich aus zwei Wörtern zusammen: ‚Yuri‘ heißt ‚Lilie‘ und ‚ko‘ bedeutet ‚Kind‘.“ Die ersten Lebensjahre verbrachte sie in Deutschland, in der Nähe von Leverkusen, dann ging es zurück in ihren Geburtsort Kobe in Japan. Dort besuchte sie eine internationale Schule und machte mit 18 ihr Abitur. Japanisch spreche sie, „wenn’s geht, ein bisschen“, also nur das Japanische, das man brauche, um gut durch den Alltag zu kommen. Das behauptet sie zumindest.

„An meine Kindheit habe ich ausgesprochen gute Erinnerungen, ich habe mich in Kobe immer sehr wohl gefühlt. Ich bin in dieser Hafen- und Handelsmetropole aufgewachsen, einer wunderschönen Stadt zwischen Meer und Bergen. Japan ist ein Land mit einer Kultur, die ich sehr schätze, noch immer habe ich viele Freunde dort und durch meine spätere berufliche Tätigkeit in Japan auch viele Kontakte.“ Kann es sein, dass sie deshalb einen anderen Blick auf Luxemburg hat, dass sie vielleicht mit etwas mehr Abstand auf das kleine Großherzogtum sieht als andere Politiker und Politikerinnen? „Das ist eine interessante Frage, die ich aber nicht beantworten kann.“

Es ist ihr wichtig zu betonen: Der

Kontakt zu Luxemburg war immer da, auch während der vielen Jahre, die sie im Ausland gelebt hat. „Ich bin Luxemburgerin durch und durch. Luxemburg war immer meine Heimat. Nun gab es damals in Japan nicht sehr viele Luxemburger, und die Japaner stellten Fragen nach dem Großherzogtum. Deshalb war ich schon als kleines Mädchen eine Art Mini-Botschafterin für mein Land.“ Premierminister Bettel meinte vor ein paar Wochen, eine ihrer Aufgaben als Finanzministerin sei es, das luxemburgische Steak auf dem Teller der EU zu verteidigen. Kann sie mit dieser Aussage etwas anfangen? Als Finanzministerin vertrete und verteidige sie die Interessen Luxemburgs, die seien zwar meistens nicht unvereinbar mit den Interessen der EU, sagt sie, doch das „europäische Projekt besteht aus Kompromissen, die kontinuierlich gefunden werden müssen“.

Sie ist gut ausgebildet. Nach ihrem Abitur studierte sie internationale Beziehungen in London, machte anschließend einen Master in Japanstudien und noch einen in europäischer Politik in Brügge. Danach begann ihre diplomatische Karriere, diese führte sie nach New York, Brüssel und wieder Japan. Sie beriet Jean-Claude Juncker und später Xavier Bettel. Von 2016 bis 2020 stand sie an der Spitze der Vertretung der Europäischen Kommission in Luxemburg. Auch dort als erste Frau. Anschließend Hofmarschallin, jetzt Finanzministerin. Erst kürzlich ist sie in die DP eingetreten. Eine beachtliche Karriere. War die kalkuliert? „Ich kann Ihnen versichern, dass dahinter kein Plan steckt“, sagt sie.

Trotzdem: Sie muss sich etwas zutrauen. Muss wissen, dass ihre Fähigkeiten ausreichen. Wie sieht sie ihre Rolle als Frau in diesen Führungspositionen? „Ich denke, den Leuten ist es genauso wie mir wichtig, dass ich meine Arbeit mache, ganz unabhängig vom Geschlecht. Andererseits zeigt ja schon

Ihre Frage, dass Frauen in Führungspositionen noch nicht so selbstverständlich sind, wenngleich es hier auch positive Entwicklungen gibt. In der EU sind von 27 Finanzministern sechs Frauen. Und vergessen wir nicht Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, oder Kristalina Georgieva, die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, oder auch die Generaldirektorin der Welthandelsorganisation, Ngozi Okonjo-Iweala. Ich denke, diese Frauen haben sich getraut – und man hat ihnen vertraut. Es wäre gut, wenn das auch auf breiter Ebene passiert. Aber Frauen brauchen vielleicht manchmal mehr Unterstützung, um das Gefühl zu haben, dass sie eine Führungsrolle übernehmen können.“

Seit dem 5. Januar ist sie im Amt. Ein paar Wochen erst. Man muss ihr Zeit geben, sich einzuarbeiten. Mitten in der Legislaturperiode in eine Regierung zu kommen, kann Nachteile haben. Ein Vorteil sei aber sicherlich, dass ihr Team bereits eingearbeitet ist, sagt sie. Um neues Personal muss sie sich nicht direkt kümmern: „Es arbeiten gute, kompetente Leute im Finanzministerium.“ Ihr Arbeitsplatz liegt mitten in der Stadt, ein alter Bau mit hohen Decken und gepflegtem Parkett, picobello renoviert. Zahlreiche Menschen wuseln umher, 90 sind es im Ministerium selbst, dazu noch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Steuerverwaltung, des Katasteramtes, des Zolls. Hunderte Menschen, die von ihr abhängen. Die neue Ministerin gilt als menschlich und nahbar. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit ist sie durchs Haus gegangen, um alle zu begrüßen. Zudem ist ihr wichtig, für alle Mitarbeiter ein offenes Ohr zu haben, sie hört sich gerne andere Meinungen an, heißt es aus ihrem Umfeld.

Das Reden mit Menschen scheint ihr tatsächlich ein Bedürfnis zu sein. Als ihr das Fotoshooting zu lang wird, drängelt sie, weil sie noch Zeit für ein Gespräch

haben möchte. Sie sagt selbst, dass sie „ganz viele Leute sehen will, intern und extern. Ich möchte Dialoge führen, den Menschen zuhören. Ich besuche alle Verwaltungen und spreche mit den Verwaltungschefs, ich muss verstehen, wo wir ansetzen, was wir besser machen können. Dafür muss ich mir Zeit nehmen, das geht ja nicht alles in zehn Minuten.“ Hinzu kommen die internationalen Verpflichtungen, monatliche Treffen der Eurogruppe und des Ecofin. Spontane Meetings und Dienstreisen. Nicht zu vergessen die Arbeit in der Koalition und in der Chamber. Ein Acht-Stunden-Tag sieht anders aus.

Wie rüstet sie sich gegen Stress? Mit guter Organisation, sagt sie. Und mit dem Einplanen von Zeit für sich selbst, Zeit zum Abschalten. Jeden Morgen macht sie eine halbe Stunde Pilates, das hat ihr über all die Jahre in ihren Jobs wirklich geholfen. Sowohl physisch als auch mental. „Aber es ist gar nicht so einfach, abzuschalten, wenn so viel Neues da ist. Bei jedem Job braucht man etwa ein Jahr, um sich richtig einzuarbeiten und alles wenigstens einmal gesehen zu haben.“

Eins ihrer Vorbilder ist Nelson Mandela. Ein anderes Simone Veil, weil diese eine überzeugte Europäerin und engagierte Kämpferin für Frauenrechte war, eine Ausnahmefrau. „Aber man wird im Leben sicher auch von vielen anderen Menschen beeindruckt und geprägt, angefangen bei den eigenen Eltern.“ Vor einem halben Jahr hat sie begonnen, Gitarre zu spielen. Gemeinsam mit ihrem jüngsten Sohn nimmt sie Unterrichtsstunden. Viel über ihre Familie – ein Mann und zwei Söhne im Alter von 15 und 19 Jahren – möchte sie nicht sagen. Doch diese Stunde pro Woche, erzählt sie, gemeinsam mit ihrem Sohn, sei immer ein sehr schöner Moment. Einer ihrer Träume ist es, sich mal künstlerisch auszutoben. Fotografie und Malerei haben es ihr angetan. Aber auch das ist eine Frage der Zeit. ☺

Was bedeutet für Sie...

Geld?

Möglichkeiten, aber kein Selbstzweck.

Loyalität?

Vertrauen, das ist mir sehr wichtig.

Autonomie?

Unabhängigkeit und Selbstständigkeit sind oft wesentlich, aber Teil eines Teams zu sein definitiv auch.

Macht?

Oft Einsamkeit.

Anerkennung?

Motiviert und ist ein wichtiger Faktor für Zufriedenheit und Erfolg.

Gleichberechtigung?

Ein universales Menschenrecht, für das ich mich weiter einsetze.

Familie?

Der Kern meines Lebens.

Freundschaften?

Obwohl sehr viele durch die Welt verstreut sind, trage ich sie tief im Herzen.

Karriere?

Stets eine Arbeit zu machen, die einen herausfordert und einem gefällt.

2019 als Vertreterin der Europäischen Kommission in Luxemburg.



Drei Fragen an Yuriko Backes

Welchen Aufgaben widmen Sie sich zuerst in Ihrem neuen Amt?

Die Aufgaben dieses Amtes sind vielfältig und mit vielen anderen Kompetenzfeldern verzahnt. Mir liegt an einer Kontinuität der Regierungspolitik auch im Finanzministerium. Mein Ziel ist es, das Amt so auszuüben, dass wir in Luxemburg weiterhin eine Politik umsetzen können, die den Menschen, die in unserem Land leben und arbeiten, zugutekommt. Um langfristige Ziele zu erreichen, müssen laufend leichte – wenn auch nicht einfache – Kursänderungen und Anpassungen vorgenommen werden. In diesem Sinne gibt es durchaus eine Reihe von Herausforderungen, sowohl zu Hause als auch international. Stabile Staatsfinanzen sind hier ein wichtiges Mittel, um sich mit Erfolg an neue Gegebenheiten, welche oft auf externe Faktoren zurückzuführen sind, anzupassen und somit Wohlstand langfristig sichern zu können. Ich denke da an Herausforderungen im Zusammenhang mit der Pandemie, den Klimawandel und die zunehmende weltweite Vernetzung. Aber auch die Energiewende und die rezenten sicherheitspolitischen Entwicklungen gehören dazu. Eine Reihe von Steuerfragen, sowohl auf nationaler wie europäischer und internationaler Ebene, werden mich beschäftigen. Sie sehen, es gibt eine Menge Themen und viel Arbeit.

Wie kann man Menschen beruhigen, die aufgrund der Pandemie Angst vor wirtschaftlichen Verlusten haben?

Die Pandemie hat viele Menschen hart getroffen, und ihnen gilt mein ganzes Mitgefühl. Es ist eine außergewöhnliche Situation, die natürlich verunsichert. Die Politik hat darauf mit entsprechenden Maßnahmen reagiert, um die Menschen bestmöglich zu schützen und zu unterstützen. Mit Garantien, Hilfen, Zusatzzahlungen, der Teuerungszulage, der Indexierung des Kindergeldes, der Revis-Erhöhung, dem Kurzarbeitergeld, Gratistests und -Impfungen – um nur ein paar zu nennen – unterstützt die Regierung die Bürger und die Wirtschaft. Allein die COVID-Hilfen haben den Staat in den letzten zwei Jahren 2,7 Milliarden Euro gekostet. Wir haben ein dichtes Netz an Sozialleistungen, das die Menschen absichert. Statt des befürchteten pandemiebedingten Einbruchs von minus sechs Prozent beim Bruttoinlandsprodukt waren es von 2020 bis 2021 „nur“ minus 1,8 Prozent. Die Einnahmen des Staates steigen schneller als gedacht, was die Staatsverschuldung drückt, die trotz der Krise mit 25 Prozent des BIP unter dem von der Regierung selbst gesteckten Ziel von 30 Prozent liegt. Die Arbeitslosenquote liegt bei 5,2 Prozent und ist somit auf das Vorkrisenniveau von 2019 zurückgefallen. Derzeit werden mehr als 10.000 Arbeitskräfte gesucht, ein

Plus von knapp 63 Prozent innerhalb eines Jahres. Der Statec erwartet auch für 2022 ein positives Wirtschaftswachstum. Die Rating-Agenturen Standard & Poor's, DBRS Morning Star und Fitch haben uns wieder die Bestnote AAA verliehen, weil sie von den guten Perspektiven unseres Landes und von unserer Politik überzeugt sind. Dank der Impfungen normalisiert sich die Lage zunehmend. Wir haben das Schlimmste hoffentlich hinter uns, und die Aussichten sind gut.

Welche Rolle spielt der Klimawandel für eine luxemburgische Finanzministerin?

Für mich ist dies eines der wichtigsten Themen unserer Zeit, und es steht aus gutem Grund auf der Agenda der Regierung. Als Finanzministerin werde ich meinen Teil dazu beitragen, dass der Finanzsektor einen positiven Einfluss auf den Klimawandel hat. Als internationaler Finanzplatz haben wir die Verantwortung und die Möglichkeit, einen echten, positiven Einfluss auf die Welt zu haben. Unser Finanzplatz ist bereits einer der führenden grünen Finanzplätze der Welt.

Das Finanzministerium unterstützt viele verschiedene internationale Initiativen wie die Luxembourg-EIB Climate Finance Platform, die 70 Millionen Euro in Klimafonds und Klimaprojekte investiert, den International Climate Finance Accelerator (ICFA), der im Moment ungefähr 20 Klimafonds unterstützt, oder den Forestry & Climate Change Fund, ein innovativer luxemburgischer Fonds, der in Wälder in Zentralamerika investiert. Aber auch auf lokaler Ebene tut sich was, beispielsweise haben wir als erstes Land in Europa einen Rahmen für nachhaltige Staatsanleihen eingeführt und eine nachhaltige Staatsanleihe in Höhe von 1,5 Milliarden gegeben. Wir bieten auch Steuernachlässe für nachhaltige Luxemburger Fonds als Anreiz für den Finanzsektor, nachhaltiger zu investieren. Um den Finanzsektor bei der Umstellung auf Nachhaltigkeit zu unterstützen, hat Luxemburg u.a. die Luxembourg Sustainable Finance Initiative gegründet.

Darüber hinaus gibt es die Luxemburger Börse, ein internationaler Pionier auf diesem Gebiet, die im Mai 2021 ihre 1000. nachhaltige Anleihe notiert hat. Derzeit wird dort mehr als die Hälfte aller grünen Anleihen weltweit notiert. Diese Zahlen sprechen bereits für sich. Die Regierung greift für den Klimawandel tief in die Tasche: Laut CARE-Bericht finanzieren nur drei Länder weltweit – Schweden, Norwegen und Luxemburg – in mehr nachhaltige Finanzprojekte als die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die die UN-Ziele vorsehen. Luxemburg ist auch der größte Geldgeber pro Kopf des Green Climate Fund (GCF), also des größten Klimafonds der Welt.

Technologie für die Finanzwelt

FORSCHUNG Luxemburg erhält ein „Finnovation Hub“

Yves Greis

Die Universität verstärkt ihre Aktivitäten im Bereich der Finanz-Innovation. Davon soll auch Luxemburgs Finanzplatz profitieren. Das geht aus einer Pressemitteilung der Uni hervor.

Die Technologieschmiede der Universität Luxemburg, das SnT, hat am Donnerstag die Einrichtung einer Stelle für Innovation im Finanzwesen, eines sogenannten „Finnovation Hub“, bekanntgegeben. Dabei handelt es sich um eine vom Luxemburger Finanzministerium unterstützte Initiative, die Luxemburg dabei helfen soll, seinen Ruf als einer der weltweit führenden Finanzplätze auszubauen, wie aus der Pressemitteilung hervorgeht.

Das SnT forscht an Zukunftstechnologien wie der Künstlichen Intelligenz. Die Finanzwelt steht dabei mittlerweile immer öfter im Fokus der Forschenden. Mit den neuen Technologien versuchen sie die immer neuen Herausforderungen des Finanzsektors zu lösen und die Digitalisierung voranzutreiben.

Leiter mit Erfahrung

Leiter des „Finnovation Hub“ ist Jean Hilger. Hilger ist kein unbeschriebenes Blatt. Laut seinem offiziellen Steckbrief an der Uni arbeitete er von 2006 bis 2021 als Senior-Vizepräsident und Leiter der IT-Abteilung bei der Sparkasse (BCEE), wo er 1992 als Projektkoordinator angefangen hat. Darüber hinaus ist er Vorsitzender des Beirats des „ICT Spring Europe“-Kongresses, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Stiftung Follereau Luxembourg und war zuvor Honorarprofessor an der Universität Luxemburg. Daneben ist Hilger Vorsitzender des Ausschusses für digitale Strategie bei der Luxemburger Bankenvereinigung ABBL.

Laut Pressemitteilung hat Finanzministerin Yuriko Backes am Donnerstag in Anwesenheit des Ministers für Hochschulwesen und Forschung, Claude Meisch, eine Partnerschaftvereinbarung mit der Universität unterzeichnet, um die Schaffung des „Finnovation Hub“ am SnT zu unterstützen.

Hilger wird in dem Schreiben wie folgt zitiert: „Der ‚Finnovation Hub‘ wird den Finanzsektor bei der weiteren Umsetzung modernster Technologien unterstützen – mit dem Ziel, die Effizienz von Prozessen zu stei-

gern, Geschäftsmodelle zu reformieren und digitale Dienstleistungen voranzutreiben, um so die Finanzbranche von morgen zu gestalten.“

Das SnT arbeitet immer wieder mit Partnern zusammen, darunter viele aus dem Finanzsektor. Einige prominente Beispiele sind: BCEE, BGL BNP Paribas, CSSF, Clearstream, VNX, ABBL, aber auch der Versorger Creos. International arbeitet SnT mit Fintech-Unternehmen wie PayPal und Ripple zusammen.

Dass das SnT so stark mit Finanzunternehmen zusammenarbeiten würde, war nicht immer klar. In einem Interview mit dem *Tageblatt* von vor einem Jahr sagte der Leiter des SnT, Björn Ottersten: „Als wir 2009 angefangen haben, haben wir nur mit Technologieunternehmen zusammengearbeitet. Heute stellen wir fest, dass wir mit allen Sektoren zusammenarbeiten können.“ Diese Partnerschaften sind für Ottersten der Königsweg, um die Forschung in der „richtigen Welt“ zu erproben. Das SnT hat mit 65 lokalen und internationalen Unternehmen zusammengearbeitet, davon 20 aus dem Finanzsektor, so die Pressemitteilung.

So soll Luxemburgs Finanzplatz fit bleiben

Luxemburgs Finanzplatz will auch in Zukunft zu den ersten Adressen weltweit gehören. Ob Cyber-Kriminalität, künstliche Intelligenz oder Sprachverarbeitung: So soll das neue „Finnovation Hub“ an der Luxemburger Uni Banken und Finanzdienstleister ins digitale Zeitalter führen.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Wie abhängig ist der Finanzplatz Luxemburg von digitalen Dienstleistungen? Wie bleibt das Großherzogtum einer der weltweit führenden Standorte in der Zukunft? Wie gut können Maschinen lernen? Und wie zuverlässig ist künstliche Intelligenz? Immer mehr Branchenexperten, Wissenschaftler, aber auch Politiker in Luxemburg stellen sich die Frage, wie fit der Finanzplatz für die Zukunft aufgestellt ist. Deshalb hat das Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust (SnT) der Universität Luxemburg – unterstützt vom Luxemburger Finanzministerium – nun ein sogenanntes Finnovation Hub gegründet. Es soll dabei helfen, Luxemburgs Ruf als einen der weltweit führenden Finanzplätze auszubauen.

Leiter ist der Branchenexperte Dr. Jean Hilger. Der Luxemburger hat Hochschulabschlüsse in Informatik und Politikwissenschaften, in Theologie und Wirtschaftswissenschaften. Zuletzt war er IT-Chef bei der BCEE (Staats- und Sparkasse Luxemburg), wo er als Projektkoordinator begann. Er ist außerdem Präsident des Verwaltungsrats der Nichtregierungsorganisation Foundation Follereau, die soziale und wirtschaftliche Projekte in Afrika fördert. Zudem ist er Vorstandsvorsitzender von LUXHUB und Vorsitzender des Ausschusses für die

digitale Strategie der Luxemburger Bankenvereinigung (ABBL).

Finanzdienstleistungen stellen derzeit den größten Wirtschaftssektor Luxemburgs dar. Mit rund 52.000 Beschäftigten steuert diese Wirtschaftsbranche mehr als jeden vierten Euro (gut 27 Prozent) zur luxemburgischen Wirtschaftsleistung bei. Innerhalb Europas ist der Finanzplatz die Nummer zwei, weltweit unter den Top fünf.

Der Finnovation Hub soll nun dabei helfen, Schlüsselbereiche für die digitale Transformation der luxemburgischen Finanzinstitute herauszufinden und mit Wissenschaftlern des SnT an der Uni Luxemburg zusammenarbeiten, um bahnbrechende Technologien für die Bewältigung der neuen Herausforderungen zu entwickeln. Schon heute nutzt das SnT künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen, die Verarbeitung natürlicher Sprache, Datenanalyse und neue Formen der elektronischen Datenverarbeitung in Netzwerken (Distributed-Ledger-Technologie), um dem Wettbewerb im Finanzsektor standhalten zu können. Diese Technologien können aber auch bei Cybersicherheit, der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Betrugserkennung helfen.

„Neu entstehende Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz, Distributed-Ledger-Technologie und Quanten-Computing bieten dem Finanzsektor neue Möglichkeiten, stellen ihn jedoch auch vor neue Herausforderungen“, sagt Luxemburgs Finanzministerin Yuriko Backes. Die rasant fortschreitende Digitalisierung habe durch die Pandemie einen zusätzlichen Schub erhalten. Der Finnovation Hub und seine Forschung werde die Einführung innovativer Technologien im öffentlichen sowie im privaten Sektor erleichtern, ist sie sicher. Und Forschungsminister Claude Meisch ergänzt: „Die luxemburgische Regierung hat Forschung und Innovation zu den Eckpfeilern

ihrer Vision für die Zukunft des Landes gemacht. Der Finnovation Hub ist ein perfektes Beispiel dafür, wie Forschung einen ganzen Wirtschaftssektor unterstützen kann, um ein bereits effizientes System an sich schnell ändernde Bedingungen anzupassen.“ Und damit könne Luxemburg die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur sichern, sondern ausbauen, ist er überzeugt.

Professor Stéphane Pallage, Rektor der Universität, weiß: „Das Projekt befindet sich an der Schnittstelle der Digitalisierung und zukünftigen Entwicklung der Finanzindustrie. Beide Themen sind für Luxemburg von entscheidender Bedeutung und werden auch zukünftig zentrale Schwerpunkte der strategischen Prioritäten der Universität darstellen.“

Im Rahmen seines Partnerschaftsprogramms hat das SnT mit 65 lokalen und internationalen Unternehmen zusammengearbeitet, um neue Technologien mit konkretem Nutzen für ein breites Spektrum an Branchen zu schaffen. Von diesen Partnerschaften beziehen sich 20 auf Akteure des Finanzsektors, wobei sieben Forschungsgruppen an mehr als 25 FinTech-Projekten arbeiten. Mit Hilfe der Wissenschaftler des SnT wird der Finnovation Hub wichtige Belange der Branche ins Auge fassen und neue Technologie-Modelle für einen gegenseitigen Nutzen entwickeln.

„Der Finnovation Hub wird den Finanzsektor unterstützen – mit dem Ziel, die Effizienz von Prozessen zu steigern, Geschäftsmodelle zu reformieren und digitale Dienstleistungen voranzutreiben, um so die Finanzbranche von morgen zu gestalten“, sagt der Finnovation Hub-Leiter Jean Hilger. Der Hub positioniere sich an der Schnittstelle zwischen Branchenbedürfnissen und Forschungskapazitäten. Sein Ziel sei es, die Prioritäten der Branche zu ermitteln und zu strukturieren.

Handelsblatt - Finanzplatz Luxemburg profitiert vom Boom alternativer Investments

08.02.2022

Seit dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) hat sich der Finanzplatz Luxemburg vor allem um die Ansiedlung neuer Fondsgesellschaften bemüht. Damit hatte das Herzogtum auch 2021 Erfolg: Im vergangenen Jahr hat die luxemburgische Finanzaufsicht 77 neue Lizenzen für Finanzdienstleister vergeben.

Das Gros der Lizenzen ging an Alternative Investmentfondsmanager (AIFMs). Das geht aus einer Mitteilung von Luxembourg for Finance (LFF), der Agentur für die Entwicklung des Finanzplatzes Luxemburg, hervor, die dem Handelsblatt vorab vorlag.

Kleinere Alternative Fonds, deren verwaltetes Vermögen unter einem bestimmten Schwellenwert bleibt, erhielten 41 Lizenzen. Hinzu kamen elf Lizenzen für normale AIFMs. Daneben erhielten auch sechs Investmentfirmen und sieben Rückversicherungsunternehmen eine Zulassung der Aufsicht.

„Ein kleinerer Teil der zusätzlichen Ansiedlungen, insbesondere im Bereich der Manager alternativer Investmentfonds, geht möglicherweise noch direkt auf Verlagerungen zurück, die nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU erforderlich waren“, sagt LFF-Chef Nicolas Mackel.

„Aber insgesamt zeigt die Entwicklung vielmehr die Post-Brexit-Realität“, betont Mackel. Darunter versteht er, dass Unternehmen, die den EU-Binnenmarkt bedienen wollen, eben nicht mehr London als Standort wählen. „Sie lassen sich nun eher in Finanzzentren innerhalb der Union nieder, unter anderem bei uns in Luxemburg.“

Positive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt

Das verwaltete Vermögen in Luxemburger Investmentfonds stieg im Vergleich zum Vorjahr um 17,8 Prozent auf 5,85 Billionen Euro. Knapp die Hälfte dieses Wachstums kam durch den Zufluss neuer Investorengelder zustande. Darüber hinaus sorgte die positive Entwicklung an den Finanzmärkten für das Volumenwachstum.

Diese Entwicklungen haben sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt: Die Zahl der Arbeitsplätze in Finanz- und Versicherungsinstituten in Luxemburg lag zur Jahresmitte 2021 etwa um drei Prozent über ihrem Vorjahreswert.

Die Zahlen aus Luxemburg sind ein Beispiel für die unterschiedlichen Strategien, die die großen Finanzplätze der EU seit dem Brexit verfolgen: Luxemburg hat sich auf Fonds und Versicherungen konzentriert, Paris kristallisiert sich als wichtigstes Handelszentrum heraus, Frankfurt ist der Sitz von besonders vielen Europazentralen internationaler Banken geworden. Gerade erst bündelte JP Morgan drei EU-Töchter in Frankfurt.

Frankfurt sicherte sich vor Kurzem außerdem den Sitz des International Sustainability Standards Board. Die Organisation soll international anerkannte Standards dafür entwickeln, wie Unternehmen über Nachhaltigkeit berichten.

Ein Monopol auf nachhaltige Anlagen hat sich die deutsche Mainmetropole damit aber nicht gesichert: Bei nachhaltigen Fonds hat Luxemburg die Nase vorn: „Schon heute ist Luxemburg weltweit das größte Zentrum für ESG-Fonds und steht für 44 Prozent des zum Ende des ersten Halbjahrs 2021 insgesamt in europäischen ESG-Fonds (Artikel 8 und Artikel 9) verwalteten Vermögens“, heißt es in der Mitteilung.

S&P und DBRS

Ratingagenturen bestätigen „AAA“ für Luxemburg

WIRTSCHAFT

Zwei große Ratingagenturen haben Luxemburg am Freitag die Bestnote verliehen.

(TJ) - Das Rating gibt an, wie kreditwürdig ein Land auf Basis seiner Finanzlage auf den Märkten ist. Am Freitag haben S&P Global und DBRS Morningstar das Großherzogtum einmal mehr mit der Bestnote „AAA“ bewertet.

Die beiden Agenturen bestätigen Luxemburg im Rahmen der Pandemie eine weitaus größere Resilienz als anderen Ländern. Die Regierung habe der Wirtschaft unter die Arme gegriffen, ohne dabei die öffentlichen Finanzen zu gefährden. Dies sei aufgrund eines größeren Spielraums und der vorsichtigen Finanzpolitik während der Jahre vor dem Corona-Ausbruch möglich gewesen, so die Experten.

DBRS hebt zudem die politische Stabilität und den robusten institutionellen Rahmen in Luxemburg hervor. Das Land sei zudem gut aufgestellt, um auch äußere Risiken, wie etwa eine Änderung bei der Unternehmensbesteuerung wegzustecken. Auch die relativ niedrige öffentliche Verschuldung biete weiterhin Spielraum.

Finanzministerin Yuriko Backes sieht in der Bewertung eine Bestätigung für die Luxemburger Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das Land bleibe auch in einem ungewissen internationalen Umfeld attraktiv.

Geldvermögen steigen auf Rekordhoch

In den vergangenen Jahren haben Haushalte in Luxemburg sehr viel Geld auf die hohe Kante gelegt

Von Nadia Di Pillo

Viele Menschen in Luxemburg haben ihr Vermögen weiter gemehrt. In Summe sind die privaten Haushalte so reich wie nie, wie die Luxemburger Zentralbank berechnet hat.

In den letzten zehn Jahren hat sich das Finanzvermögen der privaten Haushalte in Luxemburg fast verdoppelt und erreichte Ende 2020 fast 110 Milliarden Euro. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums ist das durchschnittliche Bruttofinanzvermögen pro Haushalt von 122 733 Euro im Jahr 2010 auf 194 015 Euro im Jahr 2020 gestiegen, teilt die Zentralbank mit.

Die Haushalte in Luxemburg unterscheiden sich von den anderen Ländern des Euroraums durch das relativ hohe Gewicht von Bankeinlagen in ihrem Portfolio. Mit einem Bestand von 51,4 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2020 erreichte der Anteil von Bargeld und Einlagen am gesamten Bruttofinanzvermögen 46,7 Prozent – das entspricht einem Anstieg um sechs Prozentpunkte seit Ende 2010. Die Haushalte legten 19,4 Milliarden Euro ihrer Ersparnisse in übertragbaren Einlagen und 4,3 Milliarden Euro in nicht übertragbaren Einlagen (z.B. Termineinlagen und Rentensparkon-

ten) an.

„Diese Entwicklung, die trotz des Umfelds sinkender kurzfristiger Zinssätze stattfand, verdeutlicht die geringe Risikobereitschaft der Haushalte in Luxemburg, aber auch die Unsicherheit, die durch die Finanzkrise und zuletzt durch die Krise im Zusammenhang mit der Pandemie hervorgerufen wurde“, schreibt die Luxemburger Zentralbank in ihrer Analyse.

Die Finanzanlagen, die alle möglichen Investitionen umfassen, beliefen sich Ende 2020 auf 33,9 Milliarden Euro, was 30,8 Prozent des Finanzvermögens der Haushalte in Luxemburg entspricht. Die indirekt über Finanzintermediäre getätigten Anlagen stiegen deutlich an und erreichten Ende 2020 22,9 Prozent des gesamten Finanzvermögens. Dabei entfielen 13,6 Milliarden Euro bzw. 11,5 Milliarden Euro auf Wertpapiere, die über Investmentfonds und Lebensversicherungsgesellschaften gehalten wurden.

Nicht börsennotierte Aktien und andere Beteiligungen machten Ende 2020 18,8 Milliarden Euro bzw. 17,1 Prozent des gesamten Bruttovermögens der privaten Haushalte aus. Sie entfielen hauptsächlich auf Immobilien im Ausland und in geringerem Maße auf An-

teile am Kapital von Unternehmen, hauptsächlich Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs). Ansprüche aus Rentensystemen machten aus institutionellen Gründen nur einen begrenzten Teil des Finanzvermögens der Haushalte in Luxemburg aus.

Risikoaversion tief verwurzelt

Insgesamt zeigt die Analyse ein Investitionsprofil mit einem eher hohen Grad an Risikoaversion. Die Mehrheit der luxemburgischen Anleger lassen ihre Ersparnisse lieber auf Bankeinlagen. „Allerdings haben die außergewöhnlich niedrigen Zinssätze in den letzten Jahren zu einer Erhöhung des Anteils riskanter Vermögenswerte geführt“, stellt die Zentralbank fest. Diese Suche nach Rendite spiegelte sich insbesondere in einem Anstieg der Aktienanteile, der Nicht-Geldmarktfonds (hauptsächlich Aktienfonds) und Lebensversicherungsverträgen. Ende 2020 lag der Wertpapierbestand der Luxemburger Haushalte bei 13,3 Milliarden Euro (Anleihen), 14,7 Milliarden Euro (Aktien) und 5,9 Milliarden Euro (Anteilen an ausländischen Fonds).

Die privaten Haushalte trugen Ende 2020 mit 2,5 Milliarden Euro zur Finanzierung der nationalen Wirtschaft und mit 12,2 Milliarden

Euro zur Finanzierung der Wirtschaft der Eurozone bei. Die wichtigsten Zielländer der Investitionen waren die USA, Frankreich und Deutschland mit Wertpapierbeständen im Wert von 5,9 Milliarden Euro, 4,1 Milliarden Euro bzw. 2,6 Milliarden.

Wie die Luxemburger Zentralbank weiter berichtet, stieg der Aktienanteil der Luxemburger Anleger zwischen 2016 und 2020 von 35 auf 43,4 Prozent. „In dem derzeitigen Umfeld, das durch außergewöhnlich niedrige Zinssätze für Bankeinlagen gekennzeichnet ist, könnten die Haushalte mehr bereit sein, ihre Ersparnisse auf den Finanzmärkten anzulegen, sei es direkt oder indirekt über Fonds oder Lebensversicherungsgesellschaften“, schlussfolgert die Luxemburger Zentralbank in ihrem Bericht.

● Die Entwicklung
● verdeutlicht die
geringe
Risikobereitschaft
der Haushalte in
Luxemburg.

Luxemburger Zentralbank

Ein Gigant in Grevenmacher

Wie eine bankenunabhängige Investmentgesellschaft wächst und wächst: Universal-Investment

Interview: Marco Meng

Die Schweizer Fisch Asset Management gibt den Standort Luxemburg auf und reicht die hiesigen Fonds von fast fünf Milliarden Euro an Universal-Investment mit Sitz Grevenmacher weiter. Zuvor hatte der bankenunabhängige Investmentdienstleister auch die Verwaltung der elf Milliarden schweren Fonds des Konsumgüterkonzerns Unilever übernommen und verwaltet hier inzwischen über 113 Milliarden Euro. Universal Investment ist damit eine der am schnellsten wachsenden Investmentfirmen in Luxemburg. Insgesamt verwaltet die Unternehmensgruppe mit Hauptsitz in Frankfurt mehr als 750 Milliarden Euro.

Sofia Harrschar, was unterscheidet Universal-Investment von anderen?

Dass wir es als Fonds-Service-Plattform und Managementgesellschaft (ManCo) schaffen, für institutionelle Anleger und Fondsmanager als unsere Kunden optimierte Strukturen aufzubauen und ihnen auch die wachsenden Anforderungen in Sachen Regulierung abzunehmen. Wir sind eine offene Plattform. Das heißt, die Kunden können mit den Asset Managern, mit den Verwahrstellen und Geschäftsbeziehungen, die sie haben, zu uns kommen. Durch die „große Maschine“, die wir als Unternehmensgruppe im Hintergrund haben, können wir das sehr kosteneffektiv machen.

Fisch gab Fonds an Sie ab, wobei als ein Grund die vielen Regularien angegeben wurden. Die Vorschriften machen UIL nicht zu schaffen?

Für uns gelten dieselben regu-

latorischen Vorschriften. Wir haben aber genügend Größe und damit Substanz, die zu erfüllen. Das heißt unter anderem genügend Mitarbeiter in allen Abteilungen, sei es für KYC (Legitimationsprüfung von Neukunden, d. Red.) oder für die Prüfung der Investments. Auch kleineren Investmentfirmen müssen alle diese Funktionen abdecken.

Das heißt, Größe ist wichtig?

Nicht, weil etwas größer ist, ist es automatisch besser, sondern Qualität zählt sich aus. Eine Art Mindestgröße ist aber – auch den Aufsichtsbehörden – wichtig, damit sichergestellt ist, dass auch über schwierige Zeiten hinweg eine saubere und ordentliche Führung des Unternehmens möglich ist. Die erhöhten Anforderungen haben die Branche verändert und verändern sie weiter.

Wie viele Vermögensverwalter nutzen Ihre offene Plattform?

Wir haben über 600 Investmentstrukturen, vor allem Fonds, auf der Plattform in Luxemburg. Weltweit arbeiten wir mit über 450 Assetmanagern zusammen und sind im Prinzip auf allen Märkten aktiv – von Taiwan bis Chile.

Neben Wertpapieren gehören dabei auch alternative Anlagen zu unserem Portfolio. Innerhalb des Konzerns war dies das Segment, in welchem Luxemburg als erstes stark gewachsen ist. Eine Besonderheit des Fondstandorts Luxemburg ist der Fondsvertrieb, wo Luxemburg nicht nur europaweit, sondern weltweit eine hervor-

ragende Stellung hat, weil die Strukturen so anerkannt sind, dass diese tatsächlich global vertrieben werden können. Das kommt unseren internationalen Partnern zugute, weswegen zum Beispiel Fisch oder auch Berenberg daran interessiert sind, dass über unsere Plattform ihre Produkte vertrieben werden können.

Viel diskutiert werden ökologische und soziale Aspekte sowie Unternehmensführung (ESG)...

Im Moment ist tatsächlich das Thema Klima und ESG groß und hat insofern auch gerade im Vertrieb einen hohen Stellenwert. Gleichwohl merkt man, dass – noch bevor dieses Label aufkam – vor allem auf Investorensseite die Nachfrage ganz stark ist. Wir investieren zum Beispiel in Infrastrukturen wie Windkraftanlagen und Photovoltaik schon seit 2014. Das heißt, die Anleger haben eigentlich schon vor der Einführung der Regulierung mit ESG angefangen – und dies gehört zu dem Bereich, wo wir tatsächlich absolut das größte Wachstum sehen. Wir haben darum auch eigens ein ESG-Office im Haus gegründet, das auch Fonds wie Investments prüft. Wir haben auch schon Anfragen erhalten, wo wir den Eindruck hatten, dass der Versuch, „ESG“ draufzuschreiben, eher marketinggetrieben war. Dort greifen wir ein und lassen das auch nicht zu.

Wie sehen Sie die Zukunft von ESG?

Jetzt müssen wir schauen, dass wir auch die Themen rund um die Offenlegung und die Taxono-

mie, die Regulierung, was als nachhaltig gilt, gut gelöst bekommen, wobei uns die Regulierung zupass kommt und den positiven Druck erhöht, dass wir dann auch die entsprechenden Daten bekommen und diese überprüfen können.

Wo stehen Sie und die Branche in Luxemburg in fünf Jahren?

Wir haben in den letzten vier Jahren die Mitarbeiterzahl auf heute 105 verdoppelt und in den letzten zehn Jahren ungefähr verfünffacht. Bei den Assets ist es sogar noch stärker. Das ist ein massives Wachstum, getrieben einmal durch die vorhin angesprochene Konsolidierung, durch die Möglichkeit, von hier aus weltweit die Luxemburger Produkte zu vertreiben. Hinzu kommt der Trend zu den alternativen Investmentprodukten wie Private Equity und das stark gewachsene Interesse der Anleger in den letzten Jahren.

In der Zukunft, so denke ich, werden wir bei Vertrieb und Regulierung nur Detailanpassungen sehen, auch das Interesse an alternativen Investments oder qualitativen Wertpapierstrukturen bleibt, und die Frage der Altersvorsorge wird mit der Zeit auch nicht unwichtiger. Der limitierende Faktor in Luxemburg wird sein, ob wir es schaffen, hier genügend Mitarbeiter zu finden. Es gibt in der Finanzbranche, wenn ich die Zahlen richtig erinnere, an die 2 400 offene Stellen, und auch wir stellen weiter ein.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

A 3 nach Luxemburg-Stadt wird ausgebaut

In den kommenden fünf Jahren steht eine Riesen-Baustelle im Süden von Luxemburg an. In mehreren Bauabschnitten wird die A 3 erweitert - aus zwei Spuren werden in beiden Richtungen drei.

VON SOPHIA SCHÜLKE

LUXEMBURG-STADT Pendler, die nachmittags aus Luxemburg-Stadt auf der A 3 in Richtung Frankreich fahren, wissen, was kommen wird: Stau. Dasselbe wie morgens, nur in umgekehrter Richtung. Und wer zur Anschlussstelle auf die Autobahn Richtung Saarland will, muss ebenfalls durch dieses Nadelöhr. Die A 3 ist zu Spitzenzeiten mit 90 000 Autos und Lkw pro Tag die am stärksten befahrene Straße im Großherzogtum.

Um dem alltäglichen, kollektiven Pendler-Ärgernis – Urlaubszeit im Sommer, Corona-Ausgangssperre, Wochenenden und hohe Feiertage einmal ausgenommen – zu begegnen, hat die Luxemburger Regierung das Vorhaben gefasst, die A 3 zwischen Düdelingen und Luxemburg-Stadt von zwei auf drei Spuren zu erweitern. Das Großprojekt wurde immer wieder verschoben, aber seit Mitte Januar zeigen Baumrodungen zwischen Gaspericher Kreuz und „Aire de Berchem“, dass es bald losgehen wird. In der Gegenrichtung wird seit Ende Januar gerodet, die Baumfällungen dauern etwa vier Wochen. Voraussichtliches Ende des Großprojektes ist wiederum derzeit das Jahr 2027.

Der Ausbau wird in fünf Bauphasen umgesetzt. Los geht es mit den Abschnitten zwischen Berchem und Gaspericher Kreuz sowie Bettemburger Kreuz und französischer Grenze. Im Anschluss folgen der Knotenpunkt Livingen und der Ausbau des Bettemburger Kreuzes. Zuletzt kommt der Abschnitt zwischen Livingen und Bettemburger Kreuz an die Reihe. Während der fünfjährigen Arbeiten bleiben in jeder Fahrtrichtung dennoch zwei Fahrspuren offen, indem der Standstreifen genutzt wird. Dann sind allerdings nur noch 70 Kilometer pro Stunde erlaubt.

Die eigentlichen Arbeiten für den ersten Bauabschnitt beginnen im Frühjahr. Die Erweiterung verfolgt mehrere Ziele. Zum einen soll der Zugang zur multimodalen Plattform Bettemburg-Düdelingen für Lkw verbessert werden. Die zusätzliche dritte Fahrspur ist allerdings nicht allein für den klassischen Individualverkehr im Auto gedacht, sondern wird über Signaltafeln in Spitzenzeiten für Busse und Fahrgemeinschaften reserviert (eine ähnliche Regelung gibt es beispielsweise auch auf der Autobahn, die durch Straßburg führt). In einem Kapazitätsvergleich, bei dem das Ministerium davon ausgeht, dass der mittlere Besetzungsgrad eines Autos 1,3 Personen beträgt, könnten vier Gelenkbusse oder drei Doppelgelenkbusse 340 Autos ersetzen. Theoretisch, wenn für Nutzer Faktoren wie Anbindung und Fahrtzeiten passen.

Es gehe darum, nicht Fahrzeuge zu bewegen, sondern Menschen. „Wenn wir eine dritte Spur hinzufügen für weitere Autos, erreichen wir damit nur, dass der Stau sich verbreitert. Was wir brauchen, ist ein multimodaler Korridor, in dem auch das Fahrrad über einen separaten Fahrradweg seinen Platz findet“, teilt Dany Frank, Sprecherin des Luxemburger Verkehrsministeriums, mit. Tatsächlich ist auch ein Fahrradexpressweg (PC 103) zwischen Bettemburg und Cloche d'Or und ein weiterer Radweg zwischen Liwigen und Bettemburg geplant. Der Radweg soll westlich der Autobahn verlaufen.

Ob man im Ministerium auch mit Verkehrsbehinderungen wie Rückstau auf der A 13 rechnet? „Das hängt vom jeweiligen Verkehrsaufkommen und auch vom Standort der Arbeiten zu gegebenem Zeitpunkt ab. Generell kann man nicht davon ausgehen – nicht mehr, als dies jetzt schon manchmal der Fall ist“, teilt Frank mit. Beim Vorstellen des Projekts erklärte Verkehrsminister François Bausch (déi Gréng), dass einige Komplettsperren unausweichlich sein werden. Diese sollen aber kurz sein und an Wochenenden oder während der Ferien stattfinden. Allerdings rechnet die Straßenbauverwaltung während des Großprojekts mit starken Verkehrsstörungen.

„Die Priorisierungs-Busspur auf

der A 3 ist eine großartige Sache. Der Ausbau kann enorme Auswirkungen auf die Zeitersparnis mit dem Bus haben“, sagt Cyrille Horper, Unternehmenssprecher von Voyages Emile Weber. Das Unternehmen betreibt im Auftrag der Luxemburger Eisenbahngesellschaft CFL unter anderem den Überlandbus Saarbrücken-Express, der die Bahnhöfe Saarbrücken und Luxemburg-Stadt direkt verbindet. Alle RGTR-Linien nach Süden würden ganz klar von dem Ausbau und der Priorisierungsbusspur profitieren. Aber auch saarländische Bus-Pendler? „Die Erweiterung wird erst 2027 abgeschlossen, deshalb ist es noch zu früh zu sagen, ob der Saarbrücken-Express dann immer über die A 3 fährt“, sagt Horper. Es gebe für diese Verbindung keine feste Route, vielmehr verlasse man sich auf das Gespür der Busfahrer und passe sich der Verkehrssituation an. „Im Berufsverkehr fährt der Bus meist ab Frisingen über die N 3, am Wochenende aber meist über die Autobahn, wo unter der Woche eben spätestens am Bettemburger Kreuz Stau ist“, erläutert Horper. Am Ende gehe es im Interesse der Kunden um die schnellstmögliche Verbindung. Also: „Wenn die neue Busspur auf der A 3 Vorteile bringt, testen wir das und vergleichen den Zeitgewinn“, sagt Horper.

Die Kosten der Erweiterung der Luxemburger A 3 beziffern sich insgesamt auf 356 Millionen Euro, finanziert wird der Ausbau über den „Fonds des routes pluriannuel“, dem mehrjährigen Straßenbaufonds, also aus dem Steuertopf. Für das Geld entstehen auch zwei Wildbrücken, eine zwischen dem Verteiler Düdelingen-Zentrum und französischer Grenze, die andere in Höhe des Waldgebiets Fennerholz. Apropos Frankreich. Da sich die Staus auf der Autobahn teilweise beachtlich bis jenseits der Landesgrenze nach Lothringen weiterziehen, ist in Frankreich angedacht, ebenfalls zu erweitern.

Auf französischer Seite und vor allem im Lothringer Becken wird aber seit Jahrzehnten darüber gestritten, wie und wo die A 31, die von Lothringen über Metz und Thionville nach Luxemburg führt und an die dortige A 3 anknüpft, angesichts des hohen Verkehrsaufkommens zwischen Thionville und Landesgrenze

zu Luxemburg ebenfalls erweitert werden könnte. Im Gespräch ist derzeit die Variante „A 31bis“ mit unter anderem einer Westumfahrung von Thionville, einer Mautstelle und einem Tunnel in Florange.

356 Mio.

Euro soll der Ausbau der A 3 in Luxemburg kosten.

Quelle: Verkehrsministerium



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Studiengang „Interdisciplinary Space Master“

In 90 Minuten um die Erde

An der Universität Luxemburg auf dem Campus Kirchberg tüfteln Studierende des „Interdisciplinary Space Master“ an hochinnovativen Technologien für den Weltraum. Redakteur Jeff Karier verbrachte einen Tag in den Hörsälen und Laboren der Hochschule.

Text: Jeff Karier

Praxisnahes Lernen

Damit ich mir ein besseres Bild vom Studiengang „Interdisciplinary Space Master“ (ISM) an der Universität Luxemburg machen kann, habe ich mich für einen Tag an den Campus Kirchberg begeben und sitze nun als Gasthörer in einer Vorlesung. Wirklich viel begreife ich zunächst nicht. Sehr spezifisch, zu komplex ist vieles, was erklärt und besprochen wird. Bei Begriffen wie „Topics“, „Publishers“ und „Subscribers“ denke ich spontan jedenfalls nicht an das Programmieren von Robotern.

Für Kevin Biewesch, der links neben mir sitzt und aufmerksam zuhört, scheint das alles jedoch Sinn zu ergeben. Der 22-Jährige, der zuvor einen Bachelor in Computerwissenschaften an der Universität Luxemburg gemacht hat, stieß zufällig auf den ISM, wie er erzählt. „Das Thema Weltraum hat mich etwas träumen lassen“, meint er. Dass der Studiengang interdisziplinär ist und somit viele verschiedene Bereiche abdeckt, hat ihn dabei besonders interessiert. „Dazu gehört auch Projektmanagement oder auch die Rechtslage im Weltraum. Das sorgt für Abwechslung und ich wollte einfach Neues sehen.“

Seit September 2019 können Studierende an der Universität Luxemburg den Studiengang „Interdisciplinary Space Master“ absolvieren. Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre, also vier Semester. „Den Studenten werden hier zum einen fachliche und technische, aber auch wirtschaftliche Kompetenzen vermittelt“, erklärt Doktor Jan Thoemel, der in Luxemburg forscht und lehrt. Er nimmt mich nach der ersten Vorlesung mit auf einen Rundgang durch die Räumlichkeiten der Universität und erklärt mir währenddessen, was es mit dem ISM auf sich hat.

„Mit diesen zwei Schwerpunkten hebt sich das Programm an unserer Universität von dem anderer Hochschulen ab“, so Thoemel. Der ISM sei an die Bedürfnisse von Start-ups angepasst, bei denen Mitarbeiter oft mehrere Aufgaben erfüllen müssten und in der eine andere Unternehmensstruktur herrsche als etwa in großen Firmen oder auch Raumfahrtagenturen. „Der ISM ist in etwa vergleichbar mit Studiengängen wie dem Wirtschaftsingenieur, wo die Tiefe beim Ingenieurwesen etwas reduziert wird, dafür wirtschaftliche Themen mit hineingenommen werden.“ Mit dem neuen Studiengang sollen vor allem junge Menschen aus Luxemburg und der Großregion zu Fachkräften für die Raumfahrtindustrie ausgebildet werden, die sich in den letzten Jahren im Großherzogtum angesiedelt hat.

Waren anfänglich Weltraumressourcen – also Rohstoffe, die nach Vorstellung des damaligen Wirtschaftsministers Etienne Schneider auf Asteroiden abgebaut würden – das Aushängeschild des Luxemburger Vorstoßes, sind die Aktivitäten der Unternehmen, die es seither ins Großherzogtum gezogen hat, viel breiter aufgestellt. Sie reichen von Satellitentechnik über Robotik bis hin zu Medizin. Dass die Regierung sich entschieden hat, nur jene Raumfahrtthemen zu besetzen, die auch in Zukunft Geld abwerfen werden, hält der Dozent für sehr klug. „Das ist natürlich Risikokapital, und nur wenige Start-ups werden mittelfristig Profite machen. Entsprechend sind die Ziele auch realistischer. Etwa Rohstoffe auf dem Mond anstatt auf Asteroiden abzubauen. Das ist zwar nach wie vor ambitioniert, aber einfacher und in kürzerer Zeit umsetzbar.“ Immerhin braucht man zum Mond etwa zwei Tage. Zu einem Asteroiden in der Regel mehrere Wochen und Monate.

Unser Rundgang führt uns zunächst in die Labore der Raumfahrtabteilung. „Diese sind recht neu und wurden während der Pandemie eingerichtet.“ Es seien durchaus Spitzenlabore, aber: „Wir haben uns noch etwas gebremst mit den Investitionen, da das Gebäude alt ist und in einigen Jahren ein neues entstehen wird. Das wäre sonst etwas verschwenderisch.“

Den Anfang macht das Cubesat-Labor, das Jan Thoemel bestens kennt. Immerhin gehören die als Cubesats bezeichneten, kostengünstigen Kleinstsatelliten zu seinem Forschungsgebiet. „Mit diesen lassen sich in der Praxis verschiedene Daten erfassen, oft im Bereich der Erdbeobachtung wie zum Beispiel die Windgeschwindigkeit auf den Meeren.“

An einer der Stationen im Labor befindet sich ein Cubesat-Prototyp, den die Universität gekauft hat. „Dieser ist ‚near flight ready‘, also so gut wie abflugbereit. Würden wir die noch fehlenden Solarpaneele anbringen und ihn in den Weltraum bringen, würde dieser voraussichtlich funktionieren.“ An diesem können die Studenten praxisnah den Aufbau eines solchen Gerätes erleben und verschiedene Tests durchführen.

Die Cubesats eignen sich hervorragend für die Lehre und wurden zunächst auch für diesen Zweck an der Stanford University und der California Polytechnic State University in den USA entwickelt. Sie verfügen über alle relevanten Bestandteile und Systeme, die man auch bei großen Satelliten findet. Nur eben etwas kleiner und reduzierter.

Die Arbeit mit den Cubesats besteht unter anderem darin, erfasste Daten herunterzuladen und zu verarbeiten. „Es macht einen Unterschied, ob man mit Daten arbeitet, die von einem Programm künstlich erzeugt wurden, oder ob es sich um echte Satellitendaten handelt. Man ist dann zwar etwas eingeschränkt, aber realitätsnäher. Das ist mir als Forscher sehr wichtig“, betont Thoemel. Mit den Studierenden wird aber auch die Technik erprobt. Etwa die Energieversorgung über die Solarpaneele mit einer Lampe, die die Sonnenenergie imitiert. Zum Beispiel mit Blick auf die Ausrichtung des Cubesats zu der Lichtquelle.

Cubesats werden in einem erdnahen Orbit zwischen 400 und 600 Kilometern eingesetzt. „Für eine Erdumrundung benötigen diese etwa 90 Minuten“, erläutert Thoemel, während er an einem großen Bildschirm ein Modell der Erde samt Orbit zeigt. „Zum Vergleich, der Orbit von Fernsehsatelliten ist in etwa hier“, sagt der Dozent und schreitet etwa vier Meter nach rechts und zeigt auf einen Punkt an der Wand. Das sind rund 36 000

Kilometer – fast dreimal der Durchmesser der Erde. Solche Satelliten benötigen 24 Stunden für eine Umrundung. „Im geostationären Orbit sind sie Fixpunkte am Himmel, nach denen man etwa seine Satellitenschüssel für den Fernsehempfang ausrichten kann.“

Signale aus dem Orbit

Wir verlassen das Cubesat-Labor und nehmen die Treppe in den ersten Stock, wo sich ein Labor samt Klassenraum für Satellitenkommunikation befindet. An mehreren Rechnern verteilt sitzen rund 15 Studenten und arbeiten konzentriert. „Hier designen und testen die Studenten die verschiedenen Funktionsblöcke von Satellitensendern und -empfängern“, erklärt Doktor Jorge Querol Borrás, der die Vorlesung hält.

Mit Blick auf Unternehmen wie SES ist dies ein sehr wichtiger Forschungszweig der Universität, ist das luxemburgische Unternehmen doch einer der führenden kommerziellen Satellitenbetreiber. „SES hat einen hohen Bedarf an der neuesten Technologie und entsprechender Forschung“, meint Thoemel.

Am anderen Ende des Raumes befindet sich eine Reihe an Geräten, spezielle Hardware, wie zum Beispiel ein Spektrumanalysator, ein Messgerät zur Erfassung und Darstellung von Signalen wie denen von Satelliten. Hier können die Studierenden Daten an reale Satelliten senden sowie von diesen empfangen. „Dabei kann es vorkommen, dass die Studenten mit Interferenzen zu kämpfen haben und diese ausgleichen müssen. So haben sie eine realitätsnahe Erfahrung und lernen die verschiedenen Aspekte der Satellitenkommunikation kennen“, führt Thoemel aus.

Schwerelos und Schattenwurf

An einem der Computer in der ersten Reihe sitzt Aelyn Chong. Die junge Mexikanerin und Mechatronik-Ingenieurin hat ihren Weg nach Luxemburg über Straßburg gefunden, wo sie an der International Space University studierte. Aelyn ist seit September 2021 an der Universität Luxemburg, interessiert sich besonders für Robotik und möchte auch nach dem Master in diesem Fachbereich promovieren.

„Aktuell arbeite ich neben dem Studium als Forschungsassistentin im Labor von Professor Miguel Angel Olivares Mendez“, erklärt sie sichtlich stolz. Hier kümmert sie sich um die „Computer Vision“, computerbasiertes Sehen der 360-Grad-Ka-

mera des Mondrovers, einem fahrbaren Roboter. Dieser befindet sich im LunaLab im Keller des Gebäudes.

Auf dem Weg dorthin kommen wir zunächst noch am Zero-G Lab vorbei. Dieses verfügt über eine separate Kammer, in der in einem gewissen Sinn die Schwerelosigkeit von Objekten simuliert wird. Hierbei kommen Roboterarme zum Einsatz, die Objekte durch den Raum bewegen, so, als ob sie sich schwerelos durchs All bewegen würden. „Wir können zum Beispiel simulieren, wie sich eine Raumstation einem anderen Satelliten annähert. Dies wird auf Sicht, also über Kameras, durchgeführt. Daher ist die Kammer auch komplett schwarz, um visuell möglichst realistische Bedingungen zu erzeugen“, erklärt Jan Thoemel die Funktionsweise des Labors. Die Roboterarme simulieren dabei zum einen die Rotation des Objekts, zum anderen werden sie zum Greifen der Objekte genutzt. So kann etwa das Einsammeln eines nicht länger funktionsfähigen Satelliten nachgestellt werden. „Solche Simulationen kann man etwa auch mit Asteroiden durchführen.“

Hinter der nächsten Tür verbirgt sich dann das LunaLab. Beim Betreten blendet uns ein grelles Licht – eine Lampe, die eine tief stehende Sonne darstellt und die Mondlandschaft, die sich vor uns befindet, anstrahlt. Inmitten von einigen größeren und kleineren Felsen befindet sich der Rover, den Aelyn zuvor liebevoll als „ihr Baby“ bezeichnet hatte. Solche fahrbaren Roboter sind für die Erforschung des Erdtrabanten wichtig, etwa um dessen geologische Beschaffenheit zu erfassen.

Im LunaLab wird etwa an dem autonomen Fahren gearbeitet. Ob also die künstliche Intelligenz beziehungsweise der Algorithmus die bestmögliche Route über das Mondsediment findet. Damit dies gelingt, verarbeitet und analysiert das Team, zu dem Aelyn gehört, die von Kameras aufgenommenen Bilder.

Mit den so gewonnenen Daten wird der Algorithmus des Rovers gefüttert. „Der Rover muss imstande sein, Felsen sowie auch Krater zu erkennen und zu umfahren“, erklärte mir Aelyn zuvor in unserem Gespräch zwischen zwei Vorlesungen. Jan Thoemel, mit dem ich nun neben dem etwa kniehohen Roboter stehe, die Füße versunken in feinem Kies und Sand, erläuterte, warum das so entscheidend ist: „Nicht nur sind die Felsen ein Hindernis. Bei niedrigstehender Sonne, etwa an den Polen, die aufgrund ihrer Wasservorkommen interessant sind, können diese auch lange Schatten werfen, was angesichts der Solarpaneele und begrenzter Batteriereserven der Rover zu einem Problem werden kann.“ Gerät der Rover in einen Krater,

kann er im schlimmsten Fall umkippen und die Mission ist beendet. „Schließlich gibt es leider noch keinen Pannendienst für den Mond“, meint der Dozent scherzhaft.

Als ich mich für die nächste Vorlesung wieder zu den Studenten geselle, frage ich Kevin nach seinem Eindruck vom neuen Studiengang. Nach den ersten Monaten zieht dieser ein größtenteils positives Zwischenfazit. „Die Breite an Themen ist so, wie ich es mir erhofft habe. Es ergeben sich neue Blickwinkel und Perspektiven.“ Aelyn sieht das ähnlich. „Der Studiengang ist sehr technisch, man lernt vieles, auch abseits der eigenen Fach- oder Interessengebiete. Das ist gut. Dennoch würde ich mich gerne noch intensiver mit Weltraumrobotik beschäftigen“, gesteht die junge Frau lächelnd.

Als Vorteil erachten beide außerdem die vielen Möglichkeiten, die ihnen der Studiengang und die Universität bieten, um Kontakte zu Raumfahrtunternehmen zu knüpfen. So konnten die Studierenden unter anderem beim Partnership Day, den die Universität regelmäßig veranstaltet, Einblicke in entsprechende Firmen erhalten und auch an der NewSpace Europe-Konferenz in Esch/Belval am 24. November 2021 teilnehmen, um so ihr Netzwerk auszubauen. Nur sei die Gewichtung beziehungsweise der Umfang der Arbeit neben den Vorlesungen, wie Projekte und Hausarbeiten, laut Kevin nicht ganz ausgeglichen. „Das liegt aber wahrscheinlich daran, dass der Studiengang noch recht neu ist. Hier müsste aber noch nachgebessert werden“, betont er.

Nötige Anpassungen

Dass der Studiengang, der erst am Anfang steht, noch nicht ganz ausgereift ist, dessen ist sich Doktor Thoemel auch bewusst – für ihn jedoch im Hinblick auf die optimale Vorbereitung auf den hiesigen Arbeitsmarkt. „Es werden zum Teil sehr spezifische Profile gesucht. Das kann man mit einem breit angelegten Studiengang wie dem ISM nur bedingt bedienen.“ Außerdem entwickelt sich die Industrie ständig weiter, weshalb auch der Studiengang dies tun müsse.

Eine Aufspaltung in Schwerpunkte in späteren Semestern, wie man es aus anderen Studiengängen kennt, würde laut Thoemel erst dann sinnvoll sein, wenn mehr Studierende den ISM besuchten. Bislang ist der Studiengang pro Semester auf 20 Studierende limitiert. Angesichts des Wachstums der Raumfahrtbranche im Großherzogtum und dem damit verbundenen Bedarf an Fachkräften sei das Potenzial jedoch klar vorhanden.

Als letzte Vorlesung des Tages steht das Thema „Space Ressources“ auf dem Programm. Diese findet jedoch online statt, denn Professor Angel Abbud Madrid weilt aktuell nicht in Luxemburg, sondern in den USA. Dass einige der Vorlesungen eben per Videokonferenz stattfinden, daran haben sich die Studierenden in nunmehr knapp zwei Jahren Pandemie fast schon gewöhnt. Für mich aber ist diese

Vorlesung etwas überraschend die interessanteste. So wird das Thema mit Blick auf Neuigkeiten aus der Raumfahrtforschung für mich nahbarer und verständlicher als die Berechnungen und Programmierzeilen in den vorangegangenen Vorlesungen.

Und so gelingt es dem Professor, dass ich als Laie, etwas müde nach einem langen Tag an der Universität, gebannt seinen Ausführungen lausche und das

mit Freude noch länger tun würde. Aber da ist es auch schon fast 18 Uhr und der Professor verabschiedet sich. Als ich den Campus Kirchberg verlasse und zu meinem Auto gehe, erblicke ich am Himmel trotz Straßenbeleuchtung einige Sterne, die mir nach dem heutigen Tag noch faszinierender erscheinen als zuvor.

Der Geschmack der roten Erde

Street-Art auf Kühltürmen,
Medienkunst in der Möllerei,
Escape-Room in der Erzmine:
Die Schauplätze der Europäischen
Kulturhauptstadt Esch/Alzette,
einst Luxemburgs Eisenerzmetropole,
erinnern an das Stahlerbe
der grenzüberschreitenden Region.

Von Rob Kieffer

Wie Raketenabschussrampen ragen die Hochöfen A und B neunzig Meter in den Himmel, eingezwängt in ein Korsett von Fördergerüsten und Rohrleitungen, flankiert von turmhohen Winderhitzern und Staubfängern. Das Feuer in den beiden Stahlnungetümen auf dem Hüttengelände Belval westlich des einstigen luxemburgischen Industriezentrums Esch/Alzette wurde Ende der Neunzigerjahre gelöscht, als Luxemburgs Eisenindustrie auf Elektroöfen umschwenkte. „Es war ein trauriger Abschied“, sagt Roby Gales und tätschelt die Schweißnähte eines Trägerpfeilers. Der dreiundachtzigjährige Rentner hat als Elektroingenieur fünfunddreißig Jahre lang auf der Schmelz von Belval gearbeitet. Er war einer der Fachkräfte, die Tag und Nacht, sonntags und feiertags den Pulsschlag der erzschluckenden, bis auf zweitausend Grad erhitzten Giganten überwachten. Dabei kannte er „die Monster“, wie er sie ehrfürchtig nennt, von klein auf. Als Kind trug er dem Vater, der als Stahlkocher malochte, in dessen Pausen das Essen ans Werkstor und war vom infernalischen Lärm der Hochöfen beeindruckt. „Es waren Goldgräberzeiten“, erinnert sich Gales, „in den Fünfzigerjahren arbeitete jeder dritte Luxemburger Erwerbstätige in den Erzminen oder den Stahlwerken.“

Heute ist Gales stolz darauf, dass der von ihm gegründete Verein „Amicale vanden Héichwien“ das Zwillingsspaar A und B vor dem Verschrotten bewahren und dazu beitragen konnte, dass Luxemburgs einzige verbliebene Hochöfen als

Industriedenkmäler unter Schutz gestellt wurden. Für den Hochofen C war es schon zu spät gewesen. Der war von einem Heer chinesischer Arbeiter Schraube für Schraube, Bolzen für Bolzen demontiert und in der Provinz Yunnan wieder aufgebaut worden. Gales und seine Vereinsgefährten sind froh, dass ein solches Schicksal den Hochöfen A und B erspart blieb und diese nun die ikonenhaften Landmarken von Esch2022 sind. Dieses Jahr trägt die nach dem Fluss Alzette benannte Stadt in Luxemburgs Süden gemeinsam mit Novi Sad in Serbien und Kaunas in Litauen den Titel einer Europäischen Kulturhauptstadt. Allen drei gemeinsam ist, dass sie die zweitgrößten Städte ihres Landes sind, bisher im Schatten ihrer Hauptstädte standen und nun Weltoffenheit und kreative Vielfalt beweisen wollen.

Von Anfang April bis Ende Oktober wird man den Hochofen A besteigen können, sofern man trittsicher und schwindelfrei ist. Vierzig Meter hoch geht es bis zu einer Plattform, von der aus man einen atemraubenden Blick über das Dreiländereck von Luxemburg, Frankreich und Belgien hat. Zwischen Überlandleitungen und Industrieanlagen sieht man Kuhweiden und bewaldete Koppen, und überall dort, wo Gestein ans Tageslicht tritt, schimmert es rötlich und rostbraun. Das Land der Roten Erde wird auch Minett genannt, abgeleitet vom französischen Wort „minette“, was „kleiner Erzgang“ bedeutet und sich auf den geringen Eisengehalt des luxemburgischen und lothringischen Erzes bezieht.

Esch hat die Arme weit ausgebreitet und nicht nur zehn weitere Gemeinden in Luxemburgs Süden in sein Kulturprogramm aufgenommen, sondern auch acht französische Grenzzorte mit gemeinsamer Industriegeschichte. Die Brache Belval ist das Epizentrum von Esch2022 und das hoffnungsvolle Symbol für das moderne Zechenrevier, das sich langsam von der Agonie der Stahlkrise erholt. Auf dem Areal, auf dem als letzte verbliebene Industrieaktivität Spundwände gewalzt werden, geht es zu wie auf einem Wimmelbild. Auf dem futuristischen, einer fetten Raupe ähnlichen Bahnhof rauschen die Züge aus der nur dreißig Bahnminuten entfernten Hauptstadt Luxemburg heran. Studenten in Kapuzenpullis eilen mit Coffeeto-go-Bechern zu den Hörsälen der Universität. Angestellte mit Laptop-Taschen steuern kühne Architekturbauten zwischen Glasfronten, Designerstraßenbeleuchtung und Sichtbeton an, in denen sich Start-ups und Stätten von Wissenschaft, Forschung und Innovation niedergelassen haben. Die Rockhal ist für ihre großen Gigs bekannt. Hier gastierten schon Prince und Stevie Wonder, und als einer der Höhepunkte des Kulturjahres erwartet man im Juni die Black Eyed Peas.

Esch-Belval kommt nie zur Ruhe. Die Metamorphose vom einst boomenden, dann krisengebeutelten und geschundenen Stahlstandort zu einem Experimentierfeld für neues Wohnen und Arbeiten ist in vollem Gange. Allerorten sind Bagger und schwere Laster in ständiger Bewegung, um neue Apartments, Büros, Restaurants und Freizeiteinrichtungen aus dem Boden zu stampfen. Und mittendrin, in einem Turm aus Containern in Bojenrot, hat man das Hauptquartier der Kulturhauptstadt eingerichtet. Dort zieht Françoise Poos, künstlerische Leiterin von Esch2022, nun die Fäden. Sie wurde im Minett geboren und hat dort zu einer Zeit ihre Kindheit und Jugend verbracht, als nicht nur die Erde rot war, sondern auch die politische, soziale und kulturelle Gesinnung. Die Arbeiterhochburg Esch, etliche Jahre von einem kommunistischen Bürgermeister regiert, war das proletarische Gegenstück zur bürgerlichen Hauptstadt.

Schauspieler, Musiker, Maler besetzten die gruseligen Ställe des alten Escher Schlachthofes, um die Kufa, die heute noch rege alternative Kulturfabrik, ins Leben zu rufen. Der in Düdelingen geborene Andy Bausch, Luxemburgs bekanntester Regisseur, drehte in den Stahlfabriken und Arbeiterstammkneipen Kinofilme als Hommage an seine Heimatregion. „Le Club des Chômeurs“, eine Komödie mit arbeitslos gewordenen Stahlgießern, wurde zu einer der erfolgreichsten Produktionen der Luxemburger Filmgeschichte.

Der Charakter der „Minettsdäpp“, wie sich die Bewohner von Luxemburgs Süden gern selbst bezeichnen, ist kumpelhaft, eigenwillig und aufmüpfig. Das Du kommt ihnen schnell über die Lippen, ihr Umgang ohne Etepetete wird gerne mit den Worten „von der Long op Zong“, von der Lunge auf die Zunge, umschrieben. „Hätten wir ein elitäres Programm zusammengestellt, wären wir verprügelt worden“, lacht Françoise Poos, „deswegen haben wir die Bevölkerung so weit wie möglich mit ins Boot genommen.“

Neben einigen Großevents hat man viele kleine Veranstaltungen ins Programm integriert, die von Dorfvereinen, Einwohnerkomitees, Künstlerkollektiven oder Nichtregierungsorganisationen bestritten werden. Das übergreifende Motto „Remix Culture“ ist so etwas wie eine große Wundertüte, von der man kurz vor der offiziellen Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres am 26. Februar nicht genau weiß, welche Überraschungen sie beinhaltet.

Sicher ist, dass jeden Monat eine andere der teilnehmenden Gemeinden ins Rampenlicht gerückt wird. So baut Bettemburg den schlafenden Riesen seines Märchenparks in das Kinderprogramm seines Literaturfestivals ein. Differdingen hat ganze Kühltürme vom umtriebigen Street-Art-Künstler Alain Welter besprühen lassen. In der Brauerstadt Niederkerschen werden neben den Nationalbieren Bofferding und Battin nachhaltiges Essen und Regionalprodukte im Fokus stehen. In Tetingen widmet man in der alten Schuhfabrik dem Luxemburger Industriemaler Emile Kirsch eine Kunstgalerie. In einem ehemaligen Hüttenwerk der Stadt Schifflingen wird die Künstlerin Trixi Weis die „Kamelleschmelz“ einrichten, ein Mini-Stahlwerk, in der Kandiszucker zu Bonbons geschmolzen wird. Im französischen Audun-le-Tiche wird das Kulturzentrum l'Arche ein neuer Ort für digitale Künste und Live-Performances sein, und in Villerupt lockt, wie seit fünfundvierzig Jahren, das größte italienische Filmfestival Frankreichs die Cinephilen an.

Eine der ersten großen Ausstellungen findet in der Massenoire von Belval statt.

Der einschüchternde Bau hat seinen Namen von der dunklen Teer- und Asphaltmischung, der „masse noire“, die hier gelagert wurde, um die Gussabstiche in den Hochöfen zu stopfen. Betritt man nun die ins Halbdunkel getauchte Halle, begibt man sich auf die multimediale Zeitreise „Remixing Industrial Pasts“. Fotos, Filme, Tondokumente und Exponate dokumentieren, wie das ärmliche Agrarland Luxemburg durch die Ausbeutung des Eisenerzes zu seinem Wohlstand kam. Den geologischen Reichtum der Region begann man um 1845 auszubeuten. Aber erst als der englische Metallurg Sidney Thomas ein Verfahren erfand, um dem Rohstoff Phosphor zu entziehen, wurde das bis dahin minderwertige Eisen konkurrenzfähig. Arbeitskräfte wurden zu Tausenden angeworben. Bauern in den luxemburgischen Ardennen verließen ihre Gehöfte, um im Süden das „rote Gold“ unter und über Tage zu fördern. Aus halb Europa strömten Immigranten herbei. Besonders zahlreich waren die Italiener, die ganze Viertel wie das von mediterranen Gassen durchschlungene Klein-Italien in Düdelingen gründeten. Sie hauchten der bis dahin schläfrigen Fußballszene südländisches Spieltempo ein und begeisterten die Luxemburger für „Pasta asciutta“, die diese zu „Pastaschutta“ verballhornten.

Andere Wechselausstellungen von Esch2022 sind dem Weg von der industriellen zur digitalen Revolution, der Künstlichen Intelligenz und dem ökologischen Wandel gewidmet. Diese Schauen finden in der aufwendig sanierten Möllerei von Belval statt, in der einst das Erzgemisch für das Schmelzen im Hochofen aufbewahrt wurde. Im Dickicht von Stegen, Rampen und Schienen nehmen internationale Medienkunst-Institute wie das ZKM Karlsruhe, das Haus der Elektronischen Künste aus Basel oder die Ars Electronica aus Linz den Besucher mit auf eine Erlebnistour. Mithilfe von Sensoren, die auf die Haut geklebt werden, soll man beispielsweise erfahren, wie Menschen und Pflanzen auf Musik reagieren. Und im mobilen „Museum of Edible Earth“ bekommt man nicht nur rote Erde zu kosten, sondern weitere Böden wie Lehm aus dem Kongo, Ton aus Sambia oder Kaolin aus China, die dort noch aus Tradition oder Aberglaube als Nahrungsmittel genutzt werden.

Belval repräsentiert das moderne, innovative Esch. Seine Vergangenheit ist im wenige Kilometer entfernten Stadtzentrum zu besichtigen. Dort stoßen Welten aufeinander: die Villen in Neogotik und Jugendstil, in denen die Stahlbarone und Chefingenieure residierten, und die alten Arbeiterkolonien, in denen die Zimmer so beengt waren, dass die eingewanderten Grubenarbeiter die Betten teilen und in Schichten schlafen mussten. Zwischen den Vierteln Grenz, der früheren Amüsiermeile, und der

Hiel, in dem die italienische Diaspora lebte, sorgen zwei neue Einrichtungen für gespannte Aufmerksamkeit. In einem leer stehenden Möbelhaus ist die Escher Korschthal eingezogen. Von Ende Februar bis Ende Mai zeigt dieses Forum für zeitgenössische Kunst den Gemälde- und Skulpturenzyklus „Instant Comedy“ des in Esch geborenen Filip Markiewicz. Einige Gehminuten weiter steht ein aus ausgemusterten Schiffscontainern zusammengepuzzeltes Haus, dessen surrealistische Lehmfassade mit Kronkorken, leeren Kaffeekapseln, Barbiepuppen und Single-Schallplatten dekoriert ist. Es ist das erste Gebäude des Ökodorfes Benu Village, das langsam Gestalt annimmt. Im Innern sitzen syrische Flüchtlinge an Nähmaschinen und verarbeiten alte Kleidungsstoffe zu schicken Designerstücken. In den kommenden Monaten sollen eine Werkstatt für Möbelrecycling und ein Restaurant mit Biogerichten hinzukommen. Sie werden aus lokalen Lebensmitteln zubereitet, die nicht mehr den ästhetischen Standards der Supermärkte entsprechen, aber ohne Bedenken genießbar sind.

Während Esch bemüht ist, forschen Schrittes in die Zukunft zu marschieren, dämmert die zwölf Kilometer entfernte alte Erzumladestation Fond-de-Gras zeitentrückt vor sich hin. Neben Zeugen der industriellen Vergangenheit wie verwaisten Minenstollen, einer Walzstraße und einer Generatorenhalle sind es vor allem der putzige Bahnhof und die nostalgischen Lokomotiven und Waggonen, die die Besucher anziehen. Im Sommer dient das einsame kleine Tal als Bühne für ein Blues-Wochenende und ein Steampunk-Treffen, bei dem sich viktorianisch gewandete Frauen und Männer mit Zylinder und Fliegerbrillen vor dampfenden Oldtimer-Loks fotografieren lassen. Öffnet man die knarrende Holztür der denkmalgeschützten, 1880 eröffneten Gaststätte „Bei der Giedel“, fühlt man sich in eine andere Epoche zurückkatapultiert. Mit ihren niedrigen Holzbalken, den rot-weiß karierten Tischdecken, dem bollernden Holzofen und dem Messing- und Porzellannippes sieht sie genauso aus wie früher, als sie noch eine Bergarbeiterkneipe war und pünktlich zu Schichtanfang und Schichtende die gefüllten Bier- und Schnapsgläser auf dem Tresen aufgereiht waren. Auch die Speisekarte mit Pferdesteak, Cordon bleu und Blutwurst scheint noch immer für den Kalorienbedarf von Schwerstarbeitern gedacht.

Jetzt, in den Wintermonaten, herrscht Stille rund um die raureifbedeckten Weichen und Signalanlagen des Fond-de-Gras. Nur aus einer der Werkstatthallen dringen Hammer- und Lötgeräusche. Ein alter Eisenbahnwaggon der Minengesellschaft wird in eine komfortable Schlafunterkunft mit Sofaecke und Sauna umgebaut. Entlang des

neunzig Kilometer langen Wanderparcours des Minett Trails, der durch die vom Tagebau modellierten und orchideengesäumten Canyons von Naturreiservaten wie Giele Botter oder Haard führt, sind von April an weitere ausgefallene Wanderherbergen buchbar. Übernachten kann man etwa im Hexenturm im Bettemburger Märchenpark, in einem Arbeiterhaus mit Wohnkuben in Lasavage oder auf einer Insel in einem Grubenweiher in Düdelingen.

Hat man sich auf der luxemburgischen Seite einigermaßen von der Stahlkrise erholt, so sind in den lothringischen Grenzortschaften die Narben noch nicht ganz verheilt. Zwischen Ferrihäusern mit gepflegten Vorgärten sieht man geschlossene Läden, verrammelte Wohnungen, wirt in der Luft hängende Stromleitungen und Kreisverkehre mit gesichtslosen Gewerbezonen. Wen wundert es, dass der Großteil der hier lebenden Franzosen jeden Tag zur Arbeit hinüber nach Luxemburg pendelt. Bankangestellte, Kellner, Krankenschwestern, Verkäuferinnen können im Großherzogtum locker das Doppelte verdienen. Andersherum zieht es immer mehr Luxemburger, die sich Mietpreise oder Hausbau im eigenen Land nicht mehr leisten können, zum Wohnen in die französischen Schiffsiedlungen. In einer von Esch2022 in Auftrag gegebenen Feldforschung haben die Filmemacher Samuel Bollendorff und Mehdi Ahoudig den Alltag der von täglichen Staus gepeinigten „frontaliers“, der Grenzgänger, aufgezeichnet. Ihre inter-

aktive Dokumentation wird im Oktober in der Massenoire zu sehen sein.

Denis Olivieri war ein Berufsleben lang ebenfalls ein Pendler, wenn auch hundert Meter unter der Erde. Ängstlich krallt man sich mit Schweißhänden am Beifahrersitz fest, als der fünfundsechzig Jahre alte Franzose mit einem Geländewagen durch das Stollenlabyrinth der 1997 stillgelegten Mine Saint-Michel in Audun-le-Tiche brettet. Es ist wie eine Höllenfahrt in die Eingeweide der Roten Erde. Man glaubt Staub und Ruß auf der Zunge zu verspüren und das Ächzen und Rattern von Fördermaschinen zu hören. Hier hat Olivieri mit seinem Muldenkipper immer wieder die Grenze gewechselt und hat Erz von Frankreich nach Luxemburg transportiert. „Ob Franzosen, Luxemburger, Polen, Portugiesen oder Italiener, hier unten waren wir eine einzige große Familie“, sagt Olivieri. Er gehört einem Verein ehemaliger Bergarbeiter an, die in der Mine ein kleines Museum einrichten, zu dem im Sommer eine Dieselbahn führen wird. Als Programmpunkte von Esch2022 sind spezielle Attraktionen tief unter der Erde vorgesehen: ein Escape-Room, eine Pétanque-Bahn, eine Konzertbühne und einiges mehr. Im einstigen Belegschafts- und Küchenraum wird als „Dinner in the dark“ deftige Bergmannskost aufgetischt werden. Einstweilen scheint dort die Zeit eingefroren. An der Wand warnen rostige Schilder vor Sprengungen, die seit Ewigkeiten nicht mehr stattfinden. Schokoladen-Weihnachtsmänner von der letzten Vereinsfeier stehen noch auf

dem Esstisch. Im Spülbecken stapeln sich Pfannen, Schüsseln und Pastic-Gläser. Eine Dartscheibe wurde seinerzeit in den kurzen Pausen zum Zeitvertreib genutzt. Neben einer Statue der heiligen Barbara, Schutzpatronin der Bergleute, hängen Pin-up-Kalender mit leicht bekleideten Damen. Doch die heilige Barbara scheint die frivole Nachbarschaft nicht zu stören. Sie hat ihre Hand aufs Herz gelegt und lächelt milde vor sich hin.

Informationen: Der offizielle Startschuss von Esch2022 fällt am 26. Februar.

Details über das Jahresprogramm im Internet unter www.esch2022.lu. Touristische Auskünfte unter www.visitminett.lu und www.visitluxembourg.com.



Esch startet als europäische Kulturhauptstadt zum Mitmachen

Wer am Samstag zur Eröffnungsfeier in die luxemburgische Stadt kommt, erhält kleine Aufgaben, mit denen er an der Veranstaltung mitwirken kann.

VON BIRGIT REICHERT

ESCH/ALZETTE (dpa) Das luxemburgische Esch geht am Samstag als europäische Kulturhauptstadt zum Mitmachen an den Start. Wer zur großen Eröffnungsfeier „Remix Opening“ komme, erhalte beim Anmelden kleine Aufgaben, mit denen er sich aktiv beteiligen könne, sagte die Generaldirektorin von Esch2022, Nancy Braun, am Mittwoch in Esch. Zudem erwarte die Besucher ein rauschendes Fest im Zentrum von Esch und im Universitätsviertel Esch-Belval – mit Live-Musik, DJs, Tanz, Lichtinstallationen, Performances und Projektionen.

„Wir können es kaum erwarten“, sagte Braun. Zum Start werde mit Tausenden Gästen gerechnet, mehr als 5000 hätten sich bereits eingeschrieben, sagte Braun. „Das Opening soll eines der größten partizipativen Events werden, das je in der Großregion stattgefunden hat.“

Bis auf ein Konzert in der Rockhal werde die 2G-Plus-Veranstaltung unter freiem Himmel ablaufen – das helfe in Zeiten von Corona. Die Eröffnung mit der offiziellen Zeremonie (ab 17.30 Uhr) vor dem Escher Rathaus werde auch live im Internet übertragen. „Wir wollen so viele wie möglich erreichen“, sagte Braun.

Unter dem Motto „Remix Culture“ sind rund 160 Projekte mit mehr als 2000 Events bis Ende des Jahres im Süden Luxemburgs und angrenzenden Gemeinden in Frankreich, teils grenzüberschreitend geplant. „Jeden Monat steht eine andere Gemeinde im Fokus“, sagte Braun. Insgesamt sind rund 200 000 Einwohner aus 19 Kommunen im Boot. Esch ist mit 36 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Luxemburgs und zählt rund 120 Nationen.

Bei der Eröffnungsfeier werde es vier Bühnen und 18 Konzerte geben, auf denen Künstler aus Luxemburg, Frankreich, der Großregion und den beiden anderen Kulturhauptstädten in 2022, Kaunas in Litauen und Novi Sad in Serbien, auftreten. Auch bei den Akteuren war „Mitmachen“ angesagt: Jeder, der will – vom Straßenkünstler bis zum Zirkusartisten – konnte sich anmelden.

Wer sich als Besucher auf der Internetseite von Esch 2022 eine Freikarte buche, könne ein Element wählen – wie Wasser – und bekomme dann eine Aufgabe: Zum Beispiel, dass er ein blaues Papier mitbringen soll und am Abend einen Wunsch für Europa darauf schreiben und das Papier dann in ein Fischernetz legen könne.

Die beiden Standorte Esch und Esch-Belval seien an dem Abend (bis 23.00 Uhr) per Live-Übertragung auf Bildschirmen verbunden, sagte Braun. Wer also nicht hin und her fahren wolle, könne trotzdem verfolgen, was am jeweils anderen Standort passiere. Und: „Wir haben auch noch ein paar Überraschungen parat“, sagte sie.

Am Tag nach dem Auftakt, also am 27. Februar, beginnen die großen ersten Ausstellungen auf dem früheren Stahlhüttengelände in Esch-Belval. In einer sanierten Möllerei wird es in „Hacking Identity – Dancing Diversity“ in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) Medienkunst geben. In der alten Massenoire, wo Gusseisen entstand, startet die Ausstellung „Remixing Industrial Pasts“ zur industriellen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Thematisch geht es bei Esch 2022 um das, was die Region eint: Eine gemeinsame industrielle Geschichte aus Erz und Stahl, die kulturelle Vielfalt – und Visionen für ein grenzenloses Europa. Durch das „Remixen“ in verschiedenen Kategorien (Kunst, Europa, Natur) soll Neues entstehen und die Öffentlichkeit zum Mitmachen bewegt werden.

Publikumsnah im Weltall

IM GESPRÄCH Die Esch22-Koordinatorin Nancy Braun über die offizielle Eröffnung der Kulturhauptstadt

Jeff Schinker

Eigentlich träumte die Koordinatorin davon, das Kulturlandjahr im Süden am 22.2.2022 – einem seltenen Palindrom-Tag – starten zu lassen. Da die Luxemburger keine Berliner sind, ergo unter der Woche eher wenig feiern, ließ sie sich von ihrem Team davon überzeugen, die Eröffnung auf das Wochenende danach zu verlegen. Im Vorfeld hat sich das Tageblatt mit der Koordinatorin über die späte Eröffnung, die Vorbereitungen, den Vergleich mit den Partnerstädten und den Kritiken unterhalten.

Tageblatt: In zwei Tagen ist die offizielle Eröffnung der Kulturhauptstadt. Wie fühlen Sie sich?

Nancy Braun: Wir sind alle etwas nervös, weil die ganze Vorbereitungszeit der letzten Jahre zusammenläuft und man natürlich will, dass die Eröffnung ein Erfolg wird – auch wenn man selbstverständlich bei einem Projekt eines solchen Ausmaßes nicht alles kontrollieren kann. Ich denke, bei jedem im Team fällt der Druck, der sich angestaut hat, wenn es losgeht und auch alle Projekte, an denen unsere Partner arbeiten, starten. Von der Betreuung der 100 nationalen und internationalen Journalisten über den Empfang der 17.000 angemeldeten Menschen, mit denen wir ja auch im Vorfeld in Kontakt sind, da die einzelnen Karten personalisiert sind und wir die Teilnehmer auf das Event vorbereiten, bis hin zu der Eröffnung von zwei großen Ausstellungen am Sonntag steht noch sehr viel auf dem Programm.

Wie genau entstand die Idee, das Konzept für das Opening?

Einer der ersten Gedankengänge, die ich hatte, war, mir zu überlegen, wie man eine Eröffnungsfeier gestalten könnte, die etwas anders ist – ich wollte definitiv kein Feuerwerk oder

eine Aneinanderreihung von ewig langen Reden, sondern etwas, bei dem das Publikum auch aktiv involviert ist. Ich wurde von Marc Rettel von der ALAC auf die Berliner Firma Battle Royal hingewiesen – diese hatte auch Arhus im Jahre 2018 in Dänemark betreut. In Luxemburg hatte ich ein Screening gemacht, um herauszufinden, wer mir helfen könnte, eine solche Eröffnungsfeier zu organisieren – und habe hierzulande keine solche Firma gefunden. Erst mal galt es, mit Battle Royal ein Konzept zu erstellen – recht schnell dachten wir, dass wir den Schwerpunkt auf ein Slogan wie „from red earth to grey matter“ legen wollten, dass uns die Schnittstelle zwischen der Vergangenheit und der Zukunft, den Minen und dem Space Mining, der proletarischen Vergangenheit und der heutigen Wissensgesellschaft wichtig war: Es geht um den Entdeckungsgeist, um das Abenteuerliche, um neue Erfahrungen, das Vermischen von Kulturen und Ebenen. Auch wenn man diese Idee der Rakete, die durch die Teilnahme von jedem Einzelnen angetrieben wird, belächeln mag: Hier finden die Idee der kollektiven Partizipation und das Remix-Thema zusammen. **Am Samstag tritt Damon Albarn in der Philharmonie auf. Wieso soll der Musikbegeisterte nach Esch pilgern, wenn ihm in der Stadt einer der bekanntesten Musiker der Welt geboten wird?**

Uns ging es nicht darum, mit einem großen Namen zu locken. Das passt weder in unser Konzept noch zu unserem Auftrag. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, ein Feuerwerk oder ein großes Konzert zu organisieren. Unser Event ist draußen. So teilen wir der Bevölkerung mit: Jeder darf kommen. Man muss durch keine Tür, keine symbolische Schwelle überschreiten. Es ist unsere Rolle, den Menschen die Angst vor Kulturevents oder ihre Bedenken zu nehmen, dafür zu sorgen, dass sie sich willkom-

men fühlen. Auch wenn es gewagt ist, eine solche Zeremonie im Winter aufzuziehen: Es war uns wichtig, dass das Event so zugänglich wie möglich ist und es nicht an einem Ort stattfindet, aus dem sich manche Bevölkerungsschichten ausgeschlossen fühlen. Manchmal schrecken schon alleine die pompösen Infrastrukturen, in denen sich Kultur abspielt, ab. Bei uns findet nur das Future-Frequencies-Konzert in der Rockhal mit 2.000 Menschen drinnen statt – das wird aber mehrmals gespielt und auch in Esch und auf Belval draußen live gestreamt.

Das Eröffnungsprogramm wirkt etwas abstrakt. Wieso wurde im Vorfeld nicht deutlicher mitgeteilt, was genau wo und wann läuft?

Es stimmt, dass wir nicht so wahnsinnig viel kommunizieren, was auf den Bühnen passiert. Aber wenn man ein Theaterstück schreibt, verrät man im Begleittext ja auch nicht, was im dritten Akt passieren wird. Es soll eine Art Spannungsbogen geben, auf den sich die Besucher einlassen müssen.

Wo genau liegt die Remix-Dimension im Opening?

Überall. (*lacht*) Das Internationale vermischt sich mit dem Nationalen, Profis arbeiten mit Freiwilligen – wer weiß, was die lokalen Teilnehmer von der Erfahrung, die eine Firma wie Battle Royal mitbringt, noch lernen können. Auch auf inhaltlicher Ebene vermischen sich die verschiedensten Talente und Erfahrungen: Beim Future-Frequencies-Projekt haben Musiker und Komponisten das Stück „Future Sound of Europe“ zusammen mit Frank Widemann und Mathieu Herbert geschrieben – und auf der Bühne kommen Musiker mit den verschiedensten Hintergründen zusammen, um das Stück zu interpretieren. Auch unsere Tänzer kommen aus verschiedensten Stilrichtungen, der Schwerpunkt liegt auch hier auf der Zusammenkunft und der Ni-

vellierung von Profis und Amateuren.

Während immer wieder darauf gepocht wurde, die Bevölkerung einzubeziehen und auf lokale Künstler zu setzen, wurden die Organisation und das PR ausgelagert: Die Berliner Firma Battle Royal organisiert den Raketenstart, Luxemburger Tageszeitungen lag eine Esch22-„Monopol“-Ausgabe bei. Ist das nicht widersprüchlich?

Für das Kulturjahr 2007 haben wir auch mit Firmen aus dem Ausland zusammengearbeitet und auch Kaunas hat mit Chris Baldwin jemanden aus dem Ausland eingebunden, um das Eröffnungskonzept aufzustellen – im Zusammenwirken mit lokalen Akteuren, was sich ja hier auch nicht anders verhält. Wir verfügen eben hierzulande nicht über alle notwendigen Kompetenzen – und ich hoffe, dass die Menschen, die am Samstag bei uns aufkreuzen, verstehen werden. Wir müssen auch einfach ehrlich mit uns selbst sein: Wir können vielleicht sehr viel – aber nicht alles. Man muss sich nicht dafür schämen, dass man sich Hilfe von auswärts nimmt. Wir lassen ja nicht alles aus Berlin einfliegen – Battle Royal arbeitet durchaus mit lokalen Akteuren zusammen.

Und wie verhält es sich mit der „Monopol“-Ausgabe?

Da, wo es möglich ist, arbeiten wir mit Luxemburger Agenturen und Akteuren. Diese Zusammenarbeit mit zahlreichen Agenturen ist manchmal nicht leicht, weil viel Koordination notwendig ist. Zahlreiche Videos, Fotomaterial oder andere Publikationen wie der „Zoom Minett“-Guide, für den wir mit den Editions Guy Binsfeld und dem lokalen Fotografen Emile Hengen zusammengearbeitet haben, oder die „Gazette“ wurden ja hierzulande verwirklicht.

Es hätte also keine kompetenten Menschen oder Medien in Luxemburg gegeben?

Monopol hat eine größere Sichtbarkeit, eine größere Reichweite als Luxemburger Medien.

Für mich ist es ein Referenzmagazin für Kunst, das es uns erlaubt, mehr Aufmerksamkeit im Ausland zu erzeugen und einen kleinen Einblick in die 160 Projektpartner und über 2.000 Events zu geben. Ann Müller (die ehemalige Kulturreferentin der Luxemburger Botschaft in Berlin, Anm. der Red.) hat mich in Kontakt mit der Redaktion von *Monopol* gebracht. Und auch wenn keine Luxemburger Kulturjournalisten daran mitgearbeitet haben, haben zwei hiesige Fotografen – Martine Pinnel und Emile Hengen – an der Ausgabe mitgewirkt. Im Allgemeinen gilt: Wo es uns möglich ist, arbeiten wir lokal – aber man muss auch ehrlich sein und seine Grenzen kennen. Was man kann, kann man, was man nicht kann, kann man nicht – da bringt es nichts, sich etwas vorzumachen.

Was war in Novi Sad und Kaunas anders? Wie haben Sie die beiden Eröffnungen erlebt, was hat Sie inspiriert?

Es ist definitiv spannend zu sehen, wie unterschiedlich die Events sind – und wie verschiedenartig der Umgang mit der Pandemie ist. Die offiziellen Reden in Novi Sad fanden in dessen Großen Theater statt – Covid-Check gab es dort aber bestenfalls stichprobenartig, was mich etwas gewundert hat. Interessant war es zu sehen, dass jeder ein anderes Konzept aufgestellt hat. In Novi Sad gab es im Anschluss an die Reden auch eine Art Rakete, die ins Weltall geschossen wurde und wo sich mit der International Space Station verständigt wurde. Vergleicht man dann mit dem eigenen Projekt, merkt man die Unterschiede: So arbeiten wir in Esch auf einem ganz anderen Territorium als in Kaunas – einen solch riesigen Platz, wie es ihn dort gab, findet man hier einfach nicht. Ich finde, dass das, was wir hier machen, im gewissen Sinne komplementär ist. Im direkten Vergleich steht bei unserer Eröffnung das Partizipative am stärksten im Zentrum. Im Gegensatz zu Novi Sad werden wir keine stundenlangen Eröffnungsreden halten. Schön finde ich zudem, dass um die hundert Teilnehmer der ECOC-Familie aus

vergangenen, aktuellen und zukünftigen Kulturhauptstädten anreisen, um an der Eröffnung teilzunehmen, den Austausch zu suchen und vielleicht zu versuchen, neue Partner zu finden.

Wieso geht es in Esch, im Gegensatz zu Novi Sad und Kaunas, erst so spät los?

Uns wurde manchmal vorgeworfen, dass wir erst Ende Februar beginnen. Hätten wir jedoch gleichzeitig mit Novi Sad in Serbien und Kaunas in Litauen begonnen, hätten sich diese Eröffnungen überlagert. Die internationale Presse hätte sich ja nicht dreiteilen können, um die Events abzudecken. So gibt es eine Art Ouvertüre in drei Kapiteln. Die anderen beiden Eröffnungen im Vorfeld mitzuerleben, macht einen schon ein

bisschen nervös – man schaut manchmal auf Details, die eigentlich irrelevant sind.

Aber wenn Sie es selbstkritisch angehen: Gab es in Kaunas und Novi Sad etwas, von dem Sie sich sagen, das haben die besser hinkommen?

(Überlegt) Wenn ich jetzt spontan darüber nachdenke, fällt mir nicht wirklich etwas ein. Ich bin gespannt, wie unser Event ablaufen wird. Manche haben sich beschwert, dass es hier eine Anmeldungspflicht gibt. Die gab es in Kaunas nicht. Bei uns ist diese Anmeldung aber Teil des Spiels, weil wir ja in Kontakt mit dem Publikum stehen und ihm zum Teil Anweisungen geben. Zudem ist es aus Gründen der Logistik durchaus wichtig, eine ungefähre Idee zu haben, wie viele Menschen teilnehmen – wegen des Hygienekonzepts, aber auch wegen des Mobilitätskonzepts, für das wir auf Partner wie die CFL und Luxemburg-Stadt zurückgreifen. Esch und Belval sind ja aber schon irgendwie Trichter, weswegen die Transportfrage wohl durchdacht sein soll. In dem Sinne ist es auch begrüßenswert, dass die Sperrzeit von 23 Uhr aufgehoben ist. Auch wenn unser Event um 23 Uhr endet – da Kneipen und Restaurants nicht schließen müssen, werden sich nicht alle Teilnehmer

Culture / Langues / Patrimoine
Interview

Luxembourg

gleichzeitig auf den Heimweg machen, was so oder so zu Komplikationen geführt hätte.

Ich habe das eher inhaltlich gemeint: Was mir in Kaunas sehr gut gefiel, war dieser doch sehr subtile Spagat zwischen lokalen und internationalen Künstlern. Man

hat doch nicht quasi zufällig große Namen ins Programm gesetzt, sondern Künstler, die eine konkrete Verbindung zur Stadt haben. Wäre eine solche Vorgehensweise nicht auch für Esch sinnvoll gewesen?

Ich würde das relativieren. Kaunas hat einen anderen Auftrag als wir. In Kaunas war es wichtig, auf große Namen wie William Kentridge, Yoko Ono, Marina Abramovic zu setzen, weil der Stadt sonst vielleicht kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre: Bei einer litauischen Stadt denken die Menschen halt eher an Vilnius. Unsere Mission ist eine andere: Es geht in erster Linie darum, die Bevölkerung aus dem Süden in unser Projekt einzubeziehen – und dabei komplementär zu den kulturellen Aktivitäten der Hauptstadt zu sein.

Diese Entscheidung hat also auch damit zu tun, dass die Distanz zwischen Esch und Luxemburg viel geringer ist als die zwischen Vilnius und Kaunas?

Genau. Unser Land hat die Größe eines Viertels einer mittelgroßen Stadt, weswegen es wichtig ist, ein Programm zu haben, das sich komplementär zu dem Rest des Landes gestaltet. Ich würde mir wünschen, die Kommunikation zwischen den Kulturinstitutionen wäre noch besser. Davon abgesehen haben wir mit den beiden Ausstellungen („Hacking Identity – Dancing Diversity“ in Zusammenarbeit mit dem ZKM, Remixing Industrial Pasts: Constructing the Identity of the Minett“ in Zusammenarbeit mit dem C2DH, Anm. der Red.), die die Eröffnung begleiten, Strukturen impliziert, die auch auf internationaler Ebene ein Renommee haben. Danach sind es

vor allem unsere Projektpartner, die das Programm gestalten. In erster Linie geht es uns darum, die Gesamtbevölkerung mit einzubeziehen, weg von einem elitären Kulturverständnis zu kommen. Man kann das gerne kritisieren – man kann sich aber auch darauf einlassen.

Wie gehen Sie mit Kritik um?

Mit Kritik kann ich mittlerweile gut umgehen – so lange sie nicht persönlich ist. So war ich mir am Sonntag das Soft Opening von Richtung22 ansehen, bin dort dann auch meiner Doppelgängerin begegnet. Kritik muss nur ordentlich argumentiert sein. Das wird auf sozialen Netzwerken immer weniger gemacht. Jemand wirft ein Argument in den Raum – und die Reaktionen darauf entfernen sich immer mehr vom eigentlichen Thema. Früher hat man sich am Tresen gestritten und etwas ausdiskutiert, heute sind wir so vernetzt, kommunizieren so viel – nur nicht miteinander. Den Grundpessimismus, mit dem manche das Projekt von vornherein verurteilen, finde ich einfach bedauernswert.

Das Logo der Kulturhauptstadt prangt an Luxair-Flugzeugen, BMW-Autos und Crémant-Flaschen. Riskiert das nicht, das Wirtschaftliche das Kulturelle in den Schatten zu stellen?

Dieser Aspekt wurde sehr oft kritisiert. Dazu gibt es Verschiedenes, das gesagt werden muss. Eine Bedingung der Europäischen Kommission ist es, finanzielle Partnerschaften und Sponsoren für die Kulturhauptstadt zu finden. Dass wir Partner aus Luxemburg wie die Luxair, die CFL oder Luxlait haben, freut mich, zumal es Firmen sind, die die Wirtschaft und die Geschichte des Landes geprägt und noch immer ein Standbein hier haben. Es ist für das Projekt wichtig, solch starke Partner zu haben, da beispielsweise das Luxair-Design von Lynn Cosyn oder unser Crémant eine Sichtbarkeit schafft – diese Firmen sind auch sozusagen Botschafter, die unser Projekt nach außen, aber auch nach innen tragen. Diese Firmen haben internationale Partner, denen sie

vermitteln können, dass wir europäische Kulturhauptstadt sind. Es geht dabei um Nachhaltigkeit, um Tourismusentwicklung, um die Entwicklung einer Region. Aber indirekt erreichen wir auch all deren Mitarbeiter – und das sind im Falle der Luxair oder von Ferrero echt viele Menschen. Diese Menschen werden implizit Teil des Projekts – sie werden zu Multiplikatoren. Es gibt 2.000 Events. Wenn wir uns auf die 3,5 Prozent der Einwohner, die sich im Durchschnitt für Kultur interessieren, beschränken, ist das viel zu viel. Wenn wir aber versuchen, alle Einwohner, Pendler und die Menschen der Großregion anzusprechen und sie dazu bewegen, mitzuwirken – dann haben wir vielleicht etwas Nachhaltiges für die Region gemacht. Diese Partner helfen uns, diese Nachricht innerhalb der Bevölkerung zu verbreiten. Dazu kommt, dass wir den Business for Culture Club entwickelt haben ...

Was kritische Stimmen dazu verleitet hat, die Kulturhauptstadt mit dem Launch eines Parfums zu vergleichen ...

Einerseits sagt man uns, wir würden nicht genug von uns reden lassen, andererseits, wir würden zu dick auftragen und das Projekt würde einem Produktlaunch gleichkommen. Dabei soll dieser Business Club eine Chance für Projektpartner sein, ihr Publikum zu erweitern. Vielleicht wäre es wünschenswert, dass sich verschiedene Kulturinstitutionen auf der Kommunikationsebene mehr trauen und sich breitgefächerter aufstellen würden. Das Business Club for Culture und die Sponsoren sind wichtig, auch weil unsere Projektpartner für 50 Prozent ihres Budgets selbst aufkommen müssen ...

Ein Finanzierungsmodell, das im Übrigen viel kritisiert wurde ...

Auf der einen Seite gibt es Projektpartner, die Bedürfnisse und Unterstützung brauchen, auf der anderen Firmen, die zwar aus diversen Gründen kein Hauptsponsor sein können, aber Projektpartner auf diverse Art unterstützen möchten. Deswegen entstand die Idee, eine Plattform

zu gründen, auf der beide Seiten sich austauschen und gegenseitig unterstützen können. Und das nicht nur für Esch2022: Solche Partnerschaften sollen optimalerweise über das Kulturjahr hinaus bestehen bleiben. 2007 sind mit dem Auflösen der Asbl. auch die Verträge mit den Sponsoren ausgelaufen – weswegen wir die Idee hatten, diesen Business Club zu gründen. Ich denke, dass die Privatwirtschaft da auch eine Rolle spielen sollte, schließlich verbindet Kultur uns alle. Privatfirmen haben zudem das notwendige Budget, um in den Kunstbereich zu in-

vestieren. Das mag hier in Luxemburg neuartig klingen, weil wir gewohnt sind, dass der Staat für alles aufkommt – im Ausland ist das allerdings gang und gäbe. Es wurde sich beschwert, solche Dossiers auf sie Beine zu stellen, wäre kompliziert. Aber wer gerne unterstützt wird, muss auch erklären können, wie viel er braucht, wohin er gehen will. Das mag sehr liberal klingen – aber so sind halt die Spielregeln. Das Finanzierungsmodell soll auch den Projektpartner davor schützen, sich eines Projektes anzunehmen, das zu groß ist. Nachhaltig gesehen ist es

ja so, dass der gleiche Projektträger nach dem Kulturjahr nicht mehr auf eine solche finanzielle Unterstützung zurückgreifen kann. Mit 50 Prozent finanzieller Unterstützung bieten wir ein Sprungbrett, das dazu dienen soll, im kommenden Jahr dann – vielleicht mit einem Businesspartner – den Sprung ins Wasser zu wagen und sich freizuschwimmen. Würden wir alles finanzieren, würde sich der Projektpartner vielleicht keine Fragen zur Finanzierung in kommenden Jahren stellen und die Gelegenheit jetzt nicht ergreifen, einen Partner zu finden.

Mit 50 Prozent finanzieller Unterstützung bieten wir unseren Projektpartnern ein Sprungbrett, das dazu dienen soll, im kommenden Jahr dann – vielleicht mit einem Businesspartner – den Sprung ins Wasser zu wagen und sich freizuschwimmen

Wo es uns möglich ist, arbeiten wir lokal – aber man muss auch ehrlich sein und seine Grenzen kennen. Was man kann, kann man, was man nicht kann, kann man nicht – da bringt es nichts, sich etwas vorzumachen.

Nancy Braun
Esch22-Koordinatorin

Nancy Braun
Esch22-Koordinatorin

Mehr Großregion wagen

Kulturministerin Sam Tanson fordert einen Blick über den Tellerrand von Esch 2022 hinaus

Interview: Daniel Conrad

Sie ist selbst oft bei allerlei kulturellen Veranstaltungen vor Ort – das lässt sich nicht von allen Vorgängerinnen und Vorgängern im Amt behaupten: Für die Kulturministerin Sam Tanson steht bei Esch 2022 nicht nur Geld auf dem Spiel, sondern auch die Chance, den angestrebten Wandel der Kulturszene voranzubringen.

Sam Tanson, haben Sie sich schon aus dem Programm von Esch 2022 Highlights herausgesucht? Haben Sie einen besonderen Fokus oder freuen sich auf eine spezielle Sparte?

Ich finde es schon schwierig, auch nur eine einzige Veranstaltung hervorstreichen; vor allem weil es ja so viele sind und Esch 2022 auf so vielen Ebenen stattfindet. Mal ganz abgesehen von den Themenbereichen in diesem „Remix“ wie Region, die Identität, Europa, das Kulturerbe. Ich glaube, man muss sich ein bisschen von allem ansehen, um auch ein gutes Gefühl dafür zu bekommen, was Esch 2022 leistet und vermittelt. Ganz besonders bin ich natürlich auch daran interessiert, wie das Industrieerbe, das in sehr kurzer Zeit instand gesetzt worden ist, genutzt und dem Publikum mit dem Kulturhauptstadtjahr für die Zukunft neu zugänglich gemacht wird.

War das im Prinzip eine der zentralen Hauptaufgaben aus Ihrer Sicht, mit den staatlichen Geldern diesen Bestand zu sichern und Nachhaltigkeit zu schaffen...

Sicher soll etwas nach diesem Kulturhauptstadtjahr überdauern und der Nutzen möglichst weit über Esch 2022 hinausgehen. Das meint allerdings nicht nur das nationale Engagement für Bauten, sondern es ist wichtig, dass die lokalen Entwicklungen in Schiffelingen oder „Rout Lëns“ und im Tourismus von den Gemeinden mitgetragen werden. Mit der Organisation stellen sich die beteiligten Kommunen anders und im Sinne der Nachhaltigkeit auf, starten neue Gedankenprozesse und investieren in die kulturellen Inhalte und die Infrastrukturen; eben auch dort über das Jahr hinaus. Und das erscheint mir sehr wichtig.

Sind diese Gedankengänge, die sich unter anderem mit „Remix“ ausdrücken, auch in andere Regionen des Landes übertragbar? Und hat Esch 2022 damit so etwas wie eine Signalwirkung im Land?

Auch wenn die Themen dieses „Remix“ eher auf den Süden und seine Einwanderungs- und Industrie-Geschichte abgestimmt ist, lassen sich die Gedankengänge dahinter durchaus sicher anderswo durchdeklinieren. Wie wollen wir in Zukunft mit dem Erbe einer Region umgehen und daraus Zukunft entwickeln? In Esch 2022 zeigen sich die Antworten einerseits in der Umnutzung alter Substanz, aber auch im Blick auf die direkte Grenzregion, die Communauté de Communes Pays Haut Val d'Alzette, und in der Zusammenarbeit der Süd-Gemeinden. Damit gehen auch die Fragen nach neuen Synergien und Optimierungsmöglichkeiten einher – überregional neu zu denken, halte ich für sehr wichtig.

Der grenzüberschreitende Dialog wurde doch schon im Kulturhauptstadtjahr 2007 angestrebt, aber ist nie wirklich tief in Gang gekommen – und wirkt heute fast schon ausgetrocknet. Zudem scheint es, als seien in der Kulturförderung große internationale Foren weit wichtiger als der kulturelle Dialog mit direkten Nachbarn...

Es stimmt, dass die große Herausforderung, die Großregion enger zusammenzuführen, 2007 nicht erfüllt wurde. Das Potenzial für einen kulturellen Dialog – ja auch auf vielen anderen Ebenen – in der Großregion ist weitaus größer als das, was heute Realität ist. Aber der Vorteil von Esch 2022 ist, dass die direkte räumliche Nähe da ist, die Grenzregion alltäglich ganz reell spürbar ist. Man weiß doch manchmal nicht, ob man noch in Luxemburg oder schon in Frankreich ist. (lacht). Wenn es nun gelingt, die jetzt schon mit Esch 2022 angestoßenen Dialoge – wie den Stammtisch der beteiligten Gemeinden – fester zu etablieren, wäre das schon ein Gewinn. Auf der Ebene des Espace Grand Région findet ja ebenfalls der politische Austausch statt. Aber das könnte sicherlich noch besser werden.

Könnte auf kultureller Ebene dabei nicht auch der neue Arts Council Kultur:LX eine Rolle spielen?

Die grenzüberschreitende kulturelle Arbeit liegt ja schon in den Missionen von Kultur:LX drin. Und es wird ja auch kein Unterschied bei den Förderungen zwischen der Großregion und anderen internationalen Foren gemacht. Und mit den aktuellen Förderungsmöglichkeiten ist auch der direkte, grenznahe Austausch gut machbar.

Aber allein schon die Förderhöhe für große Foren wie die Biennale von Venedig macht schon einen Unterschied. Und da könnte man ja einen Schwerpunkt bei der Großregion setzen...

Aber beides ist wichtig. Der Austausch mit der Großregion und die Präsenz auf internationalen Podien und Treffen der Fachdisziplin brauchen unsere Künstlerinnen und Künstler, um sich weiterzuentwickeln. Manches ist eben in der direkten Nachbarschaft nicht möglich. Aber das ist kein Gegensatz, sondern komplementär zu verstehen.

Mit dem „Remix“-Motto zeigt das Team von Esch Tendenzen der Kulturentwicklung und neue Formen der kulturellen Arbeit auf. Bedeutet das nicht auch, die Kulturpolitik nicht mehr an den klassischen Disziplinen festzumachen?

Die Kultur ist immer in Bewegung, eine Art festen Dauerzustand gibt es in dem Sinne nicht. Natürlich stellt man fest, dass es neue Entwicklungen gibt, die sogar für alle Bereiche generell gelten. Nämlich alles, was das Multimediale und Digitale angeht und die inter- und transdisziplinäre Arbeit. Die Künstlerinnen und Künstler wollen nicht mehr in die Schubladen eines spezifischen Genres kategorisiert werden. Diese Tendenz zeigt sich nicht nur bei Esch 2022, sondern auch im alltäglichen Austausch. Deswegen werden und sind bereits viele Förderungen schon so ausgerichtet, dass sie nicht auf Genrengrenzen bestehen und damit die Kreativität begrenzen. Im Gegenteil: Wir haben versucht, die Sparten zu öffnen, dem Kunsthandwerk, De-

sign und der Architektur mehr Raum zu geben oder eben auch der Multimediakunst. Und selbst wenn sich mal ein Projekt nicht in unseren Appels à projets wiederfindet, gibt es immer noch die Möglichkeit, ein Subside dafür anzufordern.

40 Millionen Euro aus dem nationalen Topf fließen an Esch 2022...

...nicht in einem Schlag, sondern verteilt über die Jahre 2016 bis 2023.

Sind die gegenüber den notwendigen Aufwendungen in anderen Kulturbereichen gerechtfertigt?

Die Synergien und Dynamiken, die durch Esch 2022 entstehen, sind das Entscheidende. Wenn wir 40 Millionen in ein Jahr mit teuren Großevents gepumpt hätten, hätte man das durchaus kritischer hinterfragen müssen. Aber hier wird in eine Region und damit in die Kulturszene insgesamt dauerhaft investiert. Und damit ist das verhältnismäßig und rechtfertigt auch die Höhe.

Welche Stadt soll denn Mitte der 2030er-Jahre für Luxemburg als Kulturhauptstadt Europas in den Ring steigen? Die Nordstadt?

Aktuell gelten die Beschlüsse bis 2033. Aber erstens: Es gibt keine Verpflichtung, dass wir uns alle zehn bis 15 Jahre melden. Und wenn, sollte das nicht aus Selbstzweck sein, sondern nur mit der notwendigen Dynamik passieren, die für die Region und die kulturelle Landschaft in Luxemburg generell Sinn macht.

● **Sicher soll etwas**

● **nach diesem Kulturhauptstadtjahr überdauern und der Nutzen möglichst weit über Esch 2022 hinausgehen.**

● **Es stimmt, dass die große Herausforderung, die Großregion enger**

*zusammenzu-
führen, 2007 nicht
erfüllt wurde.*

- *Die Künstlerinnen*
- *und Künstler*
wollen nicht mehr
in die Schubladen
eines spezifischen
Genres katego-
risiert werden.



Kulturministerin Sam Tanson betont im Gespräch, wie wichtig das Kulturhauptstadtjahr nicht nur innerhalb von 2022 ist, sondern welche Wirkungen es darüber hinaus entfaltet.

Foto: Claude Piscitelli

Esch 2022 hebt ab

Kulturhauptstadt in Kriegszeiten gestartet
jedoch ohne richtige Feierlaune

Von Thierry Hick

Es ist vollbracht: Die Europäische Kulturhauptstadt ist gestartet. Am Samstagabend versammelten sich Besucher und Neugierige sowohl im Stadtzentrum als auch in Belval, um dem Startschuss von Esch 2022 beizuwohnen. Unter den Gästen waren Großherzog Henri, Großherzogin Maria Teresa, zahlreiche Minister, Abgeordnete und alle Bürgermeister der 19 Gemeinden, die am Projekt 2022 teilnehmen vor Ort.

Bei den zahlreichen Reden im ersten Teil der Feierlichkeiten am Stadthausplatz war der Krieg in der Ukraine natürlich ein Thema. Der am späten Abend geplante Raketenstart stand in der Kritik. Esch 2022 hielt trotzdem an der Idee fest, diese soll als „Symbol des Friedens“ verstanden werden, unterstrich Nancy Braun, Generaldirektorin von Esch 2022.

Kulturministerin Sam Tanson (Déi Gréng) betonte: „Heute ist ein Tag der Freude und des Leids. Wir leiden mit der Ukraine. Meinungsfreiheit, Frieden und Kultur sind Grundrechte, die wir verteidigen wollen. Deswegen sind wir heute hier versammelt.“

Nach diesem ersten offiziellen Akt war ein großangelegtes Volksfest im Stadtzentrum und auf Belval geplant.

Zum Teil chaotische Organisation

Etliche Konzerte von Musikgruppen aus Luxemburg, der Großregion und aus Kaunas und Novi Sad – die beiden Partner-Kulturhauptstädten 2022 – Performances und Animationen an beiden Standorten sollten für Party-Stimmung sorgen. Richtige Feierlaune kam jedoch nicht so richtig auf. Eine zum Teil chaotische Organisation, ein fehlender Besucherandrang – trotz der im Vorfeld 25 000 verteilten

Einladungen –, ein unübersichtlicher Programmverlauf, sorgten bei manchen Zuschauern für Unmut. Lediglich beim Raketenstart, gegen 22 Uhr, füllte sich die einmalige Kulisse beim Hochhofen von Belval.

Dass das Partizipative – ein Leitmotiv von Esch 2022 – noch nicht richtig vom Publikum wahrgenommen wird, zeigte sich leider am Samstagabend.

Mit dem „Remix Opening“-Abend wurde gleichwohl ein besonderes Jahr der Kultur in der gesamten Südregion eingeläutet.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Campen für Fortgeschrittene

Auch in der kalten Jahreszeit sind Luxemburgs Campingplätze gut besucht

Von Jean-Philippe Schmit

wir wandern“, so Yannik.

Berdorf. Der Camping Martbusch in Berdorf wird dieses Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiern – und erlebt gerade seine besten Momente. „Campen ist in“, sagt Elise van Bosveld Hainsius, die Geschäftsführerin des Campingplatzes. 46 500 Übernachtungen habe es im Coronajahr 2021 auf dem Campingplatz gegeben. Zum Vergleich: In der Ortschaft selber leben nur knapp 1 800 Seelen.

Selbst im eiskalten und nassen Februar ist der Platz gut besucht. „Der Wohnmobilparkplatz ist im Moment voll“, sagt die Managerin. Während des Coronalockdowns habe es einen Ansturm auf Wohnmobile gegeben, viele davon standen am vergangenen Wochenende in Berdorf.

Kurzurlaub in der Luxemburger Schweiz

„Wir sind heute Morgen aus Belgien angereist und werden morgen wieder abfahren“, meinen die stolzen Wohnmobilbesitzer Yannik und Christelle. „Im April wird unser Camper ein Jahr alt“, fügt Christelle hinzu. Jeden Monat würden sie mit ihm auf Tour gehen, 12 000 Kilometer haben die drei mittlerweile gemeinsam zurückgelegt. „Wir waren in der Schweiz, in Italien, in Spanien, in Frankreich und in Luxemburg.“ Berdorf scheint ihnen dabei am besten gefallen zu haben: „Wir waren bereits einmal hier.“

„Die Wander- und Fahrradwege sind in Luxemburg besonders gut ausgeschildert“, sagen sie. Trotzdem hat der Februarregen die Wege durchnässt. Die beiden Sportler waren nach ihrer Mountainbiketour damit beschäftigt, den Schlamm von ihren Fahrrädern zu entfernen. Das Wohnmobil ist dafür ausgestattet, erinnert es doch an die Begleitfahrzeuge der Tour de France. Mit einem mobilen Hochdruckreiniger werden die aufgebockten Sportgeräte liebevoll gereinigt, danach werden die Sportler wohl an die Reihe kommen und duschen. „Später gehen

Übernachtungsgutscheine waren Erfolg

Seit Corona haben auch die Einheimischen die Touristendestination Luxemburg entdeckt. „Die Übernachtungsgutscheine waren ein großer Erfolg“, meint die Geschäftsführerin. Viele Luxemburger hatten das Angebot angenommen und einen Kurzurlaub im Großherzogtum verbracht. „Dabei entdeckten sie, wie schön es hier ist.“ Viele seien bereits zurückgekehrt. Am Wochenende standen auch Camper mit luxemburgischen Nummernschildern in Berdorf. Die Bewohner waren jedoch bereits unterwegs.

Dabei sind die Luxemburger kein klassisches Campervolk, schon gar nicht im Winter. In den Zelten ist es im Februar dann doch zu nass und zu kalt. In solchen braucht jedoch kein moderner Camper zu übernachten. „Luxuscampen liegt im Trend“, meint Elise van Bosveld Hainsius.

Silvester und Weihnachten auf dem Campingplatz

Im Jahr 2012 errichtete der Campingbetreiber drei kleine, bewohnbare Holzfässer. Auf ein paar Quadratmetern findet man dort alles, was man für eine erholsame Zeit braucht. „Unsere Pods sind bei den Gästen sehr beliebt“, bestätigt Elise van Bosveld Hainsius. Mittlerweile stehen 19 Holzfässer in Berdorf, davon haben einige sogar ein Badezimmer mit Dusche und WC sowie eine Küche – mit Spülmaschine. „An Silvester waren diese Fässer gut gebucht“, fügt die Managerin bei. „Hier kann man sogar ein Lagerfeuer machen.“

Am vergangenen Wochenende waren die Pods auch teilweise bewohnt. Bei einem standen zwei leere Champagnerflaschen vor der Tür, da will man lieber nicht stören. Dafür waren Katarina und Lukas schon auf den Beinen, das Paar war gerade zu einem längeren Spaziergang aufgebrochen. „Bis es

dunkel ist“, meint Katarina.

„Ich bin Sportkletterer und Mitglied eines Alpenvereines“, erklärt Lukas den Grund, warum sie sich für das Müllerthal entschieden haben. Die Felswände, die zehn Gehminuten vom Campingplatz entfernt im Wald liegen, sind über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Doch für Lukas war es an diesem Tag dann doch zu nass, um die Wand zu erklettern. „Das ist nur für die ganz Harten“, meint er.

Auch wenn die beiden nur für den Nachmittag angereist sind und nicht in Berdorf übernachteten, zählen sie zu den typischen Touristen, die es ins Müllerthal verschlägt: junge, sportliche Paare, die die Nähe zur Natur suchen. „Im Durchschnitt verbringen die Gäste drei Nächte bei uns“, erklärt Elise van Bosveld Hainsius. Die Coronapandemie hätte den Trend zum naturnahen Kurzurlaub noch einmal verstärkt.

Der Parkplatz für Kurzzeitcamper ist an diesem Februar-Wochenende voll belegt. Carina und Lars waren mit ihrem Campingmobil schon am Freitag angereist. „Wir waren bereits fast überall in Europa“, meinen sie. Nun war es das erste Mal, dass sie ihr mobiles Zuhause im Großherzogtum aufgeschlagen haben. Ihre Heimatstadt, Koblenz, sei ja auch nicht so weit entfernt.

Die erste Nacht auf dem Campingplatz haben sie bereits hinter sich. „Wir hatten gestern Abend zusammen gekocht“, erklärt Lars. Und danach? „Was man halt so macht.“ Gut ausgeschlafen machen sie sich am Morgen auf, „um die Schluchten zu erkunden“. Und ja, im Februar zu campen sei kein Problem, so kalt sei die Nacht dann auch nicht. „Der Camper ist mit einer Gasheizung ausgestattet“, meinen sie lächelnd.

Hochzeitsfeier auf dem Campingplatz

„Auf dem Campingplatz wird dieses Jahr sogar eine Hochzeit stattfinden“, verrät Elise van Bosveld Hainsius. Die Feier sei bereits gebucht. Das Paar habe sich auf dem Campingplatz kennengelernt, die Hochzeitsfeier dort sei nur konsequent. „Sie wollen eine einfache Hochzeit in der Natur und gemeinsam mit der ganzen Familie eine schöne Zeit verbringen.“ Auf dem Campingplatz ist das auch draußen möglich, Corona wird dem Paar wohl keinen Strich durch die Rechnung machen.

Einige Gäste haben ihre Wohnmobile dauerhaft auf dem Campingplatz eingerichtet. Diese Dauercamper können kommen, wann sie wollen, der Campingplatz hat das ganze Jahr über geöffnet. „Viele haben Weihnachten hier verbracht und sind wieder abgereist“, erklärt die Managerin. Echte Wintercamper seien aber selten, die meisten würden nur für das Wochenende kommen. „Die Hochsaison ist im Sommer, dann quillt der Platz über von Wohnwagen, Zelten und Campingmobilen.“

Wohnwagen, Zelte und Wohnmobile

Um Camper zu werden braucht es nicht viel, nicht einmal ein Zelt. „In unseren mietbaren Lodges ist alles vorhanden, was man braucht.“ Es gibt ein Badezimmer mit Dusche und WC sowie eine komplett eingerichtete Küche mit Backofen und Spülmaschine. „Das ist dann auch kein richtiges Campen mehr“, gibt Elise van Bosveld Hainsius zu. Die Preise bleiben dabei auf Campingniveau und sind, verglichen mit ähnlichen Angeboten in den Touristenhochburgen Europas, sehr günstig. „Mit einem Übernachtungsgutschein brauchte eine vierköpfige Familie nur zehn Euro zu zahlen, um ein kleines Fass für eine Nacht zu mieten.“

Safarizelte für Abenteuer-Übernachtungen

Bei den kleinen Hütten geben sich die Besucher die Klinke fast in die Hand. „Das ist ganz klar ein Trend, der sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat“, meint die Campingverwalterin. Kurztzuschlossene bräuchten sich nur ins Auto zu setzen, mehr als Sturgepäck brauche es nicht.

Die Nachfrage nach solchen Abenteuer-Übernachtungen sei denn auch so hoch, dass man das Angebot ausbauen wird. „Demnächst werden Safarizelte aufgebaut werden“, verrät Elise van Bosveld Hainsius und spricht über weitere Pläne, die jedoch noch nicht offiziell sind.

Vielleicht hätten sich Cécile und Yannik dann auch für den Campingplatz entschieden. Die beiden Wanderer aus dem belgischen Spa übernachteten lieber im naheliegenden Hotel. Gegen 15 Uhr waren sie im campingeigenen Restaurant anzutreffen. „Es ist das erste Mal, dass wir Kurzurlaub in Luxemburg machen“, erklärt Yannik.

In den belgischen Ardennen gäbe es keine Wanderpfade mehr, die den beiden noch unbekannt sind. An den Schuhen lässt sich erkennen, dass sie schon am Morgen die Gegend um Berdorf entdeckt haben. Auf die Frage, wie weit sie denn gewandert seien, antwortet der Belgier ausweichend. „Es kommt uns nicht so auf die Distanz an, wir lassen es ru-

hig angehen.“ Aber sieben bis acht Kilometer werden es schon gewesen sein.

Wenn die Cola ausgetrunken ist, und der Tisch abgedeckt ist, möchte das Paar wieder aufbrechen. „Wir wandern noch eine Runde, so gegen 19 Uhr werden wir wieder ins Hotel gehen.“ Auch wenn der Kurzurlaub noch im vollen Gange ist, können die beiden

eines bereits sagen: „Wir werden wiederkommen.“

Lucia gehört zu den Personen, die an diesem Tag etwas später in Berdorf eintreffen. Sie trägt noch den schweren Rucksack. Auch sie hat sich für ein kleines Holzfass entschieden. Wenn es nicht zu lange dauere, sei sie bereit, ein paar Fragen zu beantworten. Sie macht Interrail und

entdeckt dabei die Beneluxstaaten. Von Luxemburg kennt sie bisher nur Esch/Alzette, es gibt also noch viel zu entdecken. Doch zuerst will sie den Rucksack ablegen und sich von der Reise erholen. „Danach gehe ich wandern, es gibt ein paar Burgen, die ich mir anschauen will.“

● *Der Wohnmobil ● Parkplatz ist im Moment voll.*

Elise van Bosveld Hainsius

● *Wir werden ● wiederkommen.*

Yannik und Christelle aus Spa

● *Das ist nur für die ● ganz Harten.*

Sportkletterer Lukas

SERIE LUXEMBURGER HOFLIEFERANTEN

Zum Bankett mit dem Kühllaster nach Moskau

Wer wie Luxemburg einen Monarchen hat, hat auch Hoflieferanten. In unserer Serie stellen wir heute den Caterer de Schnékert vor.

VON HÉLÈNE MAILLASSON

WINDHOF Der Plan von Fritz Hotschnig war ganz bestimmt nicht, in Luxemburg zu bleiben. Nein, der Österreicher wollte in den Norden und auf einem Kreuzfahrtschiff arbeiten. Auf dem Weg dahin machte er Halt im Großherzogtum und lernte seine zukünftige Frau kennen. „Für mich ein Glück, sonst wäre ich heute nicht hier“, sagt sein Sohn Rick und schmunzelt. Zusammen mit seinem Vater leitet er heute das Catering-Unternehmen de Schnékert, das zu den offiziellen Lieferanten des Luxemburger Hofes gehört.

Angefangen hat das Ganze 1978 in einer kleinen Boutique im Zentrum von Luxemburg-Stadt, bevor sich der Familienbetrieb später vergrößerte und im westlichen Windhof ansiedelte. „Damals gab es noch wenig Caterer, auch wenige Hotels mit Brunch. Mein Vater fing an mit klassischer Gastronomie. Nach und nach kamen kleinere private Events dazu, wie Hochzeiten“, erzählt Rick Hotschnig. Leicht war der Start nicht. „Heute ist Luxemburg eine multikulturelle Gesellschaft, zu dieser Zeit war das Land noch nicht so offen“, sagt er. Doch der österreichische Einwanderer kämpfte, um Fuß zu fassen und auch der Hofmarschall wurde auf das Unternehmen aufmerksam. Nach zehn Jahren regelmäßiger Lieferungen bekam de Schnékert das Label für offizielle Hoflieferanten.

Dabei werden die belegten Toasts, gefüllten Teigwaren, Rohkost-Arrangements, Bowls, Käse-Teller und Mini-Éclairs nicht nur bei offiziellen Anlässen in Luxemburg serviert, wie beim Geburtstag des Großherzogs oder bei Veranstaltungen, deren Schirmherrschaft er übernommen

hat. Aufgrund ihrer Tätigkeit als Hoflieferant reiste das Team von de Schnékert bereits durch ganz Europa. Denn wenn der Luxemburger Adel auf Staatsbesuch ist, wird er nicht nur vom Gastland eingeladen, sondern lädt vor Ort auch selbst zum Bankett ein.

Das erste Mal, als er mit von der Partie war, war Rick Hotschnig gerade mal zwölf Jahre alt und kam als Helfer mit. „Das war 1992 und es ging nach Moskau, es war sehr aufregend und gleichzeitig stressig“, erinnert er sich. Bei einer solchen langen Reise müssen Lebensmittel ausgesucht werden, die länger haltbar sind, wie die luxemburgische Spezialität Baumkuchen. „Damals mussten wir auch alles mitnehmen, es gab zum Beispiel kein Verleihservice für Geschirr“, erzählt er. Auch nach Brüssel und Kopenhagen war der Caterer mit dem Kühllaster im royalen Auftrag schon unterwegs. „In Dänemark waren die Personalkosten so hoch, dass es günstiger war, das ganze Team aus Luxemburg mitreisen zu lassen, anstatt dort Aushilfskellner zu buchen“, sagt der Firmenchef.

Auch ein Auftrag nach Bratislava ließ die Hotschnig Blut und Wasser schwitzen. Es war kurze Zeit nach dem Ende des Ostblocks gewesen. „Da weiß man nicht, welche Begebenheiten einen vor Ort erwarten, ob es einen Lift gibt oder der Strom ohne Unterbrechungen dauerhaft funktioniert. Dann kamen noch Sprachprobleme dazu, weil niemand dort Englisch konnte. Dabei muss alles glatt laufen, der Druck ist schon hoch“, sagt er. Obwohl sie mit diplomatischer Flagge unterwegs waren, seien die Lkw beim Grenzübergang komplett durchgecheckt

worden, auch Vorkoster habe er dort erlebt.

Heutzutage läuft das Geschäft etwas anders. „Der Geist der Zeit ist ein anderer, man feiert kleiner, mit wenig Aufwand“, sagt Hotschnig. Auch Firmenevents oder Seminare haben sich innerhalb der Woche verlagert. „Früher war Samstag der Haupttag für Events, heute ist es meistens Donnerstag, manchmal sogar Mittwoch“, stellt er fest. Neben dem Catering hat das Unternehmen ein zweites Standbein aufgebaut und betreibt eigene kleine Cafétérias als Partnerschaft mit einer Supermarktkette, in deren Märkten Kunden Mittagessen genießen können. In den Cactus-Supermärkten kann man auch einige der Spezialitäten von de Schnékert kaufen.

Vor allem seit aufgrund der Corona-Pandemie die ganze Event-Branche zum Erliegen gekommen ist, wurde dieser Geschäftszweig überlebenswichtig für die Firma. „Es sind schon harte Zeiten. Früher haben Kunden beim Buchen eines Banketts als erstes gefragt, ob wir an dem Tag noch Kapazitäten haben. Heute ist die erste Frage: ‚Bis wann kann ich noch kostenfrei absagen?‘“, sagt Hotschnig. Es werde noch bis zu drei oder vier Jahre dauern, bis sich das Geschäft wieder auf dem Vor-Corona-Niveau bewege. Doch er ist optimistisch, dass es gelingen wird. Im Catering-Bereich gebe es viel Konkurrenz. „Doch die Qualität setzt sich durch. Wir hatten schon Kunden, die aus Kostengründen mal zu sehr günstigen Anbietern wechseln wollten. Das Jahr danach fragten sie wieder bei uns an“, berichtet er.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Luxemburg bietet offene Stellen für Pendler

Die Zahl der Grenzgänger ist im Großherzogtum innerhalb eines Jahres um fast 10 000 gestiegen. Mehr als jeder zweite neu geschaffene Arbeitsplatz geht an Pendler aus Deutschland, Frankreich oder Belgien. Eine Analyse des Arbeitsmarkts.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Wer der Ansicht ist, dass der Luxemburger Arbeitsmarkt aufgrund der wirtschaftlichen Struktur des Landes lediglich Betriebswirte und Spezialisten im Finanzwesen sucht, liegt zwar nicht ganz falsch. Vor allem Mitarbeiter in der Branche der Informations- und Kommunikationstechnologie, Management-Berater, Experten im Risikomanagement für Banken sowie Buchhalter und Sekretäre werden derzeit arg benötigt. Aber auch Reinigungskräfte und Erzieher sowie Fachkräfte im sozialen Bereich werden dringend gebraucht.

Die Qualifikationen: Die Luxemburger Arbeitsverwaltung Adem hat aufgrund fehlender Daten sieben Studien in den Branchen Finanzsektor, Industrie, Bauwesen, Hotel und Gaststätten, Handel, Transport und Logistik sowie Handwerk entwickelt, wonach man den Bedarf genauer ermittelt hat: Beschäftigte im Bereich IT und Projektmanagement werden immer häufiger gesucht, andere fallen demnach der Automatisierung zum Opfer – sowohl in der Fertigung

wie auch in Büros.

Dabei wurde aber auch festgestellt, dass insbesondere das Handwerk händeringend nach guten Mitarbeitern sucht. Technologische, ökologische, gesellschaftliche Trends schaffen laut der Adem aber auch Arbeit in neuen Bereichen wie Cloud-Architekten, Berufe im Zusammenhang mit der Wiederverwertung von Rohstoffen und Barista in Coffeeshops.

Auch bleibt es dabei, dass Sprachkenntnisse in Luxemburg von zentraler Bedeutung sind. Laut Adem sind hauptsächlich Kenntnisse der französischen Sprache wichtig, etwa in Berufen im Bereich Sekretariat. Aber sogar auch Reinigungskräfte müssten ein Mindestmaß an Französisch beherrschen, um zum Beispiel Sicherheitsvorschriften lesen und verstehen zu können.

Offene Stellen: Die Zahlen sprechen dazu eine eindeutige Sprache. Laut der Arbeitsagentur Adem sind allein im Dezember 3258 neu zu besetzende Stellen hinzugekommen. Damit liegt die Zahl aller im vergangenen Jahr gemeldeten offenen Stellen bei 42 745 Stellen, ein Plus von 62,9 Prozent im Jahresvergleich. Insgesamt sind davon derzeit noch 10 221 Stellen offen, bei aktuell rund 16 000 Arbeitssuchenden.

Der Arbeitsmarkt: Insgesamt gibt es im Großherzogtum 495 554 Arbeitsplätze bei rund 640 000 Einwohnern. Tendenz steigend. Binnen Jahresfrist hat sich die Zahl der Stellen von Dezember 2020 an innerhalb von zwölf Monaten um

17 965 erhöht. Trotz Corona-Krise sind in Luxemburg damit in zwei Jahren gut 25 000 neue Arbeitsplätze entstanden. In diesem Jahr dürfte erstmals die Marke von 500 000 überschritten werden.

Die Grenzgänger: Die größten Profiteure dieses Booms bei den Arbeitsplätzen sind die Grenzgänger. Ihre Zahl ist im Dezember laut der Luxemburger Arbeitsverwaltung auf nun 217 574 Menschen gestiegen, das sind 9853 mehr als noch vor einem Jahr. Das heißt, dass im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte aller neu entstandenen Arbeitsplätze an Grenzgänger aus der Großregion gegangen sind.

Hintergrund: Ursache der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist die boomende Wirtschaft. Luxemburg ist nicht nur bislang verhältnismäßig gut durch die Pandemie gegangen (Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020: minus 1,8 Prozent), sondern das Großherzogtum könnte mit einem für 2021 geschätzten Wachstum von 7,1 Prozent im zweiten Corona-Jahr das drittbeste Wirtschaftsjahr in diesem Jahrhundert erzielt haben. Für das Jahr 2022 gehen die Analysten von einem Wachstum von immerhin 3,5 Prozent aus.

217 574

Menschen aus Frankreich, Deutschland und Belgien arbeiten in Luxemburg.

Quelle: Arbeitsverwaltung Adem

Warum in Deutschland ein Umspannwerk für Luxemburg entstehen soll

STROMVERSORGUNG Grenzübergreifender Kampf gegen drohenden Energienotstand

Harald Jansen
(Trierischer Volksfreund)

Luxemburg braucht Strom. Immer mehr Strom. Um die Versorgung künftig zu gewährleisten, soll im Raum Ralingen/Aach in der Region Trier ein neues Umspannwerk gebaut werden. Und eine neue Stromtrasse bis ins Großherzogtum.

Creos und Amprion machen gemeinsame Sache. Nein, es geht dabei nicht um griechische Sagengestalten. Bei Amprion und Creos handelt es sich um Netzbetreiber. Die deutsche und die luxemburgische Firma kämpfen eben nicht gegen irgendeine Kreatur, sondern gegen einen drohenden Energienotstand in Luxemburg. Deshalb soll eine neue Höchstspannungsleitung zwischen den beiden Ländern gebaut werden, berichtet der *Trierische Volksfreund*.

Die neue Verbindung soll mit einer Leistung von 380 Kilovolt (kV) betrieben werden. Das ist für den Hausgebrauch viel zu viel. Deshalb werden neue Umspannwerke gebaut. Eines im luxemburgischen Bofferdingen nördlich von Luxemburg-Stadt. Das andere irgendwo zwischen Aach und Ralingen.

Zwar lautet die offizielle Bezeichnung der neuen Anlage Umspannanlage Aach (siehe Grafik). Nach Auskunft von Nancy Kluth, Pressesprecherin von Amprion, ist dieser Name gewählt worden, da die neue Leitung am Stromverteilpunkt Aach an das bestehende Stromnetz angeschlossen werden soll. „Momentan befinden wir uns in Gesprächen mit Grundstückseigentümern, insbesondere im Bereich der Gemeinde Ralingen“, sagt die Sprecherin.

Was macht eine Umspannanlage?

Für die neue Anlage, in der die eingehende Spannung in andere

Spannungen transformiert wird, werden rund neun Hektar Fläche benötigt. Das ist weniger als die Umspannanlage bei Niederstedem unweit von Bitburg. Eine mit der neuen Anlage bei Aach und Ralingen vergleichbare Anlage steht seit vergangenem Jahr bei Rommersheim (Eifelkreis Bitburg-Prüm). Durch das Umspannen wird laut Pressestelle die elektrische Energie von der Höchstspannungsebene über mehrere Umspannanlagen und Ortsnetzstationen auf die haushaltsübliche Spannung „heruntertransformiert“.

In der neuen Umspannanlage wird künftig elektrische Energie in den Spannungsebenen 380/220-kV transformiert und verteilt. Darüber hinaus wird die Anlage auch Stromkreise aus Luxemburg aufnehmen, was sie laut Nancy Kluth „zu einem Drehkreuz der transnationalen Stromversorgung“ macht.

Warum die bestehenden Strommasten rund um Trierweiler nicht genutzt werden können

Mit einer Umspannanlage allein ist es jedoch nicht getan. Es müssen auch die entsprechenden Leitungen zwischen Aach/Ralingen und Bofferdingen her. Strommasten gibt es rund um Aach und Trierweiler schon heute genug. Unter anderem die zwischen Ayl und Trierweiler, die Betreiber Westnetz erneuern möchte. Und auch eine, die schon heute nach Luxemburg führt. Als Laie könnte man annehmen, dass da einfach die Leitungen für die neue 380 kV-Leitung drangehängt werden können. Doch so einfach geht das nicht. Auf den bestehenden Masten ist dafür kein Platz, sagt Kluth.

Wo soll die neue Stromtrasse verlaufen?

Und noch etwas spricht dagegen, dass bestehende Masten genutzt werden. Noch ist gar nicht klar, wo die Leitungen für

das gemeinsame Vorhaben von Creos und Amprion verlaufen werden. Auf einer Informationsseite zum Projekt ist ein ganzer Reigen von möglichen Trassen zu sehen. Einige laufen südlich an Trierweiler vorbei, einige zwischen Trierweiler und Fussenich. Wieder andere laufen von Trier aus gesehen rechts der B 51 Richtung Aach/Ralingen, die Mehrheit links der Bundesstraße. Dieser bunte Strauß an Möglichkeiten hat seine Ursache darin, dass es noch ein weiterer Genehmigungsweg ist, bis die Masten stehen und bis im Umspannwerk Strom transformiert wird. Noch ist offen, welche Trasse gewählt wird. 2027 soll jedoch alles fertig sein, sagt die Amprion-Sprecherin. Die Genehmigung für Umspannanlage und Freileitung wird in getrennten Verfahren beantragt. „Innerhalb der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung hat Amprion bereits eine Projektvorstellung für die Träger öffentlicher Belange veranstaltet und Bürger-Infomärkte in Aach und Langsur angeboten. Auch auf Gemeinderatssitzungen wurde das Projekt bereits vorgestellt“, sagt Nancy Kluth.

In Deutschland können sich Bürger im Rahmen des Genehmigungsverfahrens an verschiedenen Stellen beteiligen, etwa durch Einreichen von Stellungnahmen während des Planfeststellungsverfahrens. Das läuft ähnlich wie bei den Genehmigungsverfahren für den Moselaufstieg oder einem Flächennutzungsplan einer Verbandsgemeinde. Die Kosten liegen nach derzeitiger Schätzung von Amprion bei 30 bis 40 Millionen Euro für das Leitungsbau-projekt.

Auf luxemburgischer Seite sollen nach aktuellem Stand rund 50 Millionen Euro investiert werden. Die Leitung ist mit rund 30 Kilometern viel länger als die in Deutschland. Im Großherzogtum sollen bis 2026 rund 100 bis zu

60 Meter hohe Masten entstehen.

Zurück nach Deutschland. Es wird nicht nur gebaut. Amprion möchte die bestehende Umspannanlage Quint abbauen. Diese befindet sich noch am Ortsausgang des Stadtteils Richtung Zemmer.

Amprion und Creos

Laut Definition ist Amprion ein Übertragungsnetzbetreiber, der die Infrastruktur der überregionalen Stromnetze zur elektrischen Energieübertragung operativ betreibt, für bedarfsgerechte Instandhaltung und Dimensionierung sorgt und allen Stromhändlern/-lieferanten Zugang zu diesen Netzen gewährt. Amprion entstand aus der RWE Transportnetz Strom und gehört heute mehrheitlich einem Infrastrukturfonds der Commerz Real.

Die Creos Luxembourg S.A. ist Betreiber von Stromnetzen und Erdgasleitungen in Luxemburg. Das Unternehmen plant, errichtet und betreibt Hoch-, Mittel- und Niederspannungsstromnetze sowie Hoch-, Mittel- und Niederdruckgasleitungen. Ein Großteil der in Luxemburg verbrauchten Energie stammt aus dem Ausland.

„Geh mutig voran, Luxemburg“

Weihbischof Leo Wagener über den Besuch aus dem Großherzogtum in Rom

Interview: Michael Merten

Die Führungsspitze des Erzbistums Luxemburg war im Vatikan. Dort hatte Papst Franziskus eine eher unerwartete Botschaft parat, wie Weihbischof Leo Wagener im Interview erklärt.

Weihbischof Leo Wagener, Kardinal Hollerich und Sie waren vergangene Woche in Rom, zu einem sogenannten Ad-limina-Besuch beim Papst. Das ist ja schon etwas Besonderes; es findet nur alle fünf Jahre statt.

Ja, allerdings war in den letzten 25 Jahren kein luxemburgischer Bischof mehr zum Ad-limina-Besuch in Rom. Warum, das können wir Ihnen nicht richtig sagen. Der letzte Besuch geht auf das Jahr 1997 zurück.

Oha. Liegt es daran, dass die Verbindung der Erzbischöfe immer so gut zu Rom war, dass sie gesagt haben, das braucht es nicht? Oder wie kann man das erklären?

Keine Ahnung. Ich denke, dass es keine Anfrage diesbezüglich gab. Ich glaube, der wurde einfach vergessen, der Bischof von Luxemburg. (lacht)

Es wurde ja immer gesagt, dass der Vatikan sehr genau auf Luxemburg blickt, gerade auch mit Bezug auf die Staat-Kirche-Reformen.

Ja, es ist so, dass während unserer Gespräche natürlich immer wieder die Lage der Kirche in Luxemburg angesprochen wurde. Wir haben ja in den vier Tagen von Montag bis Donnerstag die wichtigsten Dikasterien besucht, darunter das Staatssekretariat, die Glaubens-, Bischöfe-, Klerus- und Gottesdienstkongregation. In den verschiedenen Dikasterien wurden die neuen Beziehungen zwischen dem Staat und den Kultusgemeinschaften angesprochen und was das für die katholische

Kirche in Luxemburg bedeutet. Das heißt im Konkreten die Einführung der Pfarrkatechese, die Einführung des neuen Verwaltungsmodells Kierchefong, aber auch die Absicherung der Gehälter in der Zukunft. Daher hatten wir angefragt, dass neben Generalvikar Patrick Muller auch der Ökonom Marc Wagner und der Administrateur délégué des Kierchefong Philip Mauel mit zu der Delegation gehören sollten. Die Letztgenannten haben dann ihre Dossiers vorgestellt und durften zusammen mit dem Generalvikar auch mit in die Audienz zum Papst, wo normalerweise nur Bischöfe dabei sind.

Und blickt man da halbwegs versichtlich in die Zukunft oder ist es eher ein angespannter Blick?

Es gibt natürlich immense Herausforderungen, aber es gibt auch Chancen. Wir haben versucht darzulegen, dass wir auch Opportunitäten, wie man so schön sagt, sehen und dass wir die entwickeln werden. Von daher gehen wir doch ruhig, wenn auch nicht völlig entspannt, der Zukunft entgegen. Wir verfügen über Möglichkeiten, um die die Lage im Griff zu behalten.

Ein ganz großes Thema, an dem auch der Kardinal beteiligt ist, ist die Synode in Rom. Sprich die Frage, wie wird Kirche in Zukunft gestaltet werden ...

Wir setzen jetzt die Vorgaben, die von Rom gekommen sind, um. Das heißt, wir versuchen Gesprächsrunden zu organisieren, wo viele mitmachen können, sowohl innerhalb der Kirche als auch außerhalb der Kirche. Und wir nehmen nichts vorweg. Es gibt Fragen, die vom Synodenteam neu gefasst wurden, und darauf aufbauend werden jetzt in Pfarreien, in Schulen, mit Jugend-

lichen und so weiter Zusammenkünfte stattfinden. Was lokal gesagt wird, wird an das Synodenteam geschickt, das dann eine Synthese von zehn Seiten für die ganze Diözese zusammenstellt. Diese Synthese wird dann bei einer kirchlichen Versammlung vorgestellt und kann dort noch ergänzt werden. Und dann wird das Ganze nach Rom geschickt. So langsam kommt eine Dynamik auf, sowohl in den Pfarreien als auch außerhalb der Pfarreien.

Aber kommen da nicht Dinge auf den Tisch, die viele Laien fordern, die aber in so einem Prozess gar nicht aufgegriffen werden können? Etwa Strukturfragen, Machtfragen, die Frauenrolle, der Zölibat, ...

Also zunächst einmal gilt es einfach zuzuhören, was die Leute sagen. Und natürlich ist es anzunehmen, dass sich die Leute zu diesen Fragen äußern werden. Es geht aber nicht nur um Strukturfragen, sondern auch um die Frage, wie kann Kirche bei uns lebendiger werden? Wie kann Kirche die Partizipation, also die Teilhabe von vielen Menschen, noch verstärkt angehen? Wo erleben sie Gemeinschaft in der Kirche? Was hindert Sie daran, diese Gemeinschaft zu erleben? Wie soll Kirche ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Verkündigung des Evangeliums, in der heutigen Zeit in dieser luxemburgischen Gesellschaft angehen? Das sind ja die Grundfragen. Ich habe mich gerade erst mit Lehrern getroffen, das war ein lebhafter Austausch zu den drei Schwerpunkten Teilhabe, Gemeinschaft und Mission. Ich verspreche mir durchaus Impulse für das Leben in der Kirche in Luxemburg. Da gilt es natürlich auch, einige zu überzeugen, die ein bisschen eingeschlafen sind.

Das Gespräch mit dem Papst war ja vertraulich. Gibt es dennoch irgendwas, was Sie den Luxemburgern daraus berichten können?

Ja, der Papst hat uns eigentlich zwei Botschaften mitgegeben: Piccolo Lussemburgo, avanti! Auch wenn du klein bist, Luxemburg: Avanti, avanti! Auch wenn Ihr eine kleine Diözese seid, geht mutig voran. Geht mit Mut in die Zukunft. Und das andere: Auch, wenn die Zeiten hart sind – ein Christ darf seinen Humor nicht verlieren. Er hat uns immer gesagt: Bleibt auch Menschen des Humors, verliert die Leichtigkeit nicht.

Das scheint ja doch, obwohl man zum obersten Chef beordert wurde, ein sehr angenehmer Termin gewesen zu sein.

Ja, äußerst. Jeder in der Delegation konnte mit ihm sprechen, es war sehr unkompliziert, unförmlich und herzlich. Dieser Papst ist ein Mensch, der zuhört. Man merkt, dass er ganz Ohr ist. Im Zusammenhang mit dem synodalen Prozess sagt er ja: Es geht um eine Kirche, die zuhört. Das lebt er auch. Man hat wirklich gemerkt, dass er sich Zeit nimmt zuzuhören.

● Auch, wenn die
● Zeiten hart sind
ein Christ darf
seinen Humor
nicht verlieren.
● Wir gehen doch
● ruhig, wenn auch
nicht völlig
entspannt, der
Zukunft entgegen.

Ein Mann für 40 Sender

Philip Crowther, Reporter, berichtet aus der ganzen Welt, fliessend in sechs Sprachen und für Dutzende von TV-Stationen. Nur fluchen, das tut er am liebsten auf Englisch.

Von Michael Radunski

Was passiert im Donbass? Was will Putin? Und wie reagiert die Regierung in Kiew? Seit Wochen blickt die Welt gebannt auf die Ukraine. Und Millionen

von TV-Zuschauern in unterschiedlichsten Ländern sahen dabei einen Mann, der sich immer anhört, als wäre er einer der Ihren.

Philip Crowther sendete in den letzten Wochen stundenlang aus Kiew, für fast vierzig Sender und in sechs verschiedenen Sprachen. Wie das aussieht, kann man auf Twitter anschauen. Dort veröffentlichte der 40-Jährige Anfang Woche ein kurzes Video. Zu sehen ist der TV-Journalist, wie er aus der ukrainischen Hauptstadt berichtet - auf Englisch, Luxemburgisch, Spanisch, Portugiesisch, Französisch und Deutsch. Immer fliessend, immer genau auf den Punkt. Allein dieser persönliche Arbeitsnachweis wurde innerhalb weniger Tage mehr als 24 Millionen Mal angeschaut. Und Crowther ist zufrieden. «Klar, natürlich bin ich auch stolz auf meine Arbeit», sagt er im Gespräch. «Deshalb stelle ich hin und wieder solch einminütige Videos zusammen.» Gerade in den USA gehöre diese Art von Eigenwerbung zur

Arbeit eines Journalisten dazu.

Crowther ist, was man einen polyglotten Rundum-Reporter nennen könnte. Seit 2018 ist er als «International Affiliate Reporter» bei der Nachrichtenagentur Associated Press tätig. Dort ist er Teil des «Global Media Service», eines Pools von Reportern, die weltweit Grossereignisse abdecken: Er berichtete vom G-20-Gipfel in Japan, vom G-7-Treffen in Grossbritannien, aus dem Amazonas oder von den Olympischen Spielen in Peking. Im deutschsprachigen Raum etwa bedient er Euronews, Servus TV, RTL Television, die Deutsche Welle und Puls 4. Für France 24 ist er zudem Korrespondent im Weissen Haus. «Es ist aufregend. Ich habe das Gefühl, dabei zu sein, wenn Geschichte geschrieben wird», sagt er. Mit dabei auf seinen Reisen hat er immer einen grossen Koffer, gefüllt mit Schaumstoffmützen für Mikrofone: Fast jeder Sender hat seine eigene Schutzkappe, und Crowther trägt sie alle mit.

Seine Live-Schaltungen aus Kiew sind indes eher die Ausnahme, denn Crowther ist kein Kriegsreporter. Auch aus der Ukraine ist er rechtzeitig vor Ausbruch der Kampfhandlungen ausgewandert, zurück zu seiner Frau und Tochter nach Washington. Nur einmal geriet er zwischen die Fronten, 2011 im libyschen Bürgerkrieg gegen Machthaber Muammar al-Ghadhafi. «Es war völlig chaotisch», erinnert sich Crowther. «Wenn überall geschossen wird, weiss man plötzlich nicht mehr wohin.» Inzwischen hat er ein Krisentraining durchlaufen, um besser auf solche Situationen vorbereitet zu sein.

Crowthers Markenzeichen ist vielmehr sein Sprachtalent. Er wurde 1981 als Kind einer deutschen Mutter und eines britischen Vaters in der Nähe von Luxemburg-Stadt geboren. Seine Mutter sprach mit ihm Deutsch, sein Vater Englisch, und mit seinen Freunden unterhielt er sich auf Luxemburgisch. In der Schule lernte er Französisch, im Studium mit Spanisch dann schon früh seine

fünfte Sprache. «Das war vor allem meiner Liebe zum FC Barcelona geschuldet. Ich habe damals alle Spiele angeschaut - und kein Wort verstanden.» Mit 22 lernte er dann auch noch Portugiesisch.

So zielstrebig er beim Sprachstudium ist, so ungeplant verlief sein beruflicher Werdegang. Nach dem Studium kann er zwar sechs Sprachen, hat aber erst einmal keine Ahnung, was er damit anfangen soll. «Damals fragte mich eine Freundin, ob ich bei ihrem Onkel in Uruguay bei der Zeitung «El País» ein Praktikum machen wolle. Ohne gross zu überlegen, habe ich ja gesagt.» Es ist der Beginn einer erfolgreichen Karriere im Journalismus.

Dabei ist es ihm heute einerlei, in welcher Sprache er spricht. Privat wechselt er problemlos und ohne Vorlieben zwischen den einzelnen Idiomen hin und her. Im Beruf muss er sich gedanklich jeweils noch kurz vorbereiten, «am besten dreissig Minuten». Gerade bei so komplizierten Sachverhalten wie dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine komme es auf jede Formulierung an. Da müssen auch Fachbegriffe aus dem Völkerrecht sitzen.

Eine sprachliche Eigenheit hat er allerdings bei sich durchaus entdeckt. «Wenn ich mich so richtig aufrege und anfangen zu fluchen, dann mache ich das auf Englisch», sagt Crowther. Er dürfte wohl in Kiew öfters einmal ins Englische gewechselt haben.

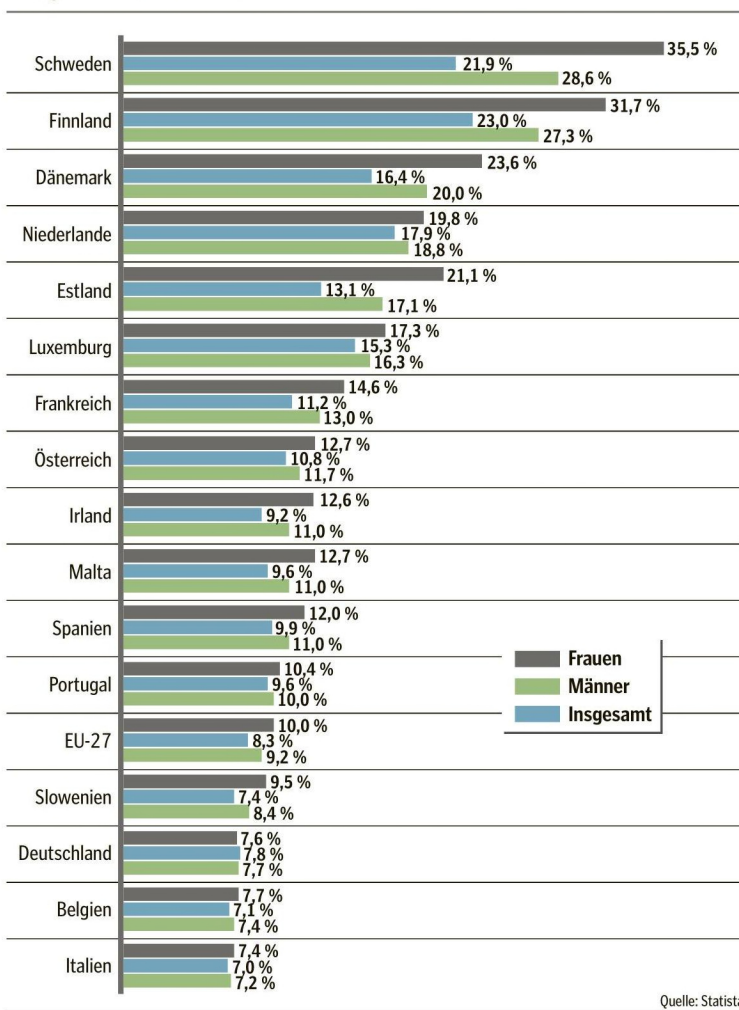
Nach dem Studium kann er zwar sechs Sprachen, hat aber keine Ahnung, was er damit anfangen soll.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Anteil der Bürger pro Land, die 2020 an einer Weiterbildung teilgenommen haben



VARIA – Statistik

116 Profisportler in Luxemburg

Wie viele Einwohner Luxemburgs ihren Lebensunterhalt als Profisportler verdienen, war lange Zeit weitestgehend unbekannt. Nun hat Sportminister Georges Engel als Antwort auf eine parlamentarische Frage der ADR interessante Zahlen veröffentlicht. So soll es am 31. März 2021 in Luxemburg insgesamt 116 Profisportler gegeben haben. Diese Personen waren zu diesem Zeitpunkt als „Athlètes et sportifs de compétition“ versichert. Der Großteil, 99 an der Zahl, sind Männer. Ebenfalls interessant ist die Verteilung der Nationalitäten. So tauchen in der Statistik mehr US-Amerikaner (31) und Franzosen (26) auf als Luxemburger (23). Dies erklärt sich dadurch, dass fast alle Basketballprofis aus den USA kommen. 99 Profisportler haben zwischen März und Dezember 2020 vom Chômage partiel profitiert. bob